

Bezirksregierung Köln

Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift der 8. Sitzung
Drucksache Nr.: KRS 65/2016
4. Sitzungsperiode

Köln, den 17. August 2016

Vorlage für die 9. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates am 02. September 2016

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen am 20.05.2016

Rechtsgrundlage: § 22 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Frau Örs Dezernat 32 Tel.: 0221 / 147-3446

Inhalt: Ergebnisprotokoll (Seiten 2 bis 13)
Anwesenheitsliste (Seiten 14 bis 25)

Anlagen:

1. Krankenhausplanung (Seiten 26 bis 40)
2. Ergebnisse des Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen (Seiten 41 bis 43)
3. Sonderprogramm des Landes NRW (Seiten 44 bis 53)
4. Agglomerationskonzept (Seiten 54 bis 124)

Beschlussvorschlag:

Die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates Köln am 20.05.2016 im Plenarsaal der Bezirksregierung Köln

Vorsitzender Thorsten Konzermann eröffnet die Sitzung um 10:03 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen sowie die Vortragenden und die Beschäftigten der Bezirksregierung Köln.

Bevor in die Tagesordnung eingestiegen wird, wird mit einer Schweigeminute an das verstorbene Kommissionsmitglied Ralf ten Haaf gedacht.

Herr Konzermann (Vorsitzender) stellt die ordnungsgemäße Ladung, den Zugang der Sitzungsunterlagen und die Beschlussfähigkeit der Kommission fest.

TOP 1: Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass Herr Schilling vom Dez. 32 aufgrund eines zwingenden Termins früher gehen muss. Daher werde TOP 9 anstelle TOP 5 vorgezogen. Weitere Änderungen oder Ergänzungen der den Kommissionsmitgliedern vorliegenden Tagesordnung werden nicht beantragt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds der KRS zur Mitunterzeichnung des Ergebnisprotokolls der 8. KRS-Sitzung am 20.05.2016

Die SPD Fraktion schlägt als stimmberechtigtes Mitglied Herrn Krings (SPD) vor.

TOP 3: Genehmigung des Ergebnisprotokolls der 7. KRS am 18.03.2016 Drucksache Nr.: KRS 37 /2016

Herr Müller (FDP) berichtet, dass eine Mail vom Geologischen Dienst NRW im Nachtrag gekommen sei. Er regt an, den Geologischen Dienst nochmals einzuladen, da bei der letzten Sitzung die Stellungnahme fehlte.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Geologischen Dienst zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Beschluss:

Die Kommission für Regionalplanung und Strukturplanung des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

TOP 4: Nachbesetzung eines stimmberechtigten Mitglieds

Ralf Ten Haaf – Bodo Jakob

Drucksache Nr.: KRS 41 /2016

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bodo Jakob und weist darauf hin, dass er bereits bis 2009 Mitglied gewesen sei.

TOP 5: Anfragen

a) Der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Geplante Windenergieanlage auf dem Gelände des Verwertungszentrums Erftkreis in Erftstadt“

Drucksache Nr.: KRS 52/2016

Herr Jakob (Bezirksregierung Köln) trägt vor, dass es Gespräche mit dem Vorhabenträger gegeben habe, die aber bislang nicht in einen konkreten Antrag gemündet seien. Es wäre erkennbar, dass es sich nicht um eine Nebenanlage, sondern um eine eigenständige Windenergieanlage, sog. eigenständige Hauptanlage handele. Diesem Vorhaben stehe sowohl die Darstellung des Regionalplans und des Flächennutzungsplanes als auch die Festsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplanes entgegen. Die Art der zulässigen baulichen Nutzung wäre auf allen Planungsebenen auf abfallwirtschaftliche Anlagen beschränkt. Demnach wären Windenergieanlagen aus-

geschlossen. Auch eine Änderung des Bebauungsplans bezüglich der Höhenfestsetzung - was im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit durchaus möglich gewesen wäre -, sei nicht zielführend. Die Art der Nutzung wäre dennoch zu ändern. Die Folge wären umfangreiche Planverfahren. Neben einer Änderung des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes der Stadt Erfstadt wäre jedoch zunächst der Regionalplan (Entfall der Zweckbindung „Abfallwirtschaftliche Betriebe“) zu ändern. In die Planverfahren wären alle relevanten Belange bzgl. der Errichtung von WEA wie das Landschaftsbild oder der Artenschutz einzustellen.

Herr Schilling (Bezirksregierung) trägt weiter vor, dass mit dem VZEK – dem potenziellen Standort der WEA - auf der Ville ein abfallentsorgungsbezogenes Gewerbegebiet unter hohen Auflagen regionalplanerisch gesichert worden sei. Eine Bedingung sei gewesen, dass im Gewerbegebiet auf der Deponie nur abfallaffine Anlagen und Gewerbebetriebe anzusiedeln sind. Das Abfalldezernat habe eine entsprechende Anfrage des Betreibers an Dezernat 32 gerichtet, um dort Windkraftträder planerisch umzusetzen. Die strittige Ausgangsfrage sei, ob es sich überhaupt um eine Nebenanlage handele. Er führt weiter aus, dass bei einer anderen Auffassung ein aufwendiges Bauleitplanverfahren die Folge sei.

Herr Waddey (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) bemerkt, dass eine solche Anlage nur möglich sei, wenn Regionalplan, Bebauungsplan und Flächennutzungsplan geändert würden und dass diese Initiative nur von der Stadt Erfstadt ausgehen könne.

Frau Uhlig (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) fragt, ob es möglich sei, dass das Vorhaben so geändert werden könne, dass es sich um eine Nebenanlage handele.

Herr Jakob (Bezirksregierung Köln) erklärt, dass dies möglich sei, wenn der erzeugte Strom überwiegend vom Abfallbetrieb selbst genutzt werden würde. Darüber hinaus bemerkte Herr Jakob, dass die Stadt Erfstadt zurzeit ihren Flächennutzungsplan ändere und umfangreiche Flächen für die Windenergie schaffen möchte. Es gäbe damit substantiell Raum für die Windenergie.

**b) SPD Fraktion „Synopsis Stellungnahme Regionalrat
Köln und dem beschlossenen AWP“**

Drucksache Nr.: KRS 55/2016

Der Vorsitzende schlägt im Einvernehmen mit der Anfragestellenden Fraktion vor, die Beantwortung der Anfrage in die kommende Regionalratsitzung am 01.07.2016 zu vertagen, da Herr Tippner urlaubsbedingt nicht zur Verfügung stehe.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Anfrage vertagt wird.

TOP 6: Krankenhausplanung

Drucksache Nr.: KRS 42/2016

Frau Dr. Noll berichtet anhand des als **Anlage 1** beigefügten Vortrags über die Krankenhausplanung.

Frau Hane-Knoll (Die Linke) möchte wissen, welche Betten in welchen Krankenhäusern abgebaut wurden.

Frau Dr. Noll erklärt, dass in Köln insgesamt 112 Betten abgebaut werden, damit werden in den 18 Krankenhäusern in Köln durchschnittlich weniger als 10 Betten abgebaut. Die Feststellungsbescheide wären bestandskräftig. Es habe keine Widersprüche gegeben.

Herr Frenzel (SPD) fragt, wann die prognostizierten Zahlen in Anbetracht des Bevölkerungszuwachses in Köln bis 2030 (etwa 20%) in die Planung einfließen würden und ob sie jetzt schon hier berücksichtigt wären und ob es eine Abgleichung mit der zu erwartenden Wachstumszahlen geben werde.

Frau Dr. Noll antwortet, dass die Bezirksregierung als Planungsbehörde sich jedes Jahr die Belegungszahlen und Statistiken der Krankenhäuser ansieht. Wenn man merke, dass Krankenhäuser dauerhaft sehr hoch belegt seien, dann kämen die Krankenhäuser von sich aus auf sie zu oder man fordere die Krankenhäuser auf, einen Antrag auf Bettenerhöhung zu stellen.

Frau Jungblut (Die LINKE) fragt, dass in der Vorlage aufgeführt sei, dass das Ministerium die Entscheidungen zur Krankenhausplanung mit mittelbar und unmittelbar Beteiligten sowie betroffenen Krankenhäusern treffe. Sie hätte gerne gewusst, wer konkret die mittelbar und unmittelbar Beteiligten seien. Weiterhin wüsste sie gerne, in welchen Regionen die Planungskonzepte noch nicht abgeschlossen seien und ob sie

konkret zur Städteregion Aachen in Bezug auf Würselen und Bardenberg etwas sagen könne.

Frau Dr. Noll bestätigt, dass die Planungskonzepte der Städteregion Aachen, des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Bonn noch nicht abgeschlossen seien. Alle anderen seien abgeschlossen oder lägen vor. In der Städteregion Aachen seien einige Krankenhäuser nicht sehr kooperativ. Sie bekäme von den Krankenhäusern keine aktuellen Belegungszahlen und keine Anträge bezüglich der Bettenstruktur. Fr. Dr. Noll fügt hinzu, dass das medizinische Zentrum in Würselen das Haus in Bardenberg auf Dauer komplett schließen möchte und alle Abteilungen aus Bardenberg nach Würselen verlegen wolle. Inwieweit es vom Land finanzielle Unterstützung aus dem Krankenhausstrukturfonds gäbe, könne sie nicht sagen. Ein Antrag läge dem Ministerium vor.

Weiter beantwortet sie die Anfrage von **Frau Jungblut (Die Linke)**, dass die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligten sich aus dem Krankenhausgestaltungsgesetz [*§ 15 KHGG NRW*] ergäben, z.B. Krankenhausgesellschaften, Kassenärztliche Vereinigungen, die Kostenträger und alle die irgendetwas mit der Krankenhausplanung zu tun haben.

Frau Herlitzius (Bündnis 90/ Die Grünen) fragt, ob sie ein Druckmittel habe, wenn ihr keine Zahlen geliefert würden.

Frau Dr. Noll erklärt, dass sie, wenn sie keine Zahlen und Vorstellungen aus dem Krankenhaus erhalte, die Zahlen aus der Landesstatistik, die die Krankenhäuser IT NRW berichten müssen, verwende, um die Bettenstrukturen eines Krankenhauses zu berechnen. Anhand dieser Zahlen erarbeite sie den Vorschlag an das Ministerium.

TOP 7: Ergebnisse des Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen

Drucksache Nr.: KRS 43/2016

Herr Schwerdt (Bezirksregierung Köln) berichtet über die Ergebnisse des Sonderprogramms anhand der **Anlage 2** beigefügten Vorlage.

Die Kommunen hätten 2 Monate Zeit gehabt, die Anträge zu stellen. Abgabe der Anträge sei der 19.02.2016 gewesen. Die Förderentscheidung sei von einer unabhän-

gigen Jury im Ministerium getroffen worden, die intern getagt habe und nur die Projekte nach außen benannt hat, die gefördert werden konnten. Die Gründe für die Projekte, die nicht gefördert werden konnten, seien nicht bekannt gegeben worden. Von den 72 Mio. € fließen allein 25 Mio. € in unseren Regierungsbezirk Köln. Das läge an den guten Anträgen, die in Konzepten gedacht worden seien und nicht in Einzelprojekten. Wenn man dies in Prozente umsetze, habe Köln 35% der landesweit zur Verfügung stehenden Mittel bekommen. Die Gründe, warum einzelne Projekte nicht gefördert werden konnten, kenne er nicht. Derzeit würde seitens des Ministeriums geprüft, inwieweit diese über die normale Städtebauförderung bezuschusst werden könnten. Allerdings, zu den üblichen Konditionen der Städtebauförderung mit dem Fördersatz der festgelegt sei und 10% geringer sei als im Sonderprogramm.

Frau Jungblut (Die Linke) meint sich zu erinnern, dass Baesweiler einen Antrag gestellt habe. Wenn dem so sei, stellt sich für sie die Frage, ob es eine Ablehnung gab. Sie wolle weiter die Zusammensetzung der unabhängigen Jury erfahren.

Herr Schwerdt (Bezirksregierung Köln) wisse von einer Power Point Präsentation, dass die Jury des Ministeriums aus mehreren Hochschulprofessoren und aus mehreren Vertretern/innen aus dem Fachressorts der Landesregierung zusammengesetzt sei.

Herr Bornhold (FW) sagt weiter, dass es auch für die Kommunen wichtig sei, zu wissen, wo sie Fehler gemacht hätten. Vielleicht könne eine nachträgliche Erklärung abgegeben werden.

Weiter fragt **Herr Deppe (CDU)**, ob Herr Schwerdt etwas zum Einplanungsgespräch vom 13.04.2016 im Ministerium sagen könne.

Herr Schwerdt (Bezirksregierung Köln) antwortet, dass das Gespräch sehr konstruktiv verlaufen sei. Es seien alle Projekte vorgestellt worden, alle Förderreferate hätten an dem Gespräch teilgenommen. Zugesichert wäre, dass vor der Sommerpause das Programm veröffentlicht werde. Mit Kürzungen müsse man rechnen. Am 02. September zur nächsten KRS-Sitzung könne man einen Abgleich zwischen dem Einplanungsvorschlag und dem verkündeten Städtebauförderprogramm vorlegen.

Frau Jungblut (Die Linke) weist daraufhin, dass nicht nachvollziehbar sei, warum einige Kommunen keine Förderung bekämen. Es wäre wichtig, dies irgentwo aufzuführen. Weiter möchte sie über die Stadt Baesweiler unterrichtet werden.

Herr Schwerdt (Bezirksregierung Köln) erklärt, dass die Jury keine Negativargumentation rausgeben möchte, da es für die Gemeinden nachteilig wäre, wenn die Gründe der Nichtaufnahme in das Förderprogramm öffentlich wären.

Zu Baesweiler führt **Herr Jakob (Bezirksregierung Köln)** aus, dass es sich bei Baesweiler um die Barbara-Schule handele, die ohnehin im Plangebiet, dass zur sozialen Stadt gehöre, läge. Da liefe die soziale Stadt Maßnahme noch. Es gäbe Überlegungen, ob man diese noch aufnehmen könne. Das hänge aber, wie dargestellt wurde, vom Gesamtbudget Städtebauförderung ab. Bei einer nachträglichen Förderung seien aber die Regularien der normalen Städtebauförderung anzuwenden.

Nachtrag zur KRS-Sitzung vom 20.05.2016 (Anlage 3):

Herr Schwerdt (Bezirksregierung Köln) hat weiter recherchiert. Zum Thema Sonderprogramm gibt es eine kleine Anfrage 4605 des Abgeordneten Klaus Vossemer vom 24.03.2016 (Drucksache 16 /11581).

„Wie waren die Kriterien zur Mittelverteilung im Rahmen des Städtebau-Sonderprogramms zur Integration von Flüchtlingen?“

1.- Wie war die Expertenjury zur Auswahl der Projekte besetzt?

- Detlef Berthold, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen;
- Anne Katrin Bohle, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen;
- Christa Müller-Neumann, Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren, Bezirksregierung Arnsberg;
- Norbert Neske-Rixius, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (entschuldigt);
- Professorin Elke Pahl-Weber, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin;

- *Professorin Christa Reicher, Fakultät Raumplanung, Technische Universität Dortmund;*
- *Anton Rütten, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen;*
- *Professor Dr.-Ing. J. Alexander Schmidt, Institut für Städtebau und Stadtplanung, Universität Duisburg Essen (entschuldigt).*

2. Welche Kriterien haben bei der Auswahl der Projekte bzw. Kommunen zugrunde gelegen?

- *Erfüllung der formalen Voraussetzungen für eine Förderung aus dem Sonderprogramm: Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der Antragsunterlagen; Bereitstellung kommunaler Mittel für den Eigenanteil; grundsätzliche Förderfähigkeit der beantragten Maßnahmen mit Städtebauförderungsmitteln des Sonderprogramms.*
- *Begründeter Beitrag zur sozialen Integration: Eignung des Standorts für die geplante Infrastruktur; Projekt dient der Integration von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten und sozial Benachteiligten bspw. durch Bildungs-, Freizeit- und Kultur- oder Betreuungsangebote; Projekt dient Begegnung, Austausch und/oder Verständigung von Einheimischen und Zugezogenen.*
- *Partizipation aller im Quartier lebender Menschen: Das Projekt ist für die Öffentlichkeit allgemein zugänglich; Vorhaben wird mit einem partizipatorischen Ansatz begleitet.*
- *Machbarkeit und zügige Umsetzung des Projekts: Das Vorhaben geht konform mit bestehenden bauplanungsrechtlichen Vorgaben und wird bis Ende des Jahres 2018 abgeschlossen.*
- *Nachhaltige Aufwertung/ Entwicklung des Quartiers: Einbindung in eine städtische Gesamtstrategie, in ein integriertes Stadtentwicklungskonzept oder in eine vergleichbare Planung; Bedarf für eine quartiersbezogene Infrastruktur wird dargestellt; Infrastruktur ist multifunktional nutzbar.*
- *Stadtteilmanagement/ Stadtteilbüro/ Stadtteilbeiräte/ Verfügungsfonds/ Organisation bürgerschaftlichen Engagements: Unterstützung von städtebaulichen oder wohnungswirtschaftlichen Investitionen; Ergänzung von/Verknüpfung mit bestehenden*

kommunalen und/oder bürgerschaftlichen Strukturen; eine Verstetigung des Ansatzes ist vorgesehen; die Einrichtung eines Verfügungsfonds ist geplant.

- Innovation: Das Projekt weist besonders innovative Elemente bspw. im Hinblick auf seinen Gegenstand, das Umsetzungsverfahren, Partizipation etc. auf. Eine Gewichtung der Kriterien wurde nicht vorgenommen.

3. Welche Kommunen/Projekte wurden nicht berücksichtigt?

Nicht berücksichtigt wurden Projekte, die durch die unabhängige Fachjury für eine Förderung aus dem Sonderprogramm nicht vorgeschlagen wurden (Liste siehe Anhang).“

Die Liste der durch die Jury nicht für eine Förderung vorgeschlagenen Teilmaßnahmen ist diesem Protokoll als Anlage 3 beigefügt

Die vollständige kleine Anfrage und die Antwort der Landesregierung ist auf der Homepage des Landtages NRW veröffentlicht.

TOP 8: Breitbandförderung

Frau Reinhardt (Bezirksregierung Köln) berichtet über die aktuelle Breitbandförderung. Seit der letzten Sitzung habe man die drei für den Stichtag 22. Februar gemeldeten Förderanträge über die GAK Förderung bewilligen können. Aktuell lägen über die GAK Förderung acht weitere Anträge vor, die im Moment geprüft würden. Der nächste Stichtag zum landesweiten Ranking zur Bewilligung werde der 6. Juni sein. Sie hoffe, dass bis dahin alle Anträge bewilligungsreif seien, um sie ins Ranking melden zu können.

Zum Thema Verwendung digitale Dividende zur Breitbandförderung führt sie aus, dass zum 31. Januar der Förderaufruf des Bundes zur Einreichung der Förderanträge aus den einzelnen Ländern gewesen sei. Im Regierungsbezirk habe der Rhein-

Sieg-Kreis, der Kreis Düren und der Kreis Euskirchen einen Förderantrag beim Bund eingereicht. Erfolgreich seien der Kreis Euskirchen und der Rhein-Sieg-Kreis gewesen. Der Kreis Düren habe auf Anraten des Bundes den Antrag zurückgezogen, weil offensichtlich im Scoring-Verfahren zu wenig Punkte erreicht worden waren. Der Kreis Düren habe zum zweiten Förderauflauf den Antrag überarbeitet und neu gestellt. Die beiden erfolgreichen Kreise seien im Moment dabei den entsprechenden Antrag auf Landesförderung auf Kofinanzierung durch das Land zu stellen. Da sollte dann möglichst kurzfristig auch ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ausgesprochen werden, wenn die Anträge vorlägen, damit mit der Ausschreibung begonnen werden könne. Im Hinblick auf die Richtlinie des Wirtschaftsministeriums zu Beratungs- und Planungsleistungen und der Finanzierung von kreisweiten Breitbandkoordinatoren könne sie im Moment nichts Neues berichten. Man warte im Moment auf die Richtlinie des Landwirtschaftsministeriums zu NGA (Next Generation Access, Breitbandnetz mit Hochgeschwindigkeit) Förderung. Da sollten dann in Zukunft auch weiße Flecken, die weniger als 30 Mbits Download nachweisen können, entsprechende Hochleistungsnetze gefördert bekommen, ähnlich wie die Regelung des Bundes. Dies sollte aus Mitteln der digitalen Dividende 2 finanziert werden und aus ELER-Mitteln. Die entsprechende Umschichtung der ELER-Mittel aus der GAK Förderung in diese neue Förderung sei bei der Kommission beantragt worden. Die Kommission hat dieser Umschichtung zugestimmt. Ein entsprechender Deckungsvermerk wurde jetzt für den nächsten Nachtragshaushalt beantragt.

Herr Spenrath (AfD) fragt, ob es neben den Fördermitteln auch eine koordinierende Stelle bestehe. Er führt aus, dass in der Region Heinsberg durch einen privaten Anbieter das Breitbandnetz massiv aufgebaut wurde. Kurz nachdem der Ausbau fast fertiggestellt worden sei, baue die Telekom jetzt parallel aus.

Frau Reinhardt (Bezirksregierung Köln) antwortet, dass es keine koordinierende Stelle gäbe, da es sich um privatwirtschaftliche Entscheidungen handele, die die Netzbetreiber trafen. Was die Förderung anbelange, würde im Vorfeld ein öffentlicher Aufruf durch die Kommunen erfolgen, um in Erfahrung zu bringen, ob in den nächsten drei Jahren ein Netzausbau seitens eines privaten Anbieters geplant sei.

Herr Jansen (CDU) stellt klar, dass die Telekom damals in Heinsberg nicht ausbauen wollte. Deshalb habe sich der Kreis mit einem privaten Investor zusammengesetzt und dann geschafft, den ganzen Kreis mit Breitband zu belegen. Die Telekom reagiere jetzt aus ökonomischen Gründen, weil ihnen im Kreis Heinsberg die Marktanteile genommen würden.

TOP 9: Agglomerationskonzept für die Region Köln/Bonn

Vortrag Dr. Molitor

Dr. Molitor berichtet anhand des als **Anlage 4** beigefügten Vortrags über das Agglomerationskonzept.

Im Rahmen des Agglomerationskonzeptes sollen Szenarien und räumliche Zukunftsbilder erarbeitet und mit der Region diskutiert werden. Dabei geht es im Kern darum, die verschiedenen Raumansprüche und Bedarfe im Bereich Siedlungsentwicklung, Freiraum- und Kulturlandschaftsentwicklung sowie Mobilität-/Infrastrukturentwicklung aufeinander abzustimmen, mögliche Zielkonflikte zu lösen und ein ganzheitliches Zielbild für die Raumentwicklung in der Region zu zeichnen. Das Agglomerationskonzept trägt dabei den vielschichtigen, in den Teilräumen der Region zum Teil sehr unterschiedlich gelagerten Zukunftsfragen und Herausforderungen Rechnung.

Unter anderem sind dies:

- Ein Nebeneinander von Bevölkerungszuwachs und -rückgang,
- Flächenknappheit in Bezug auf weitere Wohnbau- und Wirtschaftsflächen,
- die Überlastung der regionalen Verkehrsinfrastruktur,
- neue Aufgaben der Daseinsvorsorge, v.a. in den ländlich geprägten Teilbereichen der Region,
- neue Anforderungen an Frei- und Siedlungsräume im Zuge der Anpassung an den Klimawandel und viele weitere mehr.

Das Agglomerationskonzept soll in einem intensiven Dialogprozess gemeinsam mit den Kommunen, Institutionen und Akteuren der Region und in enger Abstimmung mit der Regionalplanung erarbeitet werden.

In der sich anschließenden sehr eingehenden Aussprache, an der sich **Herr Waddey, Herr Müller, Herr Metz, Herr Jansen, Herr Bornhold, Herr Spenrath** und **Herr Dr. Albach** beteiligten, wurde insbesondere das Themenfeld Siedlungsentwicklung und Mobilität nachgefragt und die Frage, wie eine bessere Verzahnung von Siedlungsentwicklung und ÖPNV-Systemen erreicht werden kann, diskutiert.

TOP 10: Anträge

Anträge liegen nicht vor.

TOP 11: Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

1. Bekanntmachung des Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle

Drucksache Nr.: KRS 53/2016

2. Vorstellung der neuen Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle, Frau Emine Örs

b) des Vorsitzenden

liegen nicht vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

Der Vorsitzende der
Kommission für Regional-
planung und Strukturfragen
des Regionalrates des Re-
gierungsbezirkes Köln

gez. Thorsten Konzelmann

Kommission für Regional-
planung und Strukturfragen
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Hans Krings

Aufgestellt:
gez. Emine Örs
BR Köln, Geschäftsstelle

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

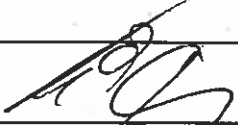

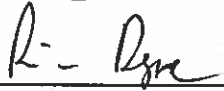
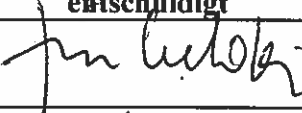
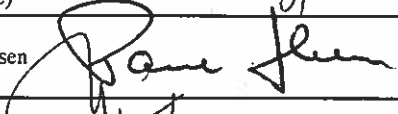
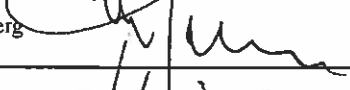
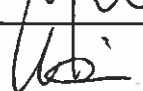
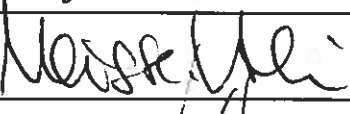
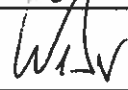
- Anwesenheitsliste -

CDU-Fraktion

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Borning, Ronald	Städteregion Aachen		X		
Clemens, Gerhard	Kreis Düren		X		
Deppe, Rainer - MdL -	Rhein.-Berg.-Kreis		X		
Donie, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis	entschuldigt			
Finkeldei, Norbert	Stadt Aachen		X		
Götz, Stefan	Stadt Köln (Reserveliste)	entschuldigt			
Hebbel, Paul	Stadt Leverkusen		X	o. F.	
Jansen, Franz-Michael	Kreis Heinsberg		X		
Maiwaldt, Wolfgang	Stadt Bonn		X		
Neisse-Hommelsheim, Carla	Rhein-Erft-Kreis (Reserveliste)		X		
Weber, Günter	Kreis Euskirchen		X		

Stellvertreter/in	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
De Bellis-Olinger, Teresa Elisa	Stadt Köln		
Dohmen, Hans Willi	Kreis Düren		
Fabian, Gerd	Rhein-Erft-Kreis		
Dr. Kehren, Hanno	Kreis Heinsberg (Reserveliste)		
Kitz, Marcus	Rhein-Sieg-Kreis		
Knauff, Sebastian			
Moll, Bert	Stadt Bonn		
Nessler-Komp, Birgitta	Rhein-Erft-Kreis (Reserveliste)		
Stefer, Michael	Oberbergischer Kreis		

gem. § 22 Abs. 3 GO RR	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Hamel, Jörg	<i>entschuldig</i>		
Lindemann-Berk, Cornelia	<i>entschuldig</i>		
Mannheims, Carsten	<i>c. Mannheims</i>	X	
Pakendorf, Uwe	<i>Uwe Pakendorf</i>	X	
Wagner, Hanns-Christian	<i>H. C. Wagner</i>		

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

SPD-Fraktion

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage


Beginn: 10:00

Uhr

Ende:

Uhr

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Frenzel, Michael	Stadt Köln		X	
Bodo, Jakob	Rheinisch-Bergischer-Kreis		X	
Höfken, Heiner	Stadt Aachen		X	
Konzelmann, Thorsten	Oberbergischer Kreis		X	
Krings, Hans	Rhein-Erft-Kreis		X	
Schaper, Dieter	Stadt Bonn		X	
Schlüter, Volker	Kreis Heinsberg		X	
Schmitz, Hans	Kreis Euskirchen		X	

Stellvertreter/in	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
van Geffen, Jörg	Stadt Köln		
Hengst, Milanie	Stadt Leverkusen (Reserveliste)		
Neitzke, Gerhard	Städteregion Aachen		
Noack, Horst	Stadt Köln		
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren		
Tüttenberg, Achim (MdL)	Rhein-Sieg-Kreis		
gem. § 22 Abs. 3 GO RR	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Bucher, Katrin			

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln


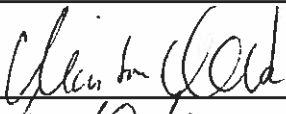
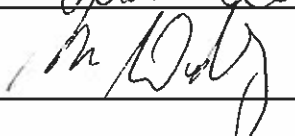
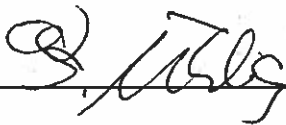
- Anwesenheitsliste -

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Herlitzius, Bettina	Städteregion Aachen (Reserveliste)		X		
Lambertz, Horst	Rhein-Erft-Kreis				
Metz, Martin	Rhein-Sieg-Kreis		X		
Waddey, Manfred	Stadt Köln		X		
Stellvertreter/in		Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Beu, Rolf - MdL -	Stadt Bonn (Reserveliste)				
Zentis, Gudrun - MdL -	Kreis Düren (Reserveliste)				
Katrin Uhlig			X		
Schäfer-Hendricks, Antje					

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

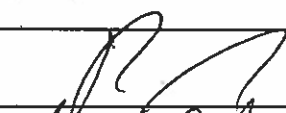
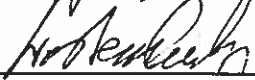
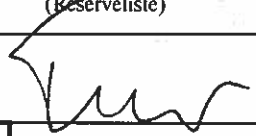
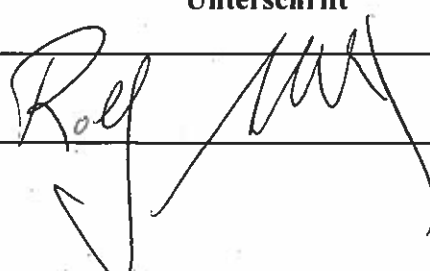
- Anwesenheitsliste -

FDP-Fraktion

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Müller, Reinhold	Oberbergischer Kreis (Reserveliste)		X		
Westerschulze, Stefan	Rhein-Erft-Kreis (Reserveliste)		X		
Stellvertreter/in		Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Feudel, André					
Freynick, Jörn					
Göbbels, Ulrich	Städteregion Aachen (Reserveliste)				
Troppens, Detlef			X		
gem. § 22 Abs. 3 GO RR		Unterschrift	Abrechnung		
Dr. Albach, Rolf					

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00

Uhr

Ende:

Uhr

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular

Die Linke

Singer, Peter	Rhein-Erft-Kreis (Reserveliste)			
---------------	------------------------------------	--	--	--

Stellvertreter

Hane-Knoll, Beate	Stadt Köln (Reserveliste)	<i>B. Hane-Knoll</i>	X	
-------------------	------------------------------	----------------------	---	--

gem. § 22 Abs. 3 GO RR	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular

Jungblut, Marika	<i>M. Jungblut</i>	X	
------------------	--------------------	---	--

Freie Wähler NRW

Bornhold, Rüdiger	Rheinisch-Bergischer Kreis (Reserveliste)	<i>R. Bornhold</i>	X	
-------------------	--	--------------------	---	--

Stellvertreter

Schmitz, Heinz				
----------------	--	--	--	--

AfD

Jürgen Spenrath	Kreis Heinsberg (Reserveliste)	<i>J. Spenrath</i>	X	
-----------------	-----------------------------------	--------------------	---	--

Piraten

Plum, Yvonne	Stadt Köln (Reserveliste)	<i>Y. Plum</i>	X	
--------------	------------------------------	----------------	---	--

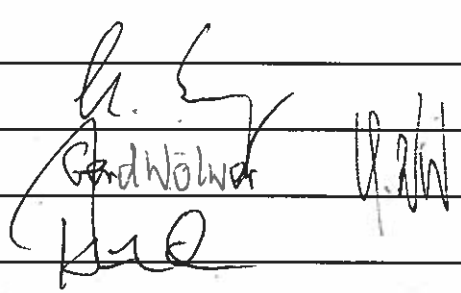
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 3 LPIG	Name	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
	Landschaftsverband Rheinland				
	Stadt Aachen				
	Stadt Bonn				
	Stadt Köln				
	Stadt Leverkusen				
	Städteregion Aachen				
	Kreis Düren				
	Kreis Euskirchen				
	Kreis Heinsberg				
	Oberbergischer Kreis				
	Rheinisch-Bergischer-Kreis				
	Rhein-Erft-Kreis				
	Rhein-Sieg-Kreis				

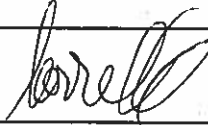
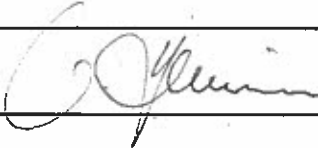
Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

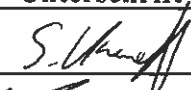
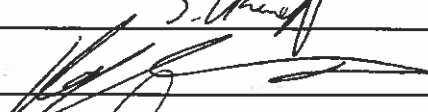
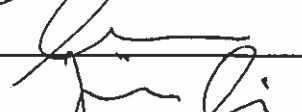
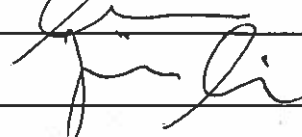
8. Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen
des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 20. Mai 2016

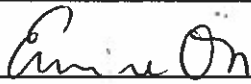
Ort.: Bezirksregierung Köln, Plenarsaal (H 200) 2. Etage

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 1 LPIG	Vertreter der/des	Unterschrift	Standard	gem. Formular	
			Kornell, Günter	Arbeitgeber	
Dr. Weltrich, Ortwin	Arbeitgeber				
Dr. Soénius, Ulrich	Arbeitgeber				
Mährle, Jörg	Arbeitnehmer				
Woelk, Ralf	Arbeitnehmer				
Behlau, Stefan	Arbeitnehmer				
Heimann, Ulrich	Sportverbände		X		
Hachtel, Monika	Naturschutz- verbände				
Fink, Brunhilde	kommunale Gleichstellungs- stellen				

- Fraktionsgeschäftsführung -

Name	Vertreter/in der/des	Unterschrift
Knauff, Sebastian	CDU	
Hoffmann, Hajo	SPD	
Schäfer-Hendricks, Antje	DIE GRÜNE	
Freyneck, Jörn	FDP	

- Bezirksregierung Köln -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Dezernat	Unterschrift
Herr AD Kotzea	Abl. 3	
Herr Hundenborn	Dezernat 32	
Frau Dr. Noll	Dezernat 24	
Frau Reinhardt	Dezernat 33	
Herr Schilling	Dezernat 32	
Frau Dr. Beermann	Dezernat 52	
Herr Labenz	Dezernat 35	
Herr Jakob	Dezernat 35	
Frau Hoff	Dezernat 32	
Herr Schwerdt	Dezernat 35	
Herr Brück	Dezernat 32	
Frau Weidmann	Dezernat 32	
Frau Örs	Dezernat 32	
Herr Hochscheid	Dezernat 32	



 DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTIN

Krankenhausplanung NRW

Vortrag zur 08. Sitzung der Kommission für
Regionalplanung und Strukturfragen des
Regionalrates des Regierungsbezirks Köln

Dr. Christiane Noll, Dezernat 24 - Medizin

Köln, 20.05.2016



Krankenhausplan NRW 2015

- 23.07.2013: Veröffentlichung (Homepage MGEPA) und Inkrafttreten des Krankenhausplans 2015
- Danach: Aufforderung der Verbände der Krankenkassen zum Datenaustausch
- Durchführung der Regionalen Planungskonzepte



Krankenhausplan NRW 2015

- Aktueller Stand:
- Somatik:
- Es liegen fast alle Regionalen Planungskonzepte vor
- z. T. sind noch Abstimmungsgespräche notwendig
- Vorlage MGEPA: 6 von 11 RPK
- Mit Feststellungsbescheid abgeschlossen: 5 von 11 RPK



Krankenhausplan NRW 2015

- Aktueller Stand:
- Psychiatrie:
 - Es liegen alle Regionalen Planungskonzepte vor
 - Vorlage MGEPA: 11 von 11 RPK
 - Mit Feststellungsbescheid abgeschlossen: 2 von 11 RPK



Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Somatik-

2016					
Bezirksregierung Köln					
Stadt Köln	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis
Augenheilkunde	142	142	121	130	-12
Chirurgie	2.108	2.136	1.735	1.879	-229
Gynäkologie/Geburtshilfe	561	551	402	447	-114
Geriatric	203	203	267	267	64
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	251	231	166	174	-77
Haut- und Geschlechtskrankheiten	81	79	74	93	12
Innere Medizin	2.060	2.090	2.024	2.257	197
Kinderheilkunde	334	334	302	344	10
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	42	42	29	31	-11
Neurochirurgie	151	151	160	183	32
Neurologie	193	193	236	256	63
Nuklearmedizin	25	25	16	11	-14
Strahlentherapie	36	36	23	28	-8
Urologie	245	245	228	220	-25
Summe	6.432	6.458	5.783	6.320	-112



Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Somatik-

Bezirksregierung Köln						2016
Rhein-Erft -Kreis	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis	
Augenheilkunde	0	0	0	0	0	
Chirurgie	477	465	409	419	-58	
Gynäkologie/Geburtshilfe	112	112	69	73	-39	
Geriatric	77	77	68	127	50	*
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	8	8	6	5	-3	
Haut- und Geschlechtskrankheiten	0	0	0	0	0	
Innere Medizin	594	606	574	639	45	
Kinderheilkunde	0	0	0	0	0	
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	0	0	0	0	0	
Neurochirurgie	0	0	0	0	0	
Neurologie	58	58	76	86	28	
Nuklearmedizin	0	0	0	0	0	
Strahlentherapie	0	0	0	0	0	
Urologie	34	34	28	26	-8	
Summe	1.360	1.360	1.230	1.375	15	
*Erhöhung durch Verlagerung der Betten aus Bornheim-Merten						



Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Somatik-

Bezirksregierung Köln					2016
Stadt Leverkusen	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis
Augenheilkunde	0	0	0	0	0
Chirurgie	387	387	332	312	-75
Gynäkologie/Geburtshilfe	121	121	98	101	-20
Geriatric	108	108	107	107	-1
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	4	4	2	1	-3
Haut- und Geschlechtskrankheiten	0	0	0	0	0
Innere Medizin	329	329	372	411	82
Kinderheilkunde	70	70	56	64	-6
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	0	0	0	0	0
Neurochirurgie	0	0	0	0	0
Neurologie	54	54	59	60	6
Nuklearmedizin	0	0	0	0	0
Strahlentherapie	0	0	0	0	0
Urologie	52	52	48	48	-4
Summe	1.125	1.125	1.074	1.104	-21



Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Somatik-

Bezirksregierung Köln	ohne Psych		2016		
Rheinisch-Bergischer Kreis	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis
Augenheilkunde	3	3	0	1	-2
Chirurgie	382	382	326	338	-44
Gynäkologie/Geburtshilfe	157	157	110	113	-44
Geriatric	35	35	52	52	17
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	4	4	3	3	-1
Haut- und Geschlechtskrankheiten	0	0	0	0	0
Innere Medizin	367	367	383	408	41
Kinderheilkunde	0	0	0	0	0
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	0	0	0	0	0
Neurochirurgie	0	0	0	0	0
Neurologie	35	35	53	57	22
Nuklearmedizin	0	0	0	0	0
Strahlentherapie	0	0	0	0	0
Urologie	40	40	40	40	0
Summe	1.023	1.023	967	1.012	-11



Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Somatik-

Bezirksregierung Köln	ohne Psych		2016		
Kreis Euskirchen	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis
Augenheilkunde	3	3	1	1	-2
Chirurgie	285	285	278	285	0
Gynäkologie/Geburtshilfe	80	80	66	62	-18
Geriatric	44	44	46	59	15
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	8	8	6	5	-3
Haut- und Geschlechtskrankheiten	0	0	0	0	0
Innere Medizin	325	325	343	319	-6
Kinderheilkunde	33	33	30	30	-3
Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie	0	0	0	0	0
Neurochirurgie	0	0	0	0	0
Neurologie	30	30	46	54	24
Nuklearmedizin	0	0	0	0	0
Strahlentherapie	0	0	0	0	0
Urologie	35	35	39	35	0
Summe	843	843	855	850	7


Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Psychiatrie-

							2016	
Bezirksregierung Köln								
	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis	Zielwert Psychiatrie 2015 (nach Bevölkerung)	Differenz Zielwert Psychiatrie 2015 - Betten- Soll 2013	
Rheinisch-Bergischer Kreis								
Kinder- und Jugendpsychiatrie	0	0	0	0	0	20	20	
Tagesklinik - Kinderpsychiatrie -	0	0	0	0	0	12	12	
Psychiatrie und Psychosomatik	134	134	139	179	45	218	84	
Tagesklinik - Psychiatrie -	18	18	24	30	12	59	41	
Summe	152	152	163	209	57	309	157	


Regionalisierter Bettenbedarf Krankenhausplan NRW 2015 -Psychiatrie-

							2016	
Bezirksregierung Köln								
	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.09.2013	Zielwert Soll 2015 (nach Pflegetagen)	Ergebnis der Planung nach Feststellungs- bescheid	Differenz Zielwert Betten- Soll 2010 - Ergebnis	Zielwert Psychiatrie 2015 (nach Bevölkerung)	Differenz Zielwert Psychiatrie 2015 - Betten- Soll 2013	
Kreis Heinsberg								
Kinder- und Jugendpsychiatrie	0	0	0	0	0	18	18	
Tagesklinik - Kinderpsychiatrie -	0	0	0	0	0	11	11	
Psychiatrie und Psychosomatik	118	118	134	133	15	201	83	
Tagesklinik - Psychiatrie -	45	45	44	55	10	54	9	
Summe	163	163	178	188	25	284	121	



Perinatalzentren

- Rückgang der Geburtenzahlen
- Bisher 16 Perinatalzentren und 26 geburtshilflich-neonatologische Schwerpunkte
- Zukünftig nur noch Perinatalzentren, geplant sind deutlich weniger als 42 Einrichtungen für die Versorgung von Risikoschwangeren



Neurologische Frührehabilitation

- Bisher keine Ausweisung im Krankenhausplan, daher bei den Regionalisierungsberechnungen nicht berücksichtigt
- Zukünftig Ausweisung im Krankenhausplan, wenn Bedarf nachgewiesen und Kooperation mit Hauptabteilung Neurologie
- Bisher Rehabilitationsklinik Godeshöhe mit 40 Betten Neurologische Frührehabilitation ausgewiesen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Regional denken. Praktisch entscheiden.

Dr. Christiane Noll

--

**Bezirksregierung Köln
Dezernat 24– Medizin
50606 Köln**

Dienstgebäude: Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln
Telefon: + 49 (0) 221 - 147 - 2220
Telefax: + 49 (0) 221 - 147 - 2901
eMail: christiane.noll@bezreg-koeln.nrw.de
Internet: www.bezreg-koeln.nrw.de



DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTIN

Mittelpfänger Stadt / Gemeinde / GV	Bezeichnung der Maßnahme / Gebietskulisse	Kosten der Maßnahme				Projektbeschreibung	Bemerkungen / Hinweise	Förderung
		GK (in Euro)	Davon zuwendungs- fähige GK (in Euro)	Fördersatz (in %)	Förderung (in Euro)			
Aachen	Erweiterung Grundschule Passstraße; Ertüchtigung eines Begegnungsraumes und Gestaltung von Außenspielanlagen	318.600,00 €	318.600,00 €	80	254.880,00 €	Ertüchtigung und Ausstattung eines bestehenden Begegnungsraums in einer Flüchtlingsunterkunft, Quartiermanagement und Verfügungsfonds		254.880 €
Aachen		182.000,00 €	174.500,00 €	80	139.600,00 €	Einrichtung einer Förderklasse für Flüchtlingskinder an der Katholischen Grundschule Passstraße durch bauliche Anpassungen (Umbau von 200qm ehemaliger Hausmeister- und Lagerräume). Verbesserung der Raumakustik in andern Klassen	GK abzgl 7.500€Ausstattung	139.600 €
Aachen		283.100,00 €	283.100,00 €	80	226.480,00 €	Ausbau von Räumen im Straßenbahn-Depot Talstraße für ein Quartiersmanagement. Einrichtung eines Quartiersmanagements für Aachen Nord mit dem Schwerpunkt Flüchtlinge unter Nutzung der Angebote des Depots (OT), Verfügungsfonds zur Initiierung von Projekten der Vernetzung und Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen im Bereich der Flüchtlingshilfe		226.480 €
Aachen		271.100,00 €	271.100,00 €	80	216.880,00 €	Einrichtung eines Quartiersmanagements und eines Verfügungsfonds im Stadtteil Kronenberg, in dem eine größere Unterkunft geplant ist		216.880 €
Aachen		258.600,00 €	258.600,00 €	80	206.880,00 €	Einrichtung eines Quartiersmanagements und eines Verfügungsfonds im Stadtteil Richterich, in dem eine größere Unterkunft in Kürze eröffnet wird		206.880 €
Aachen		216.000,00 €	216.000,00 €	80	172.800,00 €	Schaffung diverser Außenspielanlagen im Stadtgebiet zur Verbesserung der Versorgung im Bereich von Unterkünften		172.800 €
Alsdorf		ABBBA - Drehscheibe sowie Spiel- und Treffplatz ANNA	215.296,00 €	215.296,00 €	90	193.766,40 €	Einrichtung einer b) Lernwerkstatt als niederschwelliger Ansatz um Menschen einen begleiteten Zugang zur regionalen Gesellschaft zu ermöglichen, f) Ehrenamtskoordination zur Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlern.	b) Die Teilmaßnahme „Lernwerkstatt“ stellt einen niederschwelligen Ansatz im Rahmen von Quartiersmanagement dar f) Die Teilmaßnahme Ehrenamtskoordination im Freiwilligenzentrum Alsdorf dient der Gewinnung, Koordinierung und Betreuung von Ehrenamtlichen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren.
Bad Honnef	Begegnungsstätte Rederscheider Weg	455.000,00 €	455.000,00 €	70	318.500,00 €	Neubau einer Begegnungsstätte auf dem Gelände Rederscheider Weg		318.500 €
Bad Honnef		256.407,00 €	256.407,00 €	70	179.485,00 €	Fachkraft zur Unterstützung des Ehrenamtes		179.485 €
Bad Münstereifel	Umnutzung Reithalle als interkulturelle Begegnungsstätte	1.147.400,00 €	1.147.400,00 €	80	917.920,00 €	Bauliche Ertüchtigung und Umbau einer ehemaligen Reithalle als Begegnungsstätte für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (interkommunale Kooperation)		917.920 €
Bad Münstereifel	Umnutzung Dorfgemeinschaftshaus Mahlberg als Begegnungsstätte	573.700,00 €	573.700,00 €	80	458.960,00 €	Sanierung einer Schützenhalle und Umnutzung zur Begegnungsstätte		458.960 €
Bedburg	Haus der Begegnung in Bedburg-Kaster	587.312,00 €	511.022,00 €	80	408.818,00 €	Neubau für das Büro des Quartiersmanagement und verschiedene Nutzungsangebote aus den Bereichen Bildung, Musik und Sprachförderung etc. Einrichtung eines Betreuungsmanagements.		408.818 €
Bergheim	Integrations- und Kulturzentrum Bergheim Quadrat-Ichendorf	1.717.000,00 €	1.717.000,00 €	80	1.374.000,00 €	Umbau eines leerstehenden Bahnhofsgebäudes in der Ortsmitte des Stadtteils Quadrat-Ichendorf zum Integrations- und Kulturzentrum, Bürgerzentrum, Versammlungsstätte für bürgerschaftliches Engagement	Stadt ist Bauherr und wird auch anschließend die Betriebskosten etc. übernehmen, so dass der Verein "nur" den Betrieb und Organisation übernimmt.	1.374.000 €

Brühl	Inter-Cuiltra Brühl-Ost	1.122.194	1.122.194	70	785.536	Erweiterung eines bestehenden Jugendkulturhauses und Einrichtung eines Quartiersmanagements: a) Das Jugendkulturhaus „Passwort Cultura“ soll um einen Anbau erweitert werden. b) Die Stadt sieht ein Quartiersmanagement (1 Stelle Sozialarbeit) in der Einrichtung vor, zur Kontaktaufnahme mit Flüchtlingen, Bewohneraktivierung, Initiierung von Stadtteilprojekten, Vernetzung von stadtteilbezogenen Akteuren, Initiierung von Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe.		785.536 €
Burscheid	Interkulturelle Begegnungsstätte	510.000,00 €	510.000,00 €	80	408.000,00 €	Umbau Baudenkmal zum Begegnungszentrum		408.000 €
Burscheid	Integrations- und Bildungszentrum "Altes Rathaus"	967.188,00 €	967.188,00 €	80	773.750,00 €	Umbau des ehmal. Rathauses zu einem Bildungs-, Integrations- und Begegnungszentrum		773.750 €
Burscheid	Fußballkleinfeld Hilgen	184.950,00 €	164.950,00 €	80	131.960,00 €	Fußballkleinspielfeld Hilgen	Kooperation Sportverein und Förderverein "Betreuungsangebote Burscheid e.V." Kostenposition "Unvorhergesehenes" (20.000€) nicht förderfähig, daher gekürzt	131.960 €
Düren	Jugendzentrum und Kita "Eiswiese"	8.487.501,00 €	3.207.500,00 €	80	2.566.000,00 €	Neubau eines Gebäudekomplexes als Wohn- und Arbeitskomplexes mit dem Ziel ein Zentrum sozialer und integrativer Hilfen für Geflüchtete in zentraler, innenstadtnaher Lage zu schaffen.	Der Wohnungsbau, die Verwaltung der AWO sowie die Stellplätze sind nicht zuwendungsfähig und wurden in den zuwendungsfähigen Gesamtkosten nicht berücksichtigt. Die Stadt Düren hat mündlich bestätigt, dass der Wohnungsbau über WIG-Mittel erfolgt.	2.566.000 €
Erfstadt	Umnutzung der ehemaligen Hauptschule Liblar zum interkulturellen Jugendtreff	2.823.015,00 €	2.533.979,00 €	80	2.027.183,00 €	Umbau der ehmal. Hauptschule im Schulzentrum zum interkulturellen Jugendtreff, zusätzlichem Raum für VHS und niedrigschwellige Kinderbetreuungsangebote	Personalkosten für Pädagogische Fachkräfte und Honorarkräfte nicht förderfähig	2.027.183 €
Eschweiler	Quartiersbüro und Quartiersmanagement Eschweiler-West	385.000,00 €	345.000,00 €	90	310.500,00 €	Quartiersbüro als Anlaufstelle für alle Bewohner, Treff-punkt für Veranstaltungen und Sitzungen; Quartiersmanagement als Vermittlungsstelle zwischen Bewohnern und Organisationen der sozialen Arbeit;	Stadt Eschweiler betreibt seit vielen Jahren aktives Integrationsmanagement mit einem hauptamtlichen Integrationsbeauftragten seit 2005. Verfügungsfonds mit 30.000,- €/jährlich wird entsprechend der für alle Verfügungsfonds über 50T€ geltenden Vereinbarung auf 50.000,- € für drei Jahre reduziert	310.500 €
Euskirchen	Quartiersmanagement	202.620,00 €	202.620,00 €	70	141.834,00 €	Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Quartiersmanagement zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements.		141.834 €
Gummersbach	Spiel- und Sportpark Gummersbach	879.000,00 €	879.000,00 €	80	703.200,00 €	Errichtung eines Spiel- und Sportparks sowie als nicht - investive Maßnahme die Begleitung durch einen Sozialarbeiter	Der Projektbeschreibung ist zu entnehmen, dass die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH als Bauherr und das Landschaftsarchitekturbüro Betonlandschaften Köln die Planung übernehmen soll. Hier wäre der Zuwendungsempfänger auf die Nummer 3 ANBest G hinzuweisen, wonach bei der Vergabe von Aufträge die nach dem Gemeindehaushaltsrecht anzuwendenden Vergabegrundsätze zu beachten sind. Die Inhoesefähigkeit der städtischen Tochter wäre von der Stadt zu prüfen.	703.200 €
Hellenthal	Erwerb eines Gebäudes zur Errichtung einer Begegnungsstätte im Ortskern Hellenthal, inkl. Quartiersbetreuung und -management	433.000,00 €	287.250,00 €	80	229.800,00 €	Umnutzung des ehemaligen Hotels und Gaststätte "Hellenthaler Hof" als Begegnungsstätte für Bürger und Flüchtlinge. Einrichtung eines Cafés für eine multifunktionale Nutzung, Betreuungsmanagement zum Betrieb des Cafés und Bildung eines Netzwerkes.		229.800 €
Hückelhoven	Sozialpädagogische Schnittstelle im Flussviertel	124.000,00 €	124.000,00 €	80	99.200,00 €	Das DRK baut in der Flussesiedlung auf eigene Kosten Räumlichkeiten für Schulungs- und Beratungsräume, ein Stadtteilcafé und eine Treffpunkt für Familien. Die Stadt beantragt hierzu Fördermittel für eine Personalstelle/ Quartiersmanagement		99.200 €
Kall	Umnutzung eines Gebäudes zum Integrationshaus	1.678.571,00 €	1.678.571,00 €	70	1.175.000,00 €	a) Um-/Neubau des alten Gemeindedirektoren Wohn-hauses zum Integrationshaus - Sanierung Bestand, 2 Anbauten, 1 und 2-geschossig, Multifunktionsgebäude als Treffpunkt, Beratungs-, Begegnungs- und Lernort, für Kultur, die Tafel, etc.; f) Betreuungs-/Quartiersmanagement -	Die Kosten für das Betreuungsmanagement sind eingeplant, fehlen allerdings in den dargestellten Gesamtkosten im Antrag. Sie wurden in der Kostenübersicht dieser Tabelle jedoch mit eingerechnet.	1.175.000 €

Köln	Modernisierung des Bürgerzentrums Ehrenfeld und Erweiterung des Begegnungszentrums "Alte Feuerwache"	1.498.000,00 €	1.498.000,00 €	80	1.198.400,00 €	Modernisierung und kleinere ergänzende Anbauten des Bürgerzentrums Ehrenfeld		1.198.400 €
Köln	Erweiterung des Begegnungszentrums "Alte Feuerwache"	858.000,00 €	858.000,00 €	80	686.400,00 €	Erweiterung der "Alten Feuerwache" durch Ertüchtigung der Wagenhalle für interkulturelle Veranstaltungen		686.400 €
Leverkusen	Neubau Mädchentreff Kolberger Str.	1.947.900,00 €	1.947.900,00 €	90	1.753.110,00 €	Erweiterung eines bestehenden Mädchentreffs durch Abriss und Neubau		1.753.110 €
Leverkusen	Einrichtung Quartiersanlaufstelle in der Unterkunft Leverkusen Manfort	308.510	308.510	90	277.659	Einrichtung eines Quartiersbüros in einer sich im Bau befindlichen Flüchtlingsunterkunft zum Aufbau eines Netzwerks lokaler Akteure, Organisation bürgerschaftlichen Engagement und Einrichtung eines Verfügungsfonds.	□	277.659 €
Linnich	Neubau einer integrativen Kultur- und Begegnungsstätte	1.853.000,00 €	1.853.000,00 €	70	1.297.100,00 €	Neubau einer Kultur- und Begegnungsstätte in der Stadtmitte für Veranstaltungen, Versammlungen, kulturelle Angebote Integrationsbeauftragter zur Vernetzung und Koordination der ehrenamtlichen Arbeit		1.297.100 €
Much	Umbau des Jugendzentrums zu einem interkulturellen Treffpunkt	248.508,87 €	248.508,87 €	70	173.956,21 €	Umbau eines Jugendzentrum mit sog. Soundbox, um den Treffpunkt für Flüchtlinge und andere Jugendliche zu vergrößern, besser nutzbar zu machen, Nutzungskonflikten entgegenzuwirken und ein besseres Kursangebot durchzuführen.	Es wurde ursprünglich von einem zu hohen Fördersatz in der Antragsstellung ausgegangen. Es liegt inzwischen eine Zusage, der Übernahme der erforderlichen Eigenanteile vor.	173.956 €
Nettersheim	Kloster Nettersheim - Quartierszentrum für Flüchtlingshilfe und Integration	3.463.733,00 €	3.433.733,00 €	60	2.060.239,00 €	Umnutzung des leerstehenden Denkmals Kloster Nettersheim in ein Zentrum für Flüchtlinge, zahlreiche Angebote über Bildung, Sprache, Arbeitsvermittlung, Kurse und Fortbildungen, Jugendarbeit, Kinderbetreuung, Gesundheitsprävention und Therapieangebote, Sport, Fahrradwerkstatt, Holz-Outdoorwerkstatt, multifunktional nutzbare Begegnungsstätte in der ehemaligen Kapelle	Anschaffung e-Auto ist Bestandteil des Antrags. Die Kosten in Höhe von 30.000,- € sind von den Gesamtkosten abgezogen worden. Die Ladestation wird über ein Sponsoring des örtlichen Energieversorgers finanziert. Wissenschaftliche Begleitung des Projektes.	2.060.239 €
Niederkassel	Bau einer Turnhalle	2.424.000,00 €	2.424.000,00 €	70	1.696.800,00 €	Errichtung einer neuen (Einfach-) Turnhalle mit Nebengebäuden im Bereich des Schulzentrums Süd sowie die befristete Einstellung einer Personalstelle als Koordinator von Bürgerorganisationen und Ansprechpartner für ehrenamtliche Helfer im Quartier.		1.696.800 €
Sankt Augustin	Errichtung eines Fußball-Kleinspielfeldes	100.000,00 €	100.000,00 €	80	80.000,00 €	Geplantes Kleinspielfeld ist Ergänzung zu bestehender Sportanlage, um noch mehr jugendliche Flüchtlinge für den Sportverein zu gewinnen		80.000 €
Stolberg	Umbau der Turnhalle Kögelhäuserstraße in eine Mehrzweckhalle	732.000,00 €	732.000,00 €	90	658.800,00 €	Umbau der Turnhalle am Hauptschulstandort Kögelhäuserstraße in eine Mehrzweckhalle.		658.800 €
Swisttal	Um- und Ausbau des Jugendtreffs Heimerzheim	179.800,00 €	179.800,00 €	80	143.840,00 €	Um- und Ausbau des Jugendtreffs Heimerzheim zu einer integrativen Begegnungsstätte.		143.840 €
Swisttal		40.000,00 €	40.000,00 €	80	32.000,00 €	Quartiersmanagement		32.000 €
Troisdorf	Umbau der Gesamtschule Troisdorf-Oberlar / West	280.000,00 €	280.000,00 €	70	196.000,00 €	Für die schulische Betreuung der Kinder hat die Stadt 12 Vorbereitungs- bzw. Auffangklassen an weiterführenden Schulen eingerichtet. Um das erforderliche Raumangebot zu schaffen, soll im Kellergeschoss der Europaschule ein ehemaliges Sportjugendheim zu zwei Unterrichtsräumen umgebaut werden. Eine Nutzung für Schulzwecke ist derzeit nicht möglich, nach ihrem Umbau stehen sie auch außerhalb der Unterrichtszeiten für Integrationszwecke zur Verfügung.		196.000 €
Wachtberg	Erweiterung des Kultur- und Begegnungszentrums Köllenhof	350.000,00 €	350.000,00 €	50	175.000,00 €	Erweiterung des Kultur- und Begegnungszentrums durch vier neue Räume für Sprachunterricht, Ehrenamtskoordination, Sanierungsmanager.		175.000 €
Zülpich	Neubau Jugendzentrum Sajus	388.000,00 €	388.000,00 €	80	310.400,00 €	Neubau des Jugendtreffs "Sajus" als Ersatz einer bestehenden Containeranlage im Bereich des Schulzentrums Zülpich	keine bauplanungsrechtl. Erklärung, Ersatzneubau erfolgt jedoch an altem Standort	310.400 €
								25.160.636 €

Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen
"Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
Durch die Jury nicht für eine Förderung vorgeschlagene Teilmaßnahmen

Stadt / Gemeinde	Bezeichnung der Maßnahme
Aachen	10 Einzelmaßnahmen im Stadtgebiet ⁽¹⁾
Aldenhoven	Etablierung einer offenen Jugendeinrichtung sowie Ausbau der Räumlichkeiten am Sportplatz
Alfter	Einrichtung von zwei Begegnungsräumen mit dazugehörigen Sekundärräumen sowie die befristete Einstellung eine/s Quartiersmanagers/in
Alpen	Wohnmodule Lindenallee
Alpen	Zentrales Begegnungszentrum Ulrichstraße
Alsdorf	ABBBA - Drehscheibe sowie Spiel- und Treffplatz ANNA ⁽¹⁾
Bad Honnef	Aus Gästen werden Gastgeber/Sport in den Wolken ⁽¹⁾
Bad Münstereifel	Umwandlung der Sportstätte Schönau in einen Kunstrasenplatz einschließlich Betreuungsmanagement im Rahmen der Integration
Bad Oeynhausen	Integrations-Begegnungsstätte "Treff in der Britensiedlung (TIBS)"
Bad Salzuflen	Integrationsförderung durch Kindertagesstätten sowie einem Gemeinschaftshaus
Baesweiler	GGs Barbaraschule Energetische Sanierung und Erweiterungsbau
Bedburg	Haus der Begegnung in Bedburg-Kaster ⁽¹⁾
Beelen	Bau von Wohnungen für Flüchtlinge sowie Einrichtung einer Begegnungsstätte auf der Hofstelle Osthues Hövener
Bergheim	Haus der Vielfalt
Bielefeld	Stadtquartier Oberlohmannshof
Bielefeld	Weiteres Stadtgebiet, Teilmaßnahme 1: An-ge-kommen: Betreuung minderjähriger Flüchtlinge; Teilmaßnahme 2: Volkshochschule; Teilmaßnahme 3: Schulpavillon der Grundschule Ummeln

Bielefeld	Stadterneuerungsgebiet Sieker: Tageseinrichtung für Kinder und Elternzentrum ⁽¹⁾
Billerbeck	Begegnung im Viertel an der Berkel
Blankenheim	Umbau des Sportplatzes Ripsdorf in einen Kunstrasenplatz sowie Umrüstung der Fluchtanlage auf energiesparende LED-Leuchtmittel
Bochum	Quartiersmanagement Laer
Bochum	Integration durch Sport
Bochum	Freier Internetzugang in öffentlichen Räumen mit Fokus Flüchtlingsunterkünfte
Bochum	Sanierung Jugendverbandshaus in der Hönnebecke, Bochum Wattenscheid-Höntrop
Bonn	Quartierszentrum Auerberg, Stockholmer Straße 23, 53117 Bonn
Borken	Neubau des Jugendtreffs in Weseke
Borken	Gesundheits- und Fitnesszentrum als Zentrum der Integration
Borken	Gemeinnützige Beschäftigungsangebote in einer Lernwerkstatt
Borken	Ausbau des Klosters Gemen zu einem Zentrum für Integration, Migration, interkulturellen und interreligiösen Dialog
Bornheim	Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Beratungspunkt Boy"
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Beratungspunkt Kirchhellen"
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Quartierszentrum Batenbrock-Nord"
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Quartierszentrum Batenbrock-Süd"
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Quartierszentrum Bottrop-Süd"

Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Koordination für Quartierszentren"
Bottrop	Flüchtlingshilfe im Quartier "Standort Städt. Tageseinrichtung f. Kinder Körnerstr."
Büren	Investitionsbegleitende Maßnahmen
Castrop-Rauxel	Integration und Bildung für Flüchtlinge in die Europastadt Castrop-Rauxel ⁽¹⁾
Detmold	Neubau von vier Maßnahmen, Stadtteilmanagement, Verfügungsfonds ⁽¹⁾
Dinslaken	Kindertagesstätte Kreativ.Quartier Lohberg
Dortmund	Funktionsgebäude Hoeschpark
Dortmund	Einrichtung eines interkulturellen Stadtteilzentrums (IK Nord)
Dortmund	Sportanlage Lindenhorster Straße
Dortmund	Pappelstadion Wickede
Dortmund	Integrierte Projekte in der Siedlung Lanstrop ⁽¹⁾
Drensteinfurt	Neubau einer Tageseinrichtung für Kinder, vorrangig für Flüchtlingskinder
Duisburg	Modernisierung der Sportanlage Oberhauser Allee
Duisburg	Modernisierung der Sportanlage Warbruckstraße
Duisburg	Modernisierung der Sportanlage Talbahnstraße
Duisburg	Antrag der Stadt Duisburg auf die Förderung eines Zentrums für integrative Bildung und Begegnung (ZiBB) und eines Stadtteilmanagements (in kommunaler Trägerschaft in Kooperation mit der EG DU) mit dem Schwerpunkt Integration
Duisburg	Modernisierung der Sportanlage Wiesbadener Straße
Duisburg	Modernisierung der Sportanlage Styrumer Straße

Duisburg	Aufbau eines Stadtteiltreffs mit Kindertagesstätte eines Kinder- und Jugendzentrums und eines Sprachzentrums im Gebäudekomplex Paul-Rücker-Straße sowie Einrichtung eines Stadtteilmanagements (in kommunaler Trägerschaft in Kooperation mit der EG DU) in Duisburg Neuenkamp
Düren	Nachnutzung des Kirchengebäudes St. Bonifatius
Düsseldorf	Einrichtung zweier Streetworkerstellen bei einem freien Träger in Lichtenbroich
Düsseldorf	Erweiterungsmaßnahmen an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen I und II
Düsseldorf	Ersatzneubau: Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Heerdter Landstraße 186
Düsseldorf	Bau der Turnhalle auf der Sportanlage Kammerathsfeldstraße
Eitorf	Ausbau des ehemaligen Schulgebäudes Brückenstraße 31 (Theater am Park) zum multifunktionalen Bürgerhaus mit dem Namen "Haus der Bildung und Kultur - Integratives Weiterbildungs- Kultur- und Bürgerzentrum"
Ennigerloh	Förderung der Ausgaben für die Quartiersbetreuung unter besonderer Berücksichtigung der Flüchtlingszuwanderung als investitionsbegleitende Maßnahme
Espelkamp	Interkulturelles Café und Arbeitszentrum
Essen	Neubau Sportanlage Krupp-Park-Süd
Essen	Quartiersbetreuung Altenessen-Süd
Essen	Quartiersmanagement Altendorf
Geilenkirchen	Kulturzentrum/Begegnungsstätte Bauchem
Geilenkirchen	Erweiterung der Kindertagesstätte Bauchem
Gelsenkirchen	Die Stadteilschule als Brücke zum Quartier
Geseke	Einrichtung einer Personalstelle "Stadtsoziologie"
Geseke	Sportzentrum Störmede - Rekonstruktion Sportplatz (Tennisplatz)
Gladbeck	Neubau einer Kindertageseinrichtung in Brauck/Rosenhügel

Greven	Begegnungsstätte "Alte Sporthalle" in Greven-Reckenfeld
Greven	Ergänzung des und Sport- und Freizeitparks Emsaue
Greven	Neuordnung der Sportflächen Reckenfeld
Greven	"LeseCAFÉ" in der Stadtbibliothek Greven
Greven	Neubau einer Kindertagesstätte im Bereich des Marienschulzentrums
Greven	Erweiterung der Martini-Grundschule, Greven-Innenstadt
Greven	Erweiterung der Erich-Kästner-Grundschule in Greven-Reckenfeld
Greven	Ort der Begegnung in der geplanten Mensa im Marienschulzentrum
Gronau	"Wir wollen MEHR Solidarität wagen" - Projektvorschlag der Stadt Gronau
Hamminkeln	Errichtung einer Begegnungsstätte mit Quartiersmanagement im Ortsteil Hamminkeln
Hamminkeln	Errichtung einer Begegnungsstätte mit Quartiersmanagement im Ortsteil Dingden
Hattingen	Integrationsmanagement im Quartier - Fluchtpunkt Welper - BBK
Heimbach	Begegnungsstätte "Heimat Heimbach"
Hennef	Umbau der Gesamtschule Hennef-West am Standort Fritz-Jacobi-Straße
Hennef	Anbau an der Kindertageseinrichtung "Kunterbunt", Ringstr. 115 in Hennef-Stoßdorf
Hennef	Umbau des Gebäudes Burgstraße 12-14 in Hennef-Uckerath zur Nutzung als Kindertageseinrichtung
Herford	Gemeinsam im Quartier: Glatzer Straße (stat. Bezirk 310)
Herford	Gemeinsam im Quartier: Ulmenstraße/Birkenstraße (stat. Bezirk 462) - Kita

Herne	CHATroom - Raum für Children And Teens ⁽¹⁾
Herzogenrath	Integration von Flüchtlingen in S I und S II
Herzogenrath	Integration von Flüchtlingen in Kindertageseinrichtungen
Hiddenhausen	Sanierung und Erweiterung des Treffpunktes Schweicheln-Bermbeck, Am Kartel 32, 32120 Hiddenhausen
Hilchenbach	Stadtteilarbeit im Quartier Dahlbruch
Hückeswagen	Integratives Bildungs- und Kulturzentrum "Historische Bibliothek" iBuK
Hünxe	Integrations- und investitionsbegleitende Maßnahmen
Hürth	Integrationszentrum Hürth
Iserlohn	Integrierte Stadtteilentwicklung Heide/Hombruch unter besonderer Berücksichtigung der integrativen Einbindung des Wohnheims für Asylbewerber
Kall	Integrationsprojekt Kall-Sistig
Kall	Integrationsprojekt Kall ⁽¹⁾
Kerpen	Bau Sportzentrum Kerpen
Kerpen	Neubau einer Begegnungsstätte in Kerpen Sindorf
Kerpen	Sanierung der Sportanlage Graf-Berghe-von-Trips Stadion Kerpen Horrem
Kevelaer	Ankauf und Umnutzung der Virginia-Satir-Schule/Projekt: "Schlau und integrierte - Bildung schafft Zukunft!"
Kevelaer	Errichtung einer Einfeld-Sporthalle/Projekt "Trainiert und integriert – Sport“verein(t)“
Kierspe	Bürger-, Sport-, Jugend- und Schulzentrum Kierspe
Kleve	Investive Baumaßnahme zur Erweiterung der Klever Grundschulen

Krefeld	Quartiersbezogene sowie quartiersübergreifende Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen
Lage	Erweiterung der Grundschule Hardissen, Ricarda-Huch-Weg 1, 32791 Lage um einen Betreuungsraum
Langerwehe	Multikulturelles Integrations-, Bildungs- und Begegnungszentrum Langerwehe
Leichlingen	Asylbewerberunterkunft und Begegnungsstätte "Kaltenberg"
Lennestadt	Errichtung eines Gemeindezentrums in Lennestadt-Maumke
Lohmar	Erweiterung Sport- und Bildungscampus Donrather Dreieck
Lohmar	Integrationszentrum Lohmar Verwirklichung in drei Meilensteinen: a) Neubau des Kindergartens Lohmar Ort, b) Anlegung des Verbindungsweges zur Seniorenbegegnungsstätte (Villa Friedlinde), c) Neubau der Soziokulturellen Begegnungsstätte mit Café und Erweiterung der Stadteilbibliothek mit Schulungsraum
Lüdenscheid	Maßnahmen zur Integration und Bildung von Flüchtlingen, insbesondere Kinder und Jugendliche ⁽¹⁾
Lüdinghausen	Integrative Sport- und Begegnungsstätte Lüdinghausen
Lünen	Integration durch Begegnung - Quartiersmanagement Süd zur Vernetzung der Stadtteile Lünen-Süd und Gahmen zur Einrichtung eines interkulturellen Spiel- und Begegnungsplatzes
Marl	Erweiterung der Martin Luther King-Gesamtschule
Mechernich	Hilfen im Städtebau zur Integration von Flüchtlingen
Meckenheim	Begegnungszentrum Ruhrfeld - interkulturell und intergenerational
Menden	"Eine Brücke bauen"
Merzenich	Bürgerbegegnungsstätte/Quartiersmanagement
Meschede	Mariengrundschule (Meschede-Nord)
Mettingen	Sozialbetreuung ⁽¹⁾
Minden	Sporthalle Hohenstaufenschule; Multifunktionsräume ⁽¹⁾

Minden	KiTa Bärenkämpen ⁽¹⁾
Möhnesee	Neubau eines Hallenschwimmbades in Möhnesee-Körbecke
Morsbach	Umbau des Bahnhofsgebäudes zu einer Begegnungs-, Schulungs- und Versammlungsstätte zur Durchführung von Integrationsmaßnahmen
Mülheim an der Ruhr	Sanierung und Erweiterung der städtischen Gemeinschaftsgrundschule Brüder Grimm im Mülheimer Stadtteil Styrum und Installation eines Stadtteilmanagements
Münster	Quartiersentwicklung Gremmendorf – West: Kita und Jugendhilfeeinrichtung York-Kaserne
Münster	Betreuungsmanagement im Stadtteil; Stärkung des Engagements
Münster	Quartiersentwicklung Gievenbeck: Kita Oxford-Kaserne
Neuenkirchen	Erweiterung einer Bücherei zu einer integrativen öffentlichen Einrichtung
Neukirchen-Vluyn	Das Projekt "SpIN - Sport & Integration in Neukirchen"
Neunkirchen	Einrichtung eines Integrations- und Jugendzentrums "Alter Bahnhof"
Neunkirchen-Seelscheid	Quartieranlage Pohlhausen
Neuss	Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit
Nordkirchen	Neubau eines Schwimmbades und Sporthalle/Koordinierung der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderungen
Nordwalde	Integrative Begegnungs- und Bildungsstätte Nordwalde
Odenthal	Erweiterung und Modernisierung des Schulzentrums Odenthal
Odenthal	Sanierung und Modernisierung der Gemeinschaftsgrundschule Odenthal - Neschen
Overrath	Umbau Kita und Neubau Turnhalle
Paderborn	Neubau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung, Fontanestraße 2, 33100 Paderborn

Pulheim	Kunstrasenplatz Brauweiler
Pulheim	Umbau der Hauptschule zur Kindertagesstätte
Radevormwald	Bildungs- und Begegnungsräume zur Integration
Reken	Städtebauliches Strategiekonzept: Verbesserung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts und der Integration
Remscheid	Umbau eines Produktionsbetriebes (Remscheid, Wüstenhagener Str. 21) zu einer Weiterbildungseinrichtung für Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und sozial Schwächere
Rheine	Errichtung eines Stadtteilbüros in Kooperation mit der Ludgerusschule im Stadtteil Schotthock
Rheine	Begegnungszentrum Dorenkamp im Programmgebiet Soziale Stadt ⁽¹⁾
Rödinghausen	Schulische Bildung und Integration unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge - Errichtung eines integrativen Schul- und Sportkomplexes Rödinghausen-Nord
Sassenberg	Quartiersbetreuung - Zeitlich befristete Einstellung einer Kraft als Stadtteilmanager/in zur Besetzung von Stadtteilbüros in den Ortslagen Sassenberg und Füchtorf
Sassenberg	"Altes Zollhaus" - Teilbereich Tenne zu einem Gruppenraum und Nutzung als Stadtteilbüro
Sassenberg	Sportlerheim Sassenberg - Ausbau von Gruppenräumen
Sassenberg	Sportlerheim Füchtorf - Neubau von Gruppenräumen
Sassenberg	Ehemalige Gaststätte "Linde" in Füchtorf - Erwerb eines Erbbaurechts und Umbau zu einer Begegnungsstätte einschließlich Stadtteilbüro und Wohnungen
Schleiden	Integration zugewiesener Flüchtlinge im Rahmen mehrerer begleitender Projekte
Schwalmtal	Ausbau Kindergartenplätze für Kinder aus Flüchtlingsfamilien
Schwerte	Projekt "Integrationszentrum Schwerte"
Selkant	Einrichtung eines Gemeinschaftshauses in Saeffelen
Sendenhorst	Ehrenamtskoordination und Integrationsprojekt DirtBike-Parcours

Siegburg	Haus der Begegnung in Siegburg Kaldauen
Solingen	Ankommen in Solingen ⁽¹⁾
Spenge	Umbau des Kultur- und Jugendzentrums Charlottenburg
Steinhagen	Umbau und Erweiterung der Grundschule Laukshof mit Offener Ganztagschule (OGS), Laukshof 12, 33803 Steinhagen
Steinhagen	Anbau einer Mensa an der offenen Ganztagschule der Grundschule Steinhagen sowie Verlegung von Räumlichkeiten der Offenen Ganztagschule an der Grundschule Steinhagen, Pestalozzistraße 1, 33803 Steinhagen
Steinheim	Integrationszentrum Steinheim
Stolberg	Errichtung eines Betreuungshauses an der GS Hermannstraße
Stolberg	Neubau Kita Spinnereistraße incl. Quartiersbüro
Sundern	Kultur-, Bildungs- und Begegnungszentrum Sundern
Swisttal	Ausbau einer integrativen Begegnungsstätte und Jugendarbeit - Provisorium Kindergarten ⁽¹⁾
Swisttal	Sportstättenanierung Heimerzheim
Titz	Mehr- bzw. Multigenerationen- und Vereinshaus Rödigen
Troisdorf	Ortsgemeinschaftshaus Troisdorf-Altenrath
Velbert	Sprachbox und Integration durch Feuerwehr ⁽¹⁾
Velen	Erweiterung der Kindertageseinrichtung St. Walburga in Velen-Ramsdorf
Verl	Erweiterung der Kindertageseinrichtung "Kleine Strolche" um eine 4. Gruppe
Versmold	Teilmaßnahme 3 von 3: Nachbarschaftsmanager
Versmold	Teilmaßnahme 1 von 3: Neubau einer 4-gruppigen Kindertagesstätte mit Multifunktionsraum

Viersen	Begegnungszentrum Hamm
Voerde	Ausbau und Nutzung des Dachgeschosses im Jugend- und Kulturzentrum Stockumer Schule e.V.
Warstein	Befristete Stelle für die Betreuung ehrenamtlicher Helferinnen in der Flüchtlingshilfe
Wegberg	Aufwertung des Spielplatzes Stadtpark im Stadtzentrum Wegberg
Weilerswist	Jugend- und Begegnungszentrum Weilerswist
Weilerswist	Ausbau der Räumlichkeiten der offenen Ganztagschulen in der Gemeinde Weilerswist
Wermelskirchen	Integrationsprojekt "Katt-Quartier"
Werne	Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Werne
Westerkappeln	Begegnungsstätte am Sportplatz "Am Königsteich"
Wipperfürth	Konzept: Naturgruppe - Naturnahe Erziehung für Kinder aller Kulturen zur Förderung der Integration
Witten	Kindertageseinrichtung der Lebenshilfe, Dortmunder Straße 75
Witten	Städt. Kindertageseinrichtung "Marienstr. 9"
Wuppertal	Ankommen - Aufnehmen - Integrieren ⁽¹⁾
Würselen	Familien- und Bürgerzentrum
Zülpich	Erweiterung Kindertagesstätte Blayer Str., Kettenweg 27, 53909 Zülpich

¹ Der Förderantrag umfasst mehrere Teilmaßnahmen, von denen eine oder mehrere nicht gefördert werden.

Agglomerationskonzept

Integrierte Raumentwicklungsperspektive für die Region Köln/Bonn

Kommission Regionalplanung und Strukturfragen | Regionalrat
Freitag, 20. Mai 2016 | Köln, Bezirksregierung Köln

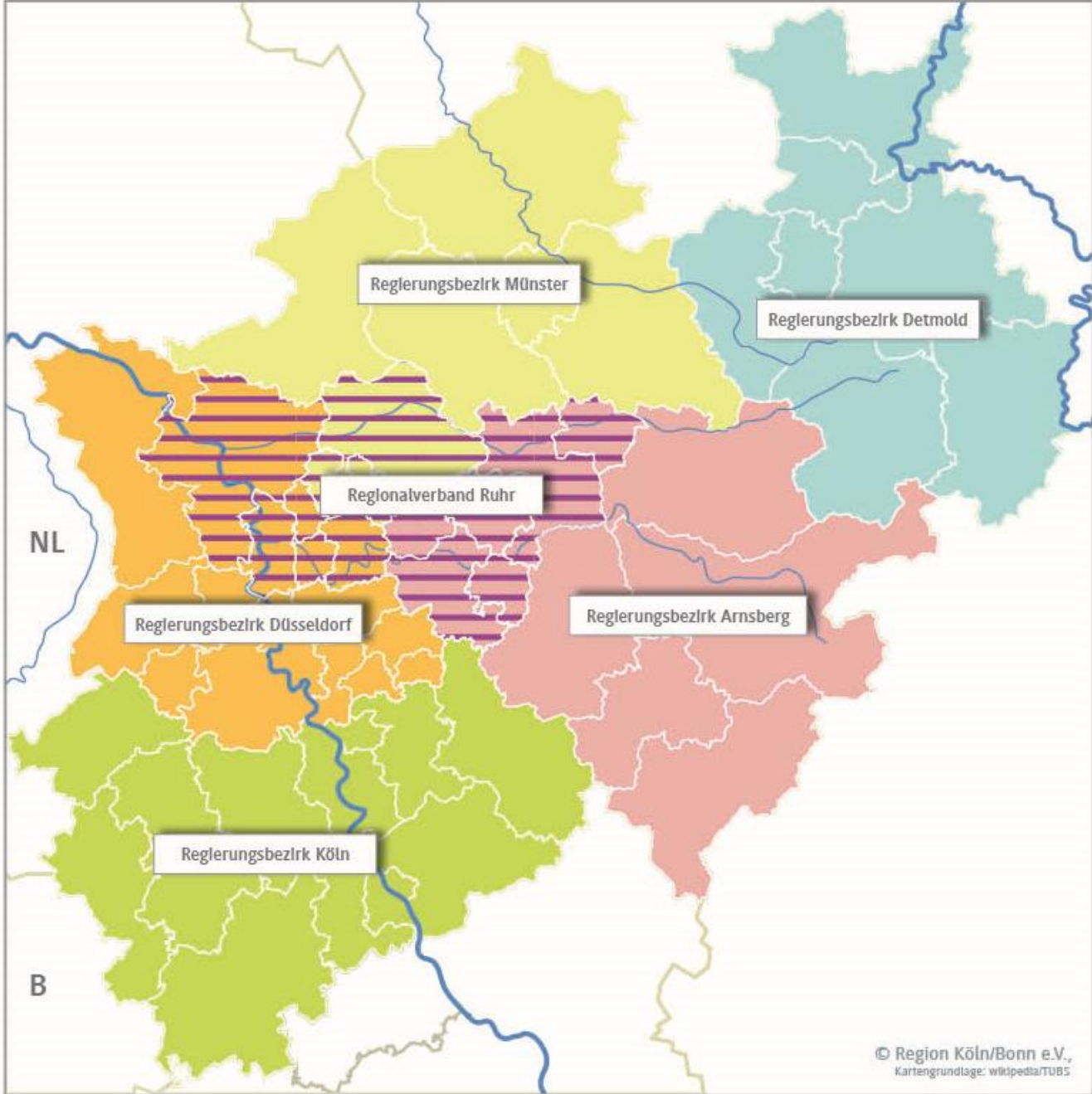
Übersicht

- Region Köln/Bonn e.V.
- Herausforderungen der Raumentwicklung in der Region
- Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn
- *Hintergrund:* Strategien und Prozesse in anderen Regionen

Region Köln/Bonn e.V.

**Regierungsbezirke
in Nordrhein-Westfalen**

Stand: Februar 2013

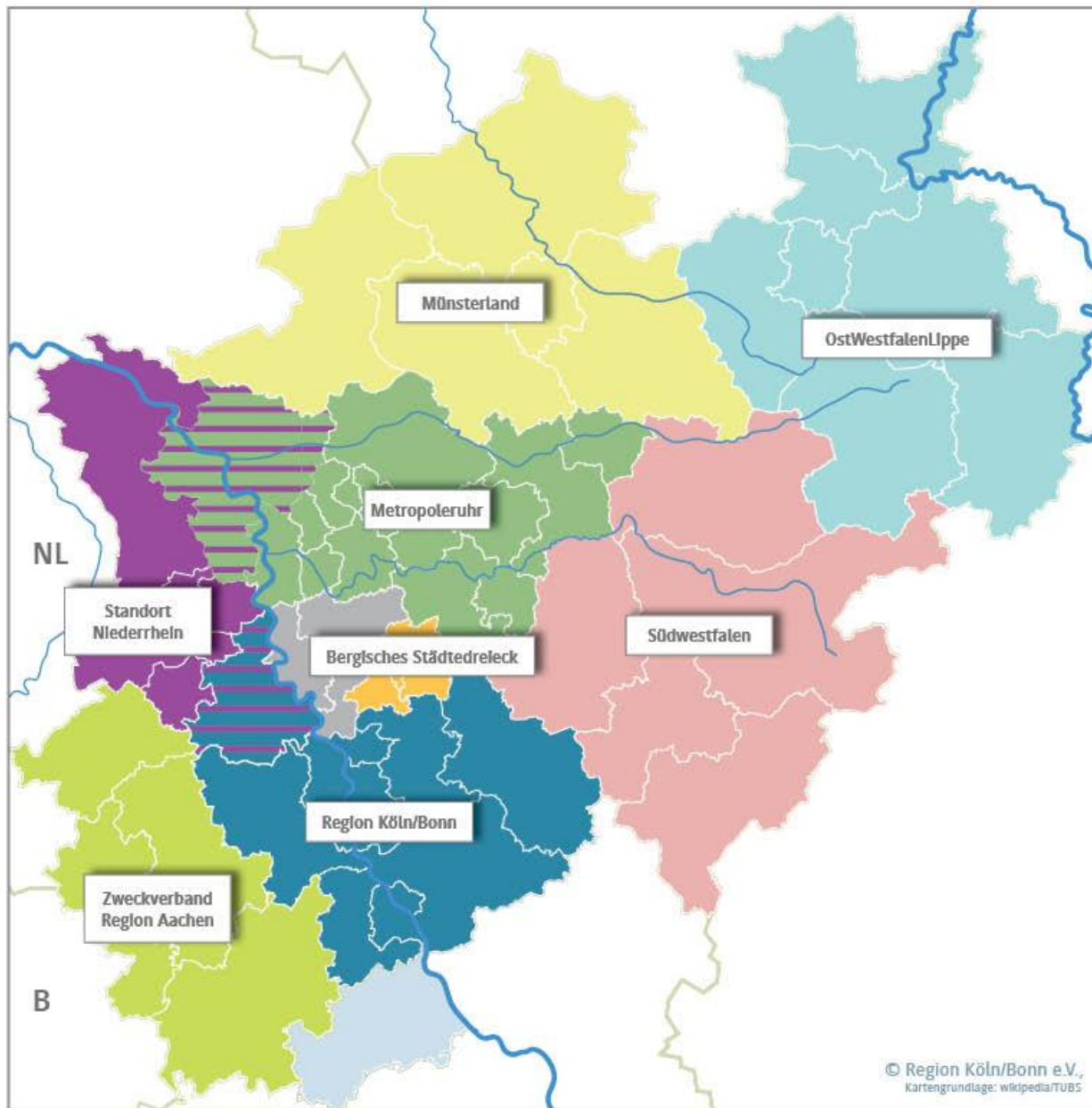


© Region Köln/Bonn e.V.,
Kartengrundlage: wikipedia/TUBS

REGION KÖLN BONN

Regionalmanagements in Nordrhein-Westfalen

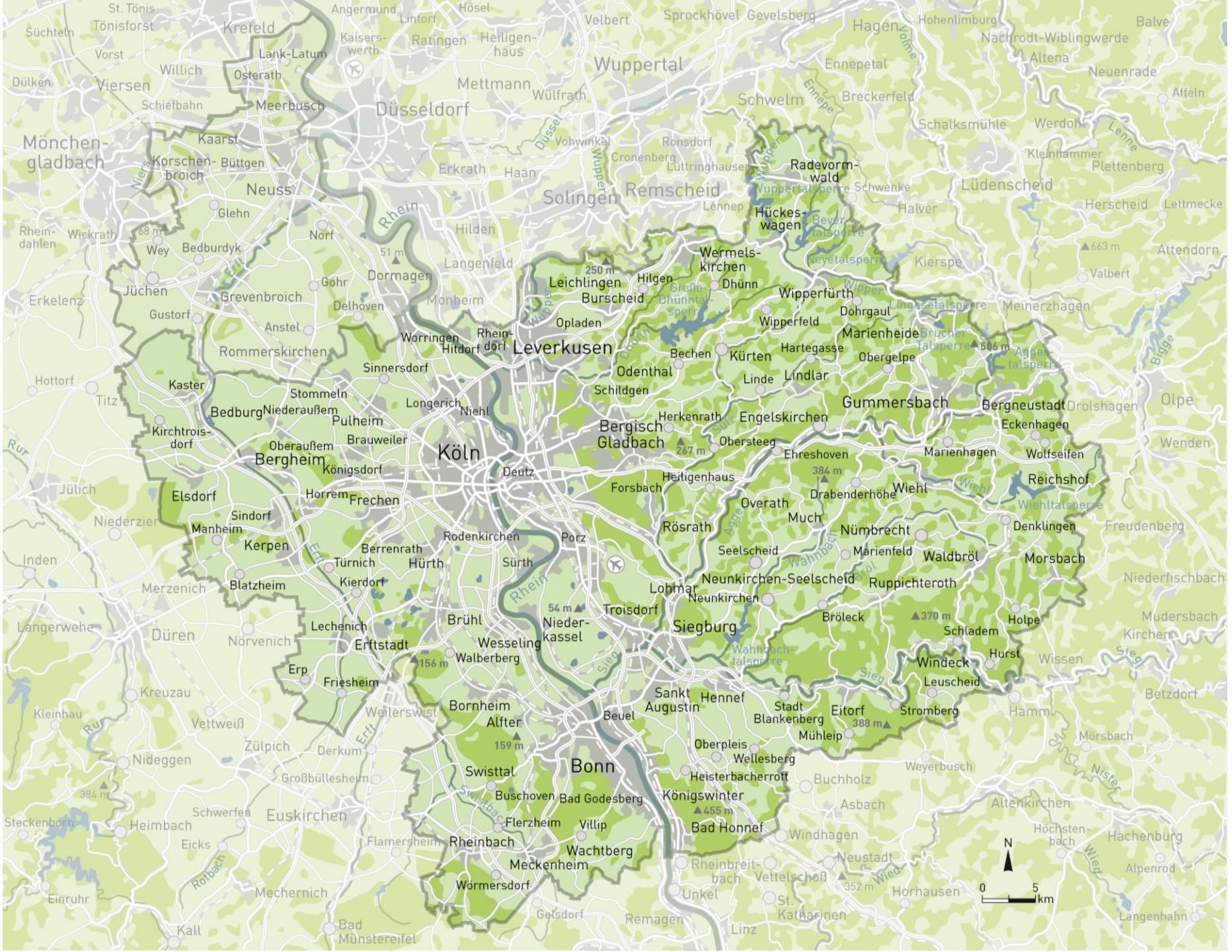
Stand: Juni 2013



© Region Köln/Bonn e.V.,
Kartengrundlage: wikipedia/TUBS

Akteure

-  Bergische Entwicklungsagentur GmbH
-  hoch³
-  Münsterland e.V.
-  Münsterland
-  OstWestfalenLippe GmbH
-  Region Köln/Bonn e.V.
- REGION KÖLN BONN**
-  Regionalverband Ruhr
-  metropoleruhr
-  Südwestfalen
-  Zweckverband Region Aachen
-  region aachen
-  Standort Niederrhein GmbH
-  nieder rhein



Arbeitsfelder des Region Köln/Bonn e.V.



**Raum entwickeln,
Umbau lenken**



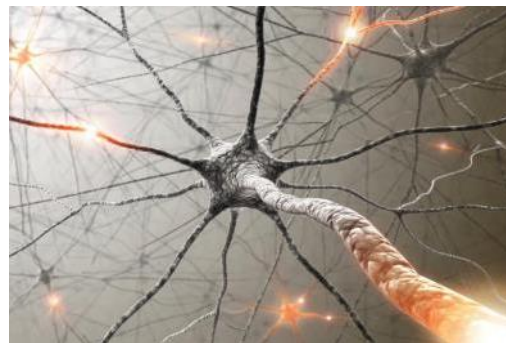
**Wirtschaftsstandort
sichern und
entwickeln**



**Energiewandel vor Ort
gestalten**

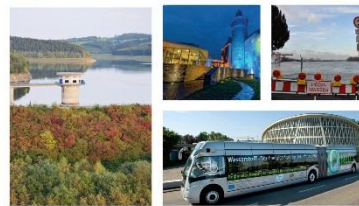
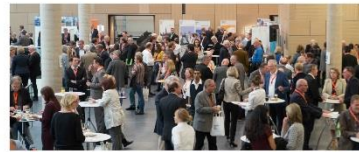


**Standort- und
Lebensqualität
sichern und
entwickeln**



**Region im
Wettbewerb
positionieren und
vernetzen**





REGION KÖLN BONN

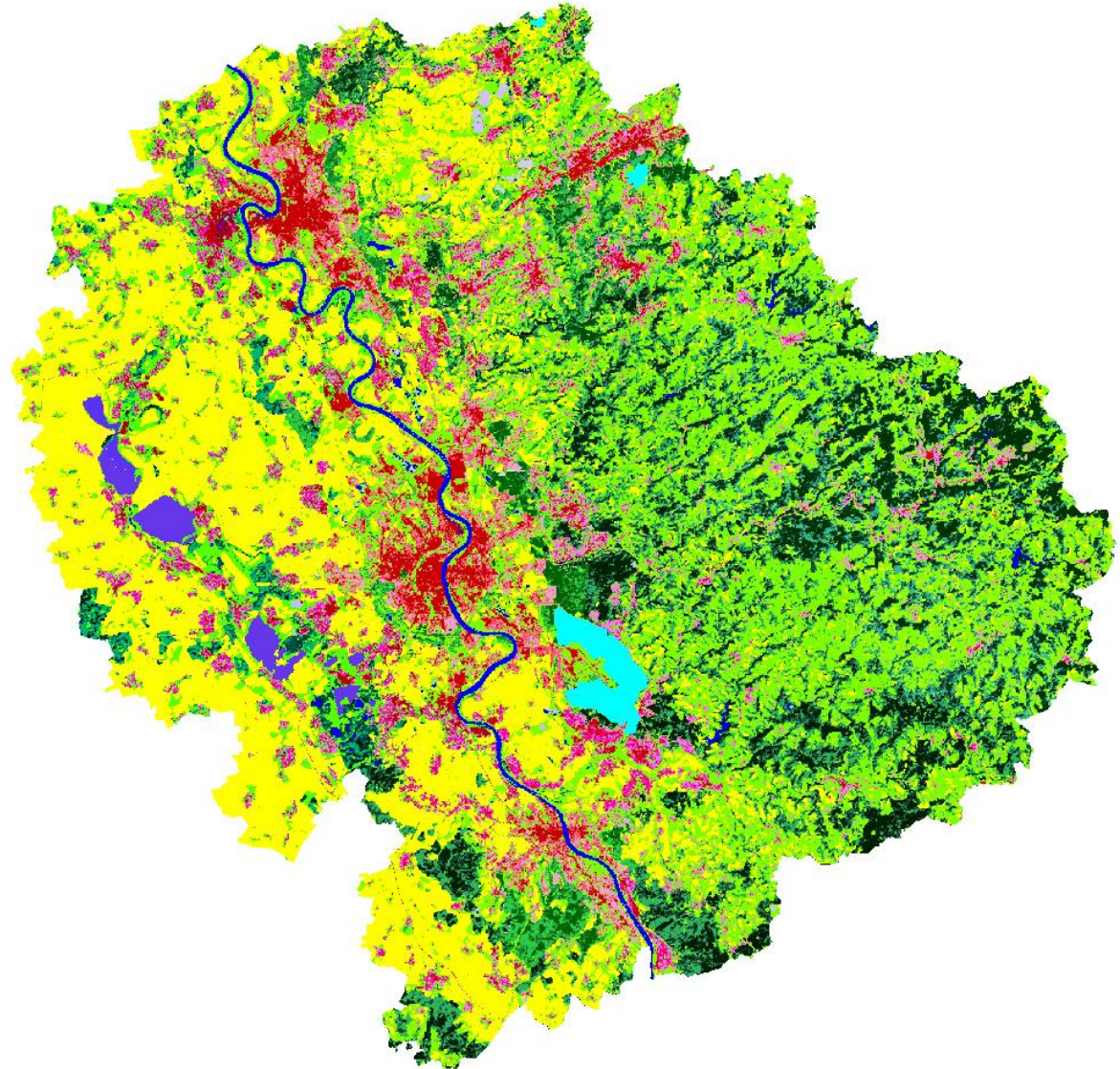
Regionaler Orientierungs- und
Handlungsrahmen der Region Köln/Bonn

Zukunft gemeinsam gestalten

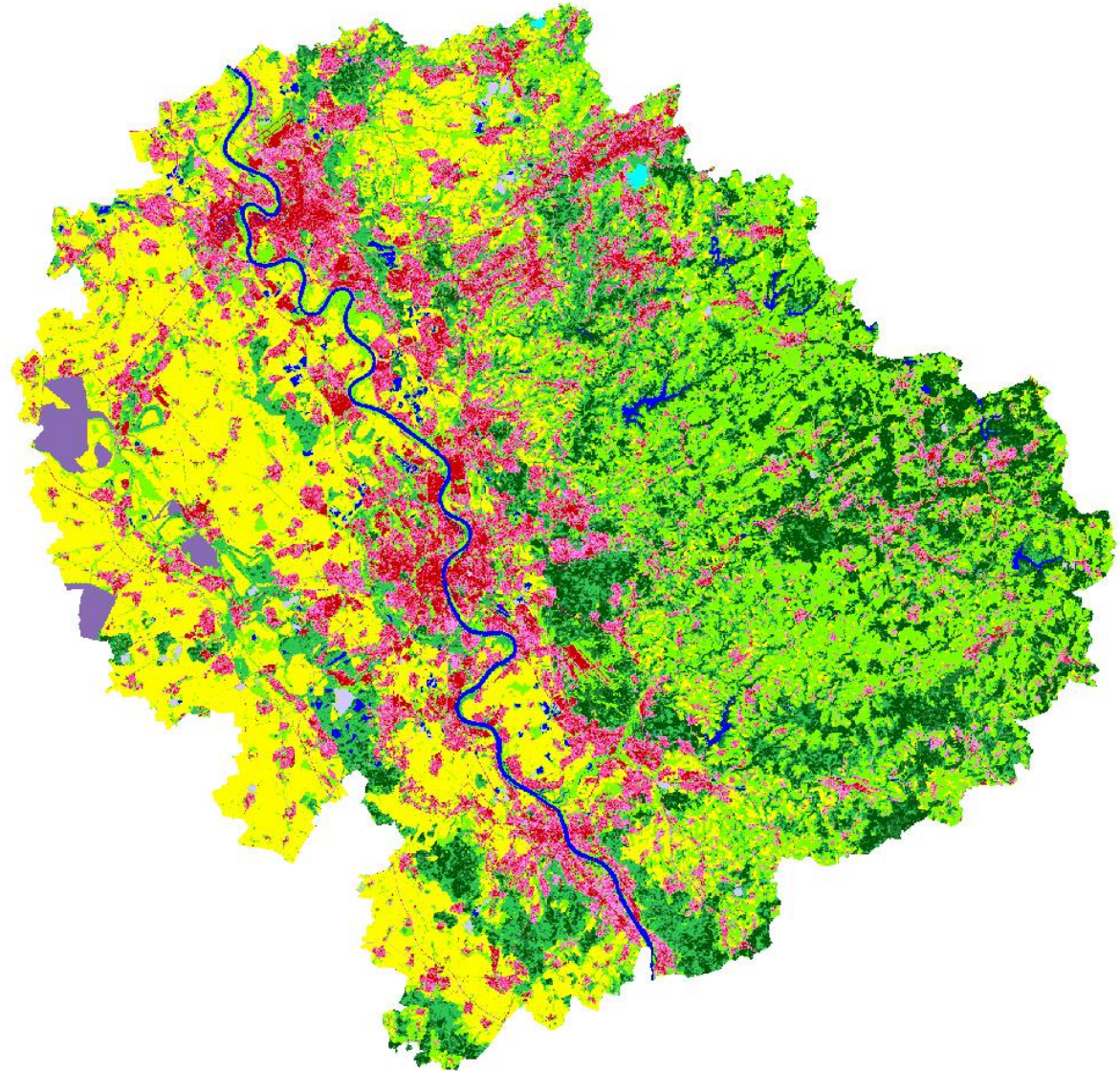
Stand: Juni 2015

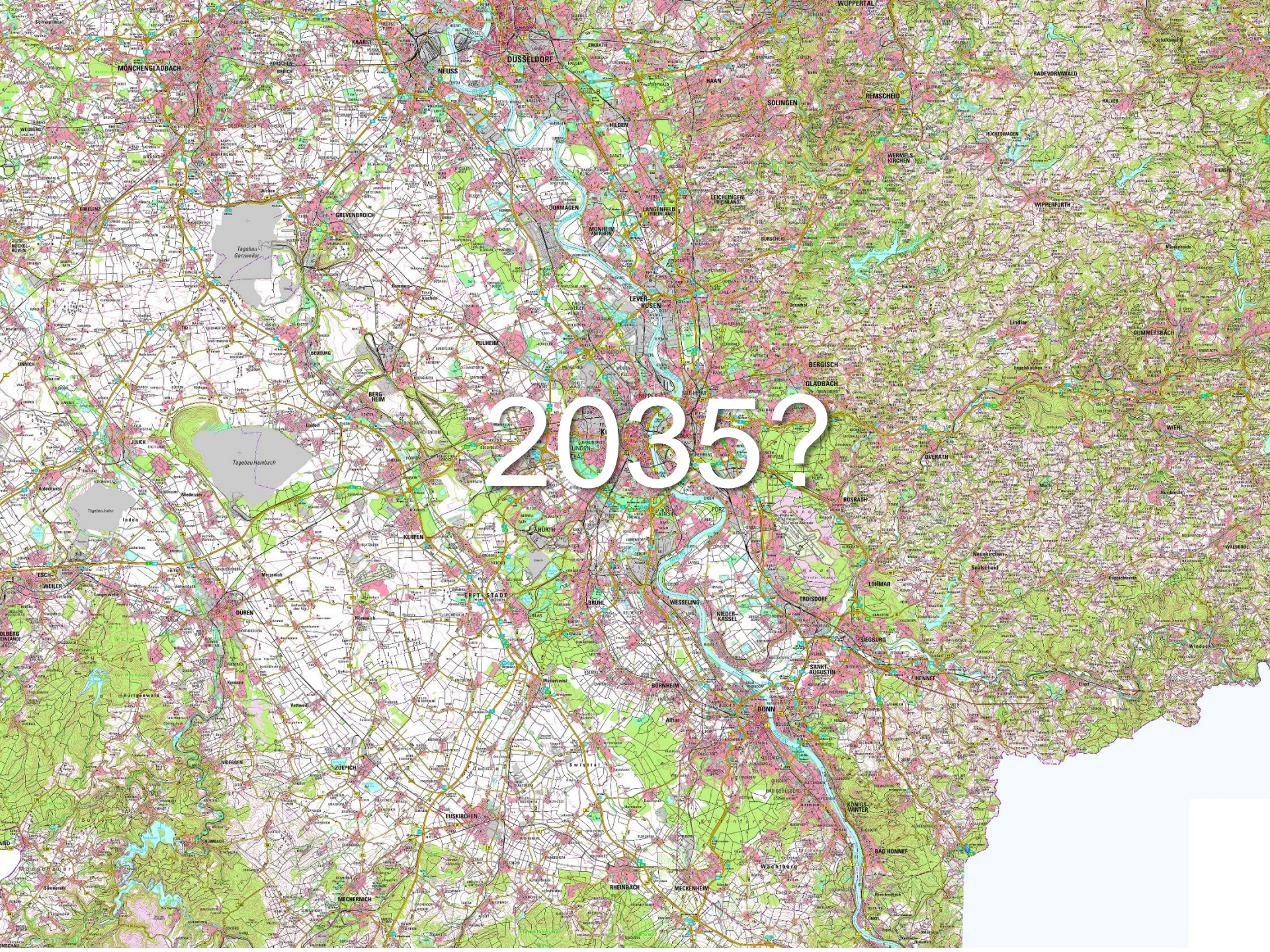
Herausforderungen der Raumentwicklung in der Region Köln/Bonn

Region Köln/Bonn
Raumnutzung 1975



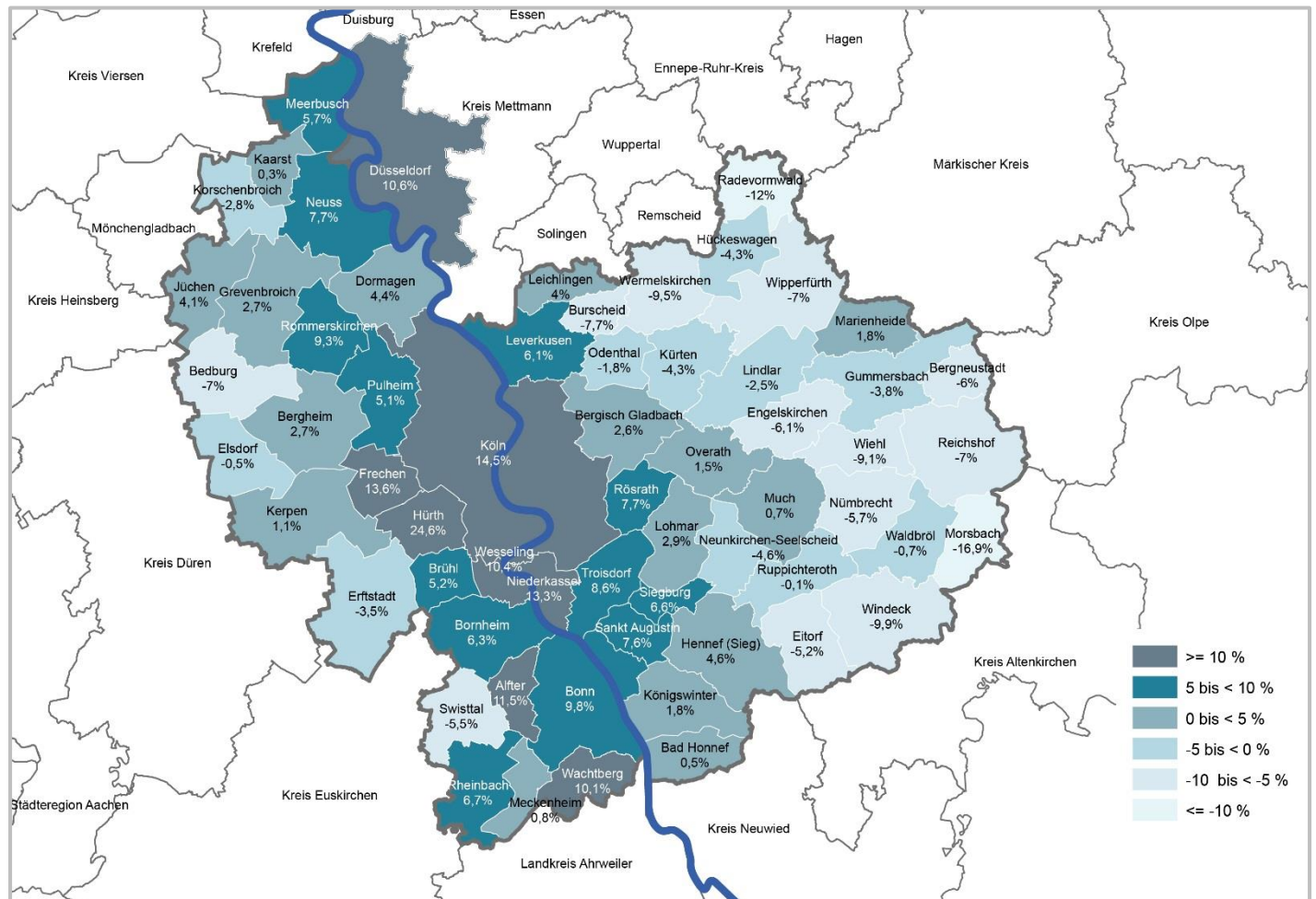
Region Köln/Bonn
Raumnutzung 2005





Demographische Entwicklung

Bevölkerungsprognose kommunenscharf 2014 – 2030 (Quelle: it.nrw)



Demographische Entwicklung

Auswirkungen auf die Immobilienmärkte

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER WOHNUNGSBAU FÜR KÖLN –

GERADE FERTIGGESTELLT UND BEZOGEN:
Gremberger Straße 271 – 273, Humboldt/Gremberg

– WIR SUCHEN DRINGEND GRUNDSTÜCKE –
für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in allen Stadtteilen von Köln. Bitte helfen Sie uns und bieten Sie uns Ihr Grundstück – auch gerne als Baulücke – an:

STEFAN FREY
Bayenthalgürtel 26 | 50968 Köln
0221 – 280 64 65 0
StefanFrey@parkona.de

www.frey-ag.de

Ein Wohnhaus der Stefan Frey AG Köln



SPiegel ONLINE WIRTSCHAFT

Leerstand bei Einfamilienhäusern: Alptraumhaus im Grünen

Von Christian Tröster

Alle reden vom Immobilienboom - aber gerade Einfamilienhäuser in der Provinz verlieren durch den demografischen Wandel eher an Wert. Es drohen Leerstand und Verfall. In Vierteln wie Cuxhaven-Altenwalde lässt sich heute schon besichtigen, was bald auch dem Rest der Republik droht.

3,5%

Für 11 an: null für diesen Depo-Bestand erhalten Sie jetzt ein Jahr lang 3,5% Zinsen plus aufs Tagesgeld: Einfach Wertpapiere in Höhe von mindestens 6.000 Euro in ... Capital Contingent übertragen und das Depot bei Ihrer alten Bank schließen

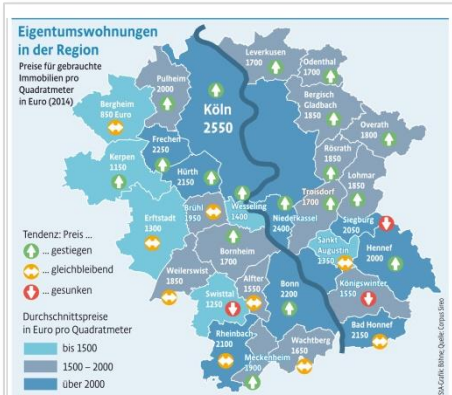
Fotos

Christian Tröster

Noch schaut es proper aus in Cuxhaven-Altenwalde. Die Häuschen stehen dicht an dicht, eine Siedlung wie es sie tausendfach gibt in Deutschland. Jedes dritte Wohngebäude in Westdeutschland ist ein Ein- oder Zweifamilienhaus der Generation 1950 bis 1978: gebaute Traum von Ruhe und finanzieller Sicherheit.

Doch nun steht ein Generationenwechsel an. Von vielen Alten auf weniger...

Demographische Entwicklung Auswirkungen auf die Immobilienmärkte



Speckgürtel wird teurer

IMMOBILIEN Preise in Städten wie Hürth, Pulheim und Frechen steigen

VON JÖRG WAGNER

Angebotspreise erfasst

Köln: Der Immobilienboom im Großraum Köln schlägt sich immer stärker im Speckgürtel der Millionenstadt nieder. Laut dem aktuellen City Report der Immobilienfirma Corpus Sineo waren Neubau-Häuser in gut angelegenen Umland-Kommunen wie Hürth, Pulheim oder Frechen im vergangenen Jahr besonders gefragt. „Dort stiegen die Neubaupreise am stärksten“, heißt es in dem Bericht.

Angesichts der hohen Preise in Köln scheinen sich viele Immobilieninteressenten im Umland ihren Traum zu erfüllen. Die Nachfrage und das immer noch zu knappe Angebot treibt die Preise. So kosteten neue Häuser in Pulheim oder Frechen im Schnitt, dem sogenannten „Mediapreis“, rund 400.000 Euro. In Hürth waren sie mit 350.000 Euro etwas günstiger.

Doch auch im Kölner Stadtgebiet fand der Preisanstieg kein Ende – anders als von vielen Experten veränder. Häuser sind hier ohnehin wenig zu haben, erklären die Experten von Corpus Sineo – „Aber auch das gestiegene Neubaupreisaufkommen konnte den Nachfrageüberhang nicht bedienen, was sich ebenfalls in Preissteigerungen sowohl für Eigentumswohnungen als auch Einfamilienhäuser niederschlug“, heißt es im Bericht.

Im Schnitt stiegen die Preise für neue Wohnungen in Köln wie schon im Vorjahr um fast elf Prozent. Neubauten wurden im Mittel für rund 3600 Euro pro Quadratmeter vermarktet. Bestandswohnungen pro Quadratmeter im Schnitt rund 4200 Euro, in Düsseldorf werden 4000 Euro fällig. Doch auch hier stiegen die Preise weiter kräftig.

Das war auch in weiten Teilen von Bonn der Fall. Dennoch kommen hier Interessenten im Schnitt günstiger an Wohnungen und Häuser als in Köln. Das Gefälle ist über die Stadt aber besonders hoch. Während auf dem Venusberg Häuser für im Schnitt 750.000 Euro angeboten wurden, verlangten die Verkäufer in Grabenbüchel lediglich 160.000 Euro. In vielen Innenstadtteilen kann dafür gar keine Häuser auf dem Markt.

Quelle: KSTA, 16.04.2015

sc 36 BERGISCHE LANDESZEITUNG MITWOCH, 2. MÄRZ 2016 NUMMER 52

TIPP DES TAGES

RHEIN-BERG

Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Links: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Rechts: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben.

Kleinkind stürzt sieben Meter tief aus Fenster

Junge wird nach Unfall schwer verletzt mit Rettungsschrauber in die Kölner Uniklinik geflogen

Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Links: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Rechts: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben.

Hoher Preisdruck auf Bauland

Freie Parzellen sind begehrt, aber knapp – Quadratmeterpreis gestiegen



Die Freizeitanlage in der Nähe von Bonn ist ein Beispiel für den hohen Preisdruck auf Bauland.

BERGISCHE LANDESZEITUNG

Entfernung zur Autobahn

Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Links: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben. Rechts: Amalte von Eichel (Foto) sagt im Totenabschied auf ihr Leben.

BERGISCHE LANDESZEITUNG

Verkaufswert um 18 Prozent

Die Freizeitanlage in der Nähe von Bonn ist ein Beispiel für den hohen Preisdruck auf Bauland.

BERGISCHE LANDESZEITUNG

Verkaufswert um 18 Prozent

Die Freizeitanlage in der Nähe von Bonn ist ein Beispiel für den hohen Preisdruck auf Bauland.

Quelle: BLZ, 02.03.2016

Demographische Entwicklung
Auswirkungen auf die Immobilienmärkte



Verschärfter Kampf gegen Schwarzarbeit
Bergisch Gladbach geht gegen nachlassendes Probierwissen vor und richtet Heiler ein

Die Bergische Landeszeitung berichtet über den Kampf gegen Schwarzarbeit in Bergisch Gladbach. Ein Artikel von Peter Müller beschreibt die Bemühungen der Stadt, das Probierwissen der Arbeitnehmer zu verschärfen und die Heiler einzurichten.

Die Mieten ziehen weiter an
Haus und Grund kritisiert: Baugrundstücke und Förderung fehlen

Ein Artikel von Peter Müller über den Mietanstieg in Bergisch Gladbach. Er kritisiert die fehlende Förderung für Baugrundstücke und die daraus resultierenden hohen Mieten.



Das Baugrundstück in Köln-Bonn ist, wie in der Abbildung zu sehen, ein sehr wertvolles Grundstück. (Foto: Peter Müller)



Ein Artikel von Peter Müller über die Wohnfläche in Bergisch Gladbach. Er analysiert die Wachstumsraten und die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt.

Ein Artikel von Peter Müller über die Weihnachtsfeier der Bergischen Landeszeitung. Er berichtet über die festliche Atmosphäre und die Teilnahme der Mitarbeiter.

MONTAG, 21. MÄRZ 2016

WERMELSKIRCHENER ANZEIGER
KABARETT
Entschleunigte Nachdenken mit Henning Schmidts in der Kart. Seite C.2

HEIMAT GENIESSEN

Pflückuchen - der fast vergessene bergische Klassiker wird in Höhrath zubereitet. Seite C.2

BERGISCHE MORGENPOST - DIE GRÖSSTE ZEITUNG IN WERMELSKIRCHEN

LESER-HOTLINE
Ihr Thema?
Dazu sollen wir uns berätigen?
Sagen Sie uns!
@bergische-morgenpost.de
02936 22094
BM Wermelskirchen
rp-online.de/WhatsApp

MELDUNGEN

Einsprecher bauen Gerüst auf Obi-Gelände auf

WERMELSKIRCHEN (ru) Dreistes Vergleichen von Lindbrecher gestern gegen 1.30 Uhr: Wie die Polizei mitteilte, drangen bislang unbekannt Täter in den Bürotürken in der ersten Etage des Obi-Stammarktes ein. Ein ein Balkenfenster in etwa acht Metern Höhe zu erreichen, bauten die Täter ein auf dem Gelände getragenes Gerüst auf und gelangten so in das Gebäude. Ob etwas gestohlen wurde, steht noch nicht fest. Zugewinnsweise unter: BLZ 12222-2556.

16-Jähriger mit Auto des Stiefvaters auf Spritzoom

WERMELSKIRCHEN (ru) Nachdem ein 16-jähriger Wermelskirchener mit einem Freund Alkohol getrunken hatte, machte er Sonntagmorgen eine Spritzoom mit dem Auto seines Stiefvaters. Dabei überfuhr er auch eine Verkehrsinsel auf sich und kollidierte mit einem geparkten Wagen. Trotz verzweifelter Rufen fuhr der junge Mann noch nach Hause und stellte dort das Fahrzeug wieder ab. Die Mutter bemerkte dies und alarmierte die Polizei.



Gibt es in der Innenstadt von Wermelskirchen noch bezahlbaren Wohnraum für Senioren? Durdir wurde im Haus der Begegnung diskutiert. (Foto: Peter Müller)

Wohnraum für Ältere ist kaum bezahlbar

Der politische Frühshoppen im Haus der Begegnung beschäftigte sich gestern Mittag mit einem Thema, das sehr viele Interessierte anlockte.

VON BERND GIEGLER

WERMELSKIRCHEN Das sich für das Thema „Sozialer Wohnraum für Senioren“ im Haus der Begegnung viele Interessierte, liegt auf der Hand. Kein Wunder also, dass der politische Frühshoppen gestern Vormittag viele Besucher anlockte. Wer sich gleichwohl dieses eine aktuelle Verbesserung seiner momentanen Wohnsituation versprochen hatte, ging mit einem langen Gesicht nach Hause. Hingelassen hatten die Moderatoren Klaus Handhardt und Hartmut Lützing Podiumsgäste aus Wermelskirchen, die dieses Thema von verschiedenen Seiten beleuchten konnten: Brigitte Krips (Caritas), Martin Bohlbach (Vorsitzender Ausschuss für Bau und Umwelt), Rolf Körschgen (Bauunternehmer) und Andreas Weger (Gemeindeförderer).

INFO
Mietpreisobergrenze und Durchschnittsrente
Die Mietpreisobergrenze in sozialen Wohnungsbau beträgt in Wermelskirchen 5,29 Euro pro Quadratmeter. Damit kostet eine Wohnung mit 40 Quadratmetern und 200 Euro Nebenkosten 400 Euro im Monat. Die durchschnittliche Rente für alleinstehende Männer im NRW-Bericht des IFO Euro Lindert liegt weiter nach unten.

Ist also zu tun? Man müsse die Politik (Bund, Land und Kommunen) zusammen mit der Wirtschaft und auch mit den Senioren (Mehrgenerationenhaus) an einen Tisch bringen, hieß es. Das klinge nach realistischen, grauer Theorie. Die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichten dafür auch nicht aus. Sie berücksichtigten etwa überhaupt nicht die steigenden Nebenkosten (2. Miete). „Und was heißt eigentlich bezahlbar“, fragte Krips. Einen großen Anhaltspunkt bildete dazu Mietpreisobergrenze und zur Verfügung stehende Rente (siehe Kasten). Ist das für Wermelskirchen realistisch? Grundstücke der Stadt gäbe es, sagte Bohlbach. Aber, ob sie auch dafür

benutzt werden, läge an der politischen Entscheidungsfähigkeit. Die Alternative: Alte bestehende Gebäude zu renovieren und barrierefrei umbauen? Erster Nachteil: Natürlich bezögen sich diese Gebäude nicht unbedingt in Innenstadtnähe. Zweites Problem: Die sich sonst ändernden, zu beachtenden Energiepreisveränderungen verteuern die (Hilfs-)Baukosten. Wenn ich an diese Veränderungen denke, schwillt mir der Kinn an“, sagte Körschgen. Viele seien unversichert: Was auf der einen Seite gespart würde, wie etwa durch zusätzliche Wärmedämmung, müsste auf der anderen Seite mehrfach wieder ausgegeben werden. Zum Beispiel durch neue Lüftungssysteme.

Aus der Praxis schilderte auch Weger. Der Bauverein habe 50 Wohnungen renoviert. Die durchschnittlichen Kosten dafür lagen zwischen 20.000 und 30.000 Euro. Dieses Geld könne man nicht durch Mittel wieder herbeibringen. Da sei Hilfe von außen nötig. Aber die sei nicht vorhanden. „Es fehlt das Geld“. Einen kleinen Lichtblick gibt es für Mieter: Die Wohnung sei seit 1. Januar umgeregelt worden, sagte Krips. Es ließe nur das Verdrehmoment. Bei der Diskussion über Mehrgenerationenhäuser und „Senioren-WG“ bestand schnell Einigkeit: Auf das menschliche Miteinander kommt es dabei an.

C1

Daseinsvorsorge

notwendiger Ausbau von Gemeinbedarfseinrichtungen

SEITE 50

SAMSTAG, 1. FEBRUAR 2014
NUMMER 27

RHEIN-BERG

Kampf um neue Kita-Plätze

Nach „U3“ -Anstrengung nun Engpässe bei „Ü3“ – Kommunen reagieren

RHEIN-BERG. „U3“ war über Jahre beherrschendes Thema: Was erreicht man die – von der Politik versprochen – Garantie von Kitaplätzen für Kinder unter drei Jahren? Mit gewaltigen Summen und Föderalteln des Bundes wurde der Krachlaut 2013 geschafft. Heute bieten die Kommunen im Kreis für über 40, teilweise über 50 Prozent der Kinder unter drei Jahren Plätze an.

Erreicht wurde dies aber auch, indem Gruppen für Drei- bis Sechsjährige umgewandelt wurden, Plätze dort wegfallen.

Das führt nun erneut zu Wartelisten und drängenden Eltern. Diesmal sind diejenigen betroffen, die ihr Kind erst nach dem dritten Geburtstag zum neuen Kindergartenjahr ab 1. August in eine Kita – oder eine Tagespflege – geben wollen. Wie gehen die Kommunen damit um? Eine Übersicht:

Bergisch Gladbach

In Bergisch Gladbach sind es nach Auskunft von Martin Höfen von der Stadtpräsesstelle derzeit rund 70 Kinder, die nicht untergebracht werden könnten. Bedarf herrsche vor allem in den „Zuzugsgebieten“ Hefftrath und Hensberg. Das Thema steht auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses, der am 12. Februar tagt. „Das Bestreben ist, 100 Prozent zu erreichen“ bei Ü3-Plätzen. Mittels im Etat schon eingestellt, es gebe bereits Gespräche mit Trägern, ob es neue Gruppen geben werde, oder zusätzliche Plätze in bestehenden Gruppen. Gegenfalls müsse man neue Räume anmieten.

Rösrath

Hier sind es – Stichtag 30. Januar – 80 Kinder, die nicht untergebracht wären. Auch Rösrath

Anzeige

KJW Funk - Alarmanlagen
Schnell-Sauber-Zuverlässig
K+W Sicherheitstechnik · Tel. 02261 2204150

rath verweist auf den Zuzug junger Familien. Die Verwaltung reagiert mit einem Notfallplan. Im Jugendhilfeausschuss kündigte Bürgermeister



Die lieben Kleinen sind meist gut versorgt. Doch das Boot ist voll, und Kinder über drei Jahren bleiben oft außen vor. (Foto: dpa)

Ulrich Kowalewski zwei neue Gruppen mit insgesamt 30 Plätzen im Bereich der evangelischen Kita Volberg an. Dort sollen als Provisorium für mindestens zwei Jahre Module aufgestellt werden. „Plan B“ sei die Aufstellung eines Moduls in Volberg, ein zweites Modul an der Kita Brander Straße.

Daneben werde es eine weitere Ü3-Gruppe mit 15 neuen Plätzen an der Brander Straße geben. Zusätzliche 20 Plätze entstehen durch Gründung einer „Waldwichtelgruppe“ mit 20 Plätzen an der Kita Pappelbaum (Hofdornallee). Insgesamt bietet Rösrath ab 1. August 866 Plätze in Kitas (bisher: 601; 760 für Ü3, 175 für Ü3, sowie 31 Plätze für Kinder mit Behinderung. Dazu kommen

noch 80 Plätze in Tagespflege. Rechnerisch kommt Rösrath damit den 100 Prozent bei Ü3 nahe. Allerdings: Alle Möglichkeiten einer Überbelegungser-

on damit ausgeschöpft. Die Mehrkosten sollen durch Um- schichtungen im Kitaa im Bereich Kinder- und Jugendhilfe bezahlt werden. So sei der Ansatz von 2,9 Millionen Euro 2013 für Unterbringung nicht erreicht worden. Ein Problem sieht Kowalewski bei der Aus- stattung der Räume der neue- planten Gruppen: Der „Kredit- deckel“ gebe nur 18 000 Euro monatlich her. Eigentlich seien aber 26 000 Euro dafür nötig.

Overath

„Alle Kommunen haben das Problem, dass die Kindergar- tenplätze für die Über-Dreijähr- rigen knapp werden“, bestätigt Overaths Jugendamtsleiter Herbert Rijnbes.

„Richtig schwierig wird es, wenn Familien aus dem Aus- land kommen – Rijnbes nennt Brasilien, England und Austra- lien als Herkunftsländer – und einen Kindergartenplatz so- fort brauchen. In Overath wur- den bereits 2013 über die Not-wendigkeit einer zusätzlichen Kita mit drei Gruppen gespro- chen – allein: Das Geld fehlt im Etat.“

Mitte März will sich der Ju- gendhilfeausschuss mit den Zahlen befassen – zwei Tage, bevor sie ins Land gemeldet werden müssen. Um den Eng- pass zu bewältigen, baut die Stadt zudem auf die Kooperati- on mit den Trägern der Kinder- gärten, darauf, dass die Kopf- zahl einzelner Gruppen vor- übergehend erhöht wird.

Kürten/Odenthal
„Wir sehen da keine Proble- me auf uns zukommen“, sagt Kreispressesprecher Alexan- der Schiele. Der Kreis ist für die Jugendämter der Gemein- den Kürten und Odenthal zu- ständig. Schiele: „Wir liegen in der Planung und schaffen die Pla- nungen von 9 bis 12 an vier- tagen von 8 bis 13 Uhr geöffnet sein soll.“

Richtig schwierig wird es, wenn Familien aus dem Aus- land kommen – Rijnbes nennt Brasilien, England und Austra- lien als Herkunftsländer – und einen Kindergartenplatz so- fort brauchen. In Overath wur- den bereits 2013 über die Not-wendigkeit einer zusätzlichen Kita mit drei Gruppen gespro- chen – allein: Das Geld fehlt im Etat.“

Mitte März will sich der Ju- gendhilfeausschuss mit den Zahlen befassen – zwei Tage, bevor sie ins Land gemeldet werden müssen. Um den Eng- pass zu bewältigen, baut die Stadt zudem auf die Kooperati- on mit den Trägern der Kinder- gärten, darauf, dass die Kopf- zahl einzelner Gruppen vor- übergehend erhöht wird.

VOR 25 JAHREN

Ein Delfin in Kürten-Eichhof

Ein Körtener Unternehmen ist laut Bergischer Landeszeitung in der High-Tech-Branche welt- bekannt.

Die Bergische Landeszeitung berichtete im Jahre 1989: „Säu- di-Kroten, Neuseeland, Kana- da, Tasmanien, Australien: Überall auf der Welt steht der Delfin für hochkomplexe Mess- und Kontrolltechnik, High Tech und ein Delfin? Natürlich sind da nicht die Wassertiere selbst gemeint. Ein Körtener Unternehmen hat den Tierna- men auf sein Firmenschild ge- nommen. Delfine sind freund- lich und intelligent“, erklärt Fir- mengründer Peter Renner die Namenswahl.“

Die Bergische Landeszeitung berichtete vor 25 Jahren aus Kürten weiter: „Eine treffende Parallele also zu dem Gertrud, die dem Menschen durch ihr raffiniertes System hilflich zur Seele slaven. In Eichhof liegt der Hauptsitz der Firma. Dort werden die Software-Produkte entwickelt und der Vertrieb organisiert.“

Ortsverband der FDP ist zuversichtlich

ODENTHAL. Der stellvertre- tende NRW-Landtagsfrakti- onsvorsitzende der Liberalen, Dr. Joachim Stamp, hat dem Ortsverband der FDP einen Besuch abgestattet.

Im Haus der Begegnung nahm er Stellung zur künftigen Ausrichtung der Freidemokra- tien. Die Partei stehe für eine marktwirtschaftliche Ord- nung, in der diejenigen hafte- ten, die risikoreiche Geschäfte eingingen.

Neben der Chancengleich- heit für alle Bürger nannte Stamp die Stärkung der euro- päischen Idee. Nach seinen Ausführungen diskutierten die Gäste ausführlich.

Der Ortsvorsitzende der Odenthaler Liberalen, Dr. Bernd Purgel, sieht zuversicht- lich ins Wahljahr 2014. „Die FDP hat ein klares, unvorwoc- solbares Profil und ist als Kon- rektiv zu immer mehr staali- cher Bevormundung und Un- verlässlichwerden drin- gend notwendig.“ (U)

Daseinsvorsorge

erforderliche Anpassung und Umbau in anderen Teilräumen der Region

Berkenroth will seine Schule behalten

Großes Bürgerinteresse – Schülerzahlen sprechen allerdings für Aufgabe ab 2014

Von MICHAEL FIEDLER-HEINEN

BERKENROTH. „Was nun?“, fragte Ingo Breuer, Rektor der Grundschule Nümbrecht, am Ende seines Vortrags. Eine Frage, die am kommenden Dienstag der Familienausschuss und Ende des Monats der Gemeinderat zu entscheiden hat. Und dieser Beschluss könnte die Schließung der Berkenrother Grundschule bedeuten, die seit ihrer Wiedereröffnung im Jahr 1991 als Teilstandort von Nümbrecht geführt wird.

Die Berkenrother Bürger wehren sich mit allen ihnen zur

Verfügung stehenden Argumenten dagegen, ihre Dorfschule zum Schuljahr 2014/15 ganz aufzugeben. Zur Bürgerversammlung am Dienstagabend, die Katja Giesen und ihre Mitstreiter unter das Motto „Rettet die Grundschule Berkenroth“ gestellt hatten, war fast die komplette Dorfbevölkerung erschienen, dazu die Vertreter aller Ratsfraktionen und Bürgermeister Hilko Rendenius. Der stellte eindringlich das Dilemma dar, in dem die Gemeinde steckt: In den nächsten fünf, sechs Jahren werden es im gesamten Ge-

meindegebiet nur rund 125 Kinder sein, die in einer der fünf Schulstandorte eingeschult werden können. Anfang der 90er Jahre waren es noch annähernd 300 Kinder, und deswegen wurde die damals bereits geschlossene Grundschule in Berkenroth überhaupt erst als Teilstandort von Nümbrecht wiedereröffnet.

Doch heute werden die wenigen Kinder in Berkenroth bereits klassenübergreifend unterrichtet, von Pädagoginnen der Grundschule Nümbrecht. Und dort hat Schulleiter Ingo Breuer das Dilemma, dass der

Personalschlüssel auf die vorhandenen Klassen ausgelegt ist, die räumliche Distanz und den organisatorischen Aufwand aber gar nicht berücksichtigt.

Nümbrecht für drei Züge ausgelegt

Und räumlich ist die Grundschule an der Mateh-Yehuda-Straße für drei Züge ausgelegt, aktuell sind dort jeweils zwei. Die Kinder aus dem Raum Berkenroth könnten also komplett

dort aufgenommen werden. Dagegen sprechen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die mindestens halbstündige Anfahrt. Ein intaktes soziales Umfeld werde zerstört. Zudem gebe es für die Ganztagsbetreuung einen zusätzlichen Raum im Dorfgemeinschaftshaus, ein teurer Anbau sei also gar nicht erforderlich.

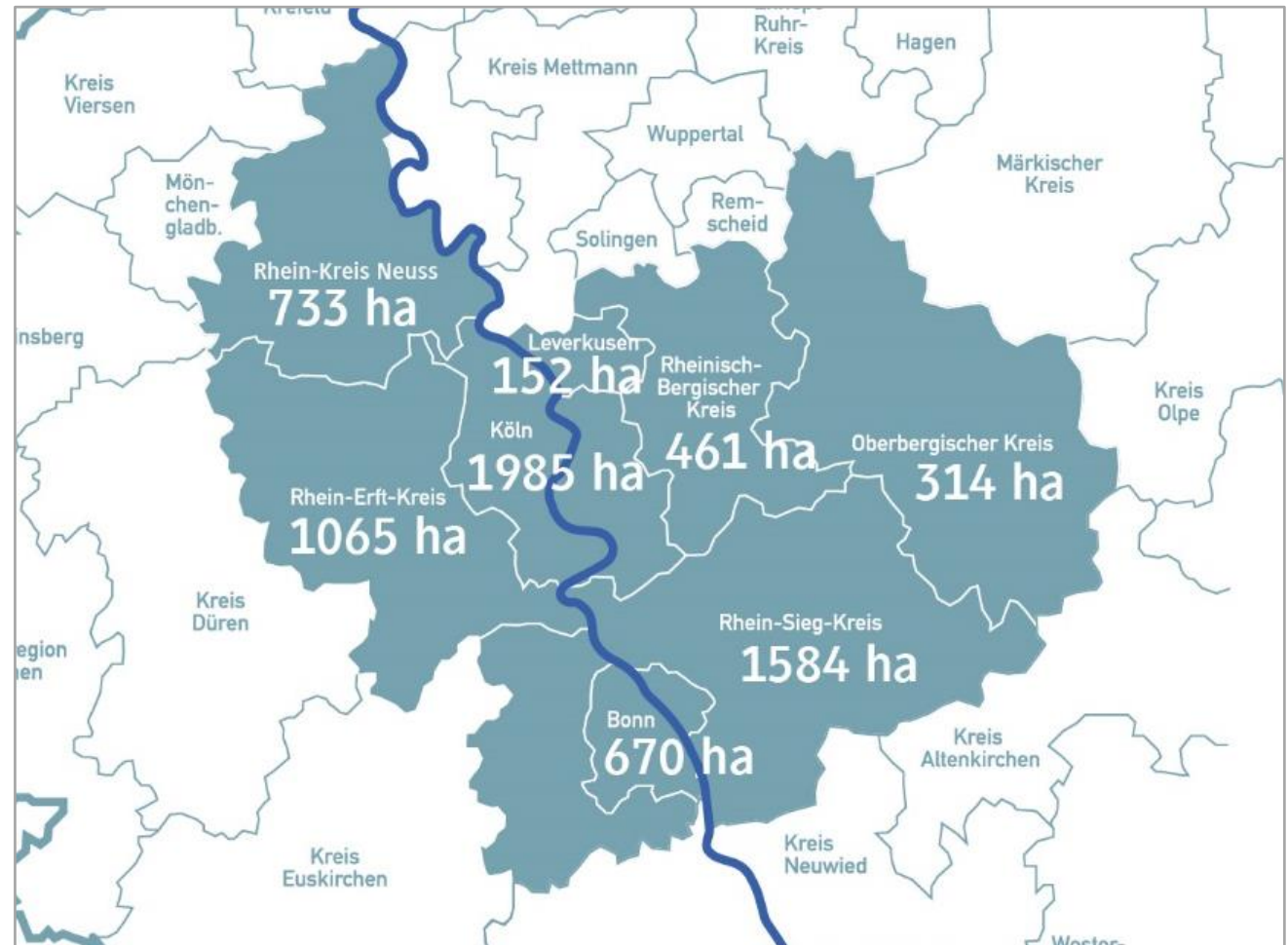
Eine Umfrage in den Kindergärten, so Katja Giesen, habe zudem ein positives Bild für Berkenroth ergeben. „Das mit den zu geringen Kinderzahlen bekommen wir kurzfristig leider nicht geregelt ...“

Quelle: OVZ, 06.06.2013

Demographische Entwicklung


Wohnbauflächenbedarf 2011 – 2030

(Quelle: ISB Aachen, 2012)



Potenziale zur Innenentwicklung

Köln


MONTAG, 7. JANUAR 2011
 NUMMER 13

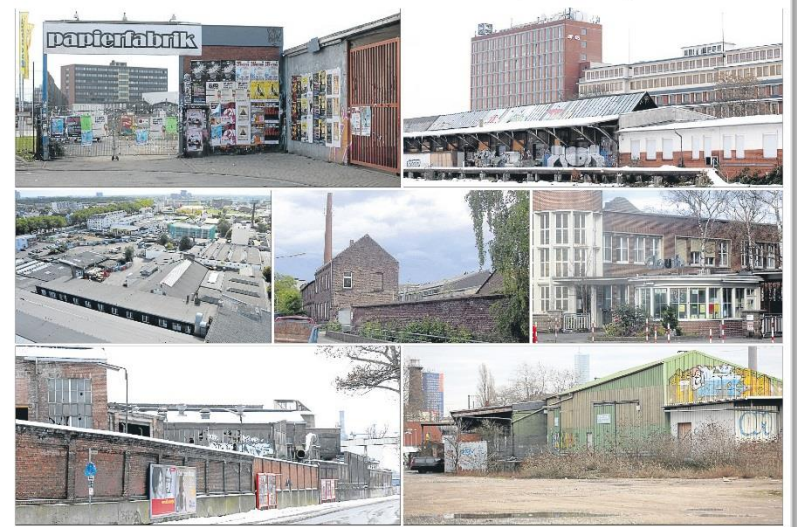
TIPP DES TAGES

 „Hier stehe ich und kann nicht anders.“ Unter anderem mit dieser Wortschöpfung Martin Luther zu einem der populärsten Menschen des Christentums. Das „Horst-Theater“ zeigt um 20 Uhr „Martin Luther“ von Aydin Elmi mit Jürgen Clarenz (Foto) in der Hauptrolle. Karten sind an der Abendkasse für 16 Euro erhältlich.

SEITE 29

Das Ende des Dornröschenschlafs

Eine Reihe von Kölner Industriebrachen sollen zu neuen Stadtquartieren umgewandelt werden



Industriebrachen geben zu der wegen ihrer Funktion, auf denen neue Stadtquartiere entstehen können. Von der Untergang (oben links) das Areal Gürtel, der Güterbahnhof Mühlheim, das H&M-Gelände in Leverkusen, die ehemalige Bismarck-Hütte in Heilwig, das Clouth-Gelände in Nippes, die frühere Gießerei in Deutz und der Güterbahnhof Ehrenfeld/Thronauer

Von CHRISTIAN DEPPE
 Das Luft in der City schmeckt aus Bläulichem im Grün: Die Menschen zügel es zurück in die Stadt, die zunehmend wie eine als Wohnlage gefragt ist. Die Nachfrage ist groß, das Angebot knapp und Flächen auf dem alten Wohnwegen zwischen Mülheim sind rar. Ehemalige Industrie Arealen gehören in Köln zu den wertvollsten Flächen. Doch ihre Umwandlung ist häufig eine Gratwanderung zwischen dem Interesse von Investoren, der Denkmalpflege und zwischenmenschlichen Nutzern, die diese Gelände für sich wieder haben wollen.

Holkes-Gelände
 Nach dem Preis der Helios AG für elektrisches Licht und Heizgasanlagen, hat in Ehrenfeld ein Gelände mit 100 bis 150 Gebäuden mit 100 bis 150 Mietwohnungen zum Verkauf stehen. Die Helios AG hat das Gelände mit 100 bis 150 Mietwohnungen zum Verkauf stehen. Die Helios AG hat das Gelände mit 100 bis 150 Mietwohnungen zum Verkauf stehen.

Güterbahnhof Mühlheim
 11,8 Hektar umfasst das Areal des früheren Güterbahnhofs in Mühlheim. Im Norden wird sich ein Bereich am Ort ansehnliche Unternehmen ansiedeln. Und auch im Süden sollen die Industrie- und Gewerbebetriebe erhalten bleiben. Am Rande können auch Büro- und Wohnbebauung entwickelt werden. Der begrenzte Ausbau und die Verlagerung der Muckratentrasse, die am ehemaligen Standort des Güterbahnhofs verläuft, wird nun im großen Maßstab zur Zubereitung der Industriebrachen werden. Das gesamte Mühlheimer Nordkorn mit sich bringen.

Güterbahnhof Ehrenfeld
 Ob sich der Traum von Kraus-Quartier auf dem Gelände des früheren Ehrenfelder Güterbahnhofs zwischen Rahn-

zungalter Industriebrachen verfüge. Auf dem 4,2 Hektar großen Gelände befinden sich einige denkmalgeschützte Bauten, etwa im 1902 für die Düsseldorf-Industrieausstellung errichtete und später nach Köln verlegte Molkerei Halle. Die Halle ist derzeit auf die Kunst- und Gewerbebetriebe genutzt. Halle 10 erhalten bleiben soll. Da durch die Anlei an Wohnungen auf dem Gelände zwischen der Nevenius- und der Niehler Straße geringer ausfallen. Die Stadt ist derzeit auf der Suche nach zwischenmenschlichen Ausweichquartieren für die Künstler, die nach dem Umzug wieder nach Clouth zurückkehren sollen.

Gießerei-Gelände
 Womöglich im Rande des Geländes zwischen Deutz-Mühlheimer Straße und Auenweg eine Wohnbebauung denkbar ist. Bei nach Auflassung des Bauunternehmens die Zukunft des früheren Standort des Gießerei von Klöcker-Hörnig-Deutz vor allem im Gewerbe. Die Verwaltungsgesellschaft der AG hat ein Grundstück erworben, der über viel Fortführung bei der Um-

nie, Vogelsanger Straße und Marweg vorzuziehen lässt, sollte abzurufen. Die sechs Hektar große Fläche ist weitgehend abgebaut, die Kreisverkehrsfläche wird jedoch bei der Planung berücksichtigt. Die Architekten sind das untere Mar. könnte Container und stellen, die erbaut werden, nur muss Kreativität keine fertigen Angebote machen“, sagt Vogelsanger die ein entgegenkommendes Konzept für das Areal und die gesamte Dreierzone Ehrenfeld“ entwickelt hat.

Baumhof/Leichterei
 Wo früher Baumwohle verarbeitet wurde, sollen künftig Menschen wohnen. Neben dem in fast Dörkheim ansässige Firma Conifer die Produktion in Köln einzuführen soll, soll auf dem 24 Hektar großen Areal der ehemaligen Baumwohlebetriebe der Schwinn-Heinrich-Strasse und die Wohnausbau zwischen. Das Gelände bereits vollständig überbaut werden, konkretes Szenario. Dagegen regte sich vor Ort nicht nur in Bürgerhaushalt und PD-Widerstand, gegen den Artur Hiltner, gegen

hause protestieren auch der Rheinischer Verein für Denkmalpflege. Die einzige Druckbetonfläche sei schon dem Erdbeben gleich getriggert worden, verteilte auf 11 Stockwerke. Der Dr. Ricardo Royanez: Der Bauvorsorge im Hinblick auf den Denkmalwert der verbleibenden Gebäude einzuhalten.

Grüner Weg
 Die GAG Immobilien AG hat das Gelände Grüner Weg, auf dem sich einst eine Fabrik für Desinfektionsanlagen befand, 2007 erworben und 2008 bebaubare Flächen zur Abtragung der Mauerwerkreste gekauft. Das Areal, weist zum nach architektonische Beiträge auf, verbleiben ist die „Papierfabrik“, eine als Club genutzte Halle. Wenn das Industrieareal verfallen lassen, abgeschlossen ist, sollen Wohnhäuser entstehen, die das 26 Hektar große Gelände gliedern. Ein erhebliche an Größe soll die bestehende Wohnbebauung abschließen und ein Entwurf zum neuen Wohnbau bilden. Das Bauprojekt wird so zur Rotunde für eine neue Stadt-Weinbaureal auf einer ehemaligen Industriefläche in Innenstadtbereich“ erklärt. GAG-Verantwortlicher sind Artur Hiltner.

Doppelstrategie: Innen und Außen

Die Stadt will Lücken mit Wohnungen füllen

76 neue Baulandflächen ausgemacht, darunter etwa Gelände von Kleingartenvereinen

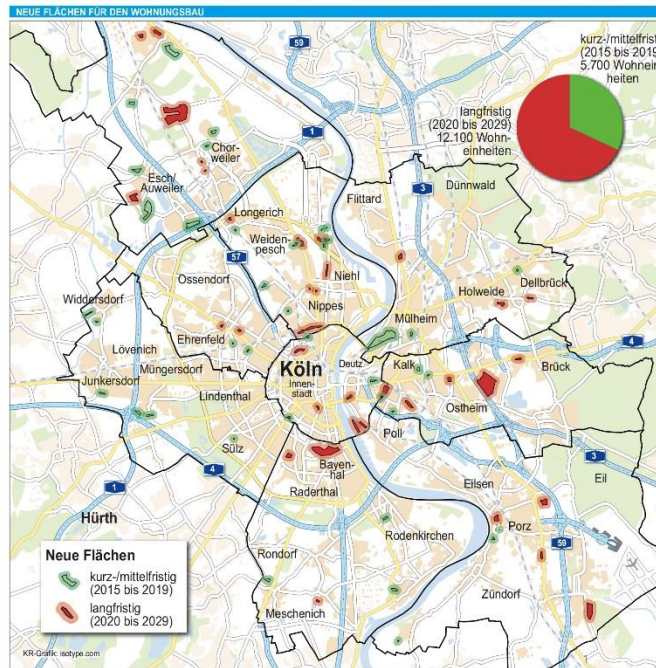
VON SIMON LORENZ

Die Stadtverwaltung Köln hat erst gerechnet, dann hat sie sich im Stadtgebiet umgesehen. Ergebnis eins: Bis zum Jahr 2029 werden rund 66 000 neue Wohnungen benötigt, um den Bedarf zu decken. Ergebnis zwei: Auf städtischem Gebiet hat eine intensive Baulandanalyse das Potenzial für 49 000 Wohneinheiten entdeckt. Ergebnis drei: Damit fehlen bis 2029 immer noch rund 17 000 Wohneinheiten.

Doch erstmal zu Ergebnis zwei. In der Zahl 49 000 befinden sich 8600 Einheiten aus dem Wohnungsbauprogramm, die schon in Planung sind, 10 600, die noch nicht baureif sind und 12 000, die die Verwaltung als „Selbstläufer“ ansieht, für die keine weiteren Planungen erforderlich sind.

Knackpunkt sind die restlichen rund 17 800 Wohneinheiten. Denn dieses Potenzial hat sich jetzt bei der stadtweiten Recherche ergeben. 76 Flächen wurden ermittelt (siehe Karte), 16 in städtischem Eigentum, 37 in privater Hand und 22 weitere, die teils der Stadt, teils Privatleuten gehören. Darunter sind aber auch bereits bekannte Projekte wie die Parkstadt Süd.

Wer sich selbst in der Stadt umsieht, kann solche Flächen entdecken – überall dort, wo sich entweder keine Häuser oder denkmalgeschützte Parkanlagen befinden. Zwei Beispiele befinden sich an der Inneren Kanalstraße auf Höhe des Krefelder Walls. Das ist etwa der Bauwagenplatz, auf dem laut Stadt bis 2019 Woh-



nungen gebaut werden könnten. Und da ist auf der anderen Straßenseite die Anlage des Kleingartenvereins Flora. Bis 2029 könnten hier auf städtischen Grund Wohnungen entstehen. 2022 wäre der Verein 100 Jahre alt, es ist möglich

das dann Schluss ist. Und so gibt es überall im Stadtgebiet größere und kleinere Flächen, die mit kleinerem und größerem Aufwand bebaut werden könnten. „Mögliche Investoren gibt es genug“, sagt Ina Pohlmeier vom Amt für Stadtent-

wicklung. Mit mehr Personal will die Verwaltung private Eigentümer dahingehend beraten, dass sie ihre Flächen bebauen. Die städtischen sollen indes nicht „unter Wert“ verkauft werden. Und die Lücke zu dem Bedarf von 66 000 bis

IMMER MEHR WOHNUNGSLOSE

Die Wohnungslosigkeit in Köln steigt seit 2009, immer weniger bezahlbare Bleiben stehen einer wachsenden Nachfrage gegenüber. Die Zahl der Männer und Frauen ohne gemieteten Wohnraum kletterte von 4910 Menschen in 2012 auf 5229 in 2014, ein **Plus von 6,4 Prozent**. Diese Zahlen basieren auf der Wohnungsnotfallstatistik NRW; sie lässt aber keine Rückschlüsse zu, wie viele Menschen auf der Straße schlafen, „Platte machen“.

Es gibt nur **Schätzungen**, wie viele nicht über reguläre „ordnungsbehördliche“ Hilfsangebote oder von freien Trägern untergebracht sind, sondern woanders unterkommen, und wie viele die angebotenen Unterkünfte generell ablehnen. Ein ausführlicher Bericht zur Versorgung in Köln stellt die **Problematik** mit besonderem Augenmerk auf **betroffene Frauen** dar.

Im Zentrum „ResoDienste“ des Sozialamts erhielten Ende 2015 rund 1950 Menschen Grundsicherung und sind ohne festen Wohnsitz gemeldet, davon sind 1200 in den genannten Einrichtungen untergebracht. Rund 550 Wohnungslose geben an, dass sie keine Unterbringung im Re-

gelsystem benötigen, da sie bei Bekannten oder Familie unterkommen, schätzungsweise 200 lehnen das reguläre Angebot ab. Etwa 80 Prozent der Wohnungslosen sind Männer, von den 20 Prozent der Frauen lehnen 40 das ordnungsbehördliche Angebot oder Plätze von freien Trägern ab.

Eine deutlich **höhere Dunkelziffer** wird angenommen, da Frauen ihre Wohnungslosigkeit öfter verschweigen oder ungesicherte Wohnverhältnisse eingehen. Frauen verlieren meist ihr Dach über dem Kopf wegen **Mietschulden**, Arbeitslosigkeit, Trennung, Vereinsamung, Krankheit. Besonders aufgrund schlechterer Einkommen seien sie bei Trennungen häufiger von Wohnungslosigkeit bedroht, so die Sozialverwaltung. Viele würden versuchen, ihre Not zu verbergen. Von derzeit 511 belegten „ordnungsbehördlichen“ Unterkunftsplätzen werden **nur 87** von Frauen in Köln in Anspruch genommen.

Das Sozialamt plant seit längerem, für wohnungslose Frauen **geeignete Angebote** zu schaffen. Es gibt etliche Beratungsstellen, Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchen und des Landratsverbands, die weiterhelfen, auch Notschlafstellen und ambulante Hilfen. (MW)

2029 könnten laut städtischen Planungen zum Teil durch die erneute Bearbeitung „schwieriger Fälle“ aus dem Baulückenprogramm gefüllt werden. Potenzial: 14 000 Einheiten. Außerdem könnten größere Siedlungen aus den 50er

und 60er Jahren im Rechtsrheinischen durch An- und Ausbauten verdichtet werden – unter Berücksichtigung der städtischen Durchlüftung. Doch selbst, wenn die Stadt nicht alle Potenziale zu heben vermag: Es wird enger in Köln.

Innenentwicklung birgt Konfliktpotenzial

Wohnungsbau statt Schrebergarten

STADTENTWICKLUNG 76 mögliche neue Baugebiete ausgewiesen – Einige Grün- und Ackerflächen müssten weichen

VON HELMUT FRANGENBERG

Die Stadtverwaltung hat Flächen für rund 37 000 Wohnungen ausgemacht, auf denen in den nächsten 13 Jahren gebaut werden könnte. Stadtentwicklungsdirektor Franz-Josef Höing hat den mit Spannung erwarteten Plan vorgelegt, mit dem die Stadt auf das Bevölkerungswachstum reagieren will – ein Paket voller Daten und Berechnungen, Karten und Diagramme, und genug Stoff für spannende Diskussionen. Die Stadt will Frei- und Grünflächen opfern



Viel Platz für neue Wohnungen in bester Lage wäre zwischen Innerer Kanalstraße und dem Nippser Sechzigviertel. Doch dafür müssten einige Schrebergärten und Freiflächen aufgegeben werden. Die Rasenflächen (im Bild links) würden bleiben. Fotos: Martina Geoyert

„Nutzungskonflikte“ seien intensiv besprochen worden, sagt Ina-Beate Fohlmeister vom Amt für Stadtentwicklung. Alle vorgeschlagenen Flächen hätten verwaltungsintern einen „Interessenausgleich durchlaufen“. Eingriffe in den Inneren und Äußeren Grüngürtel und andere zusammenhängende Grünzüge gibt es nicht. Hier wären die Widerstände im sich anbahnenden schwarz-grünen Bündnis im Stadtrat wohl zu groß geworden. Doch auch manches kleinere Projekt, das nun auf der Liste steht, wird für Einwände und Proteste sorgen, weil man auf Freizeitmä- und Natur oder auch den beliebten Schrebergärten verzichten muss.

Weniger Grün auch am Mediapark

Platz für mehr als 19 200 Wohnungen ist bereits über das Wohnungsbauprogramm 2015 ausgewiesen worden. Hinzu kommen nun neue Arealen für weitere 17 800 Wohnungen. Darunter sind die großen Projekte im Deutzer und Mülheimer Hafen sowie die Parkstadt-Süd. Der seit längerem diskutierte Plan, im Norden den neuen Stadtteil Kreuzfeld entstehen zu lassen, soll ebenfalls umgesetzt werden. Ein ähnlich großes Areal hat die Stadtverwaltung im Umfeld des Merheimer Krankenhauses ausgemacht.



Zumindest ein Teil der Grünfläche im Mediapark in der Innenstadt könnte für Neubauten geopfert werden.

schwinden von grünen Freiflächen im Mediapark geben. Diskutiert wird sicher über die Umsetzung der Idee, die schon in Albert Speers Masterplan formuliert wurde, zwischen Innerer Kanalstraße und Sechzigviertel neue Häuser zu bauen.

Auch Neubauten entlang der Pferderennbahn stehen wieder zur Debatte. In der Innenstadt sind größere Flächen im Bereich Eifelwall/Stolzstraße und am Perlengraben ausgewiesen. Die meisten

der insgesamt 76 neuen potenziellen Bauplätze sind ganz oder teilweise in Privatbesitz. Hier muss noch mit den Eigentümern verhandelt werden. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen die derzeitige Nutzung beendet werden muss. Dies seien „Unwägbarkeiten, die hinsichtlich ihrer zeitlich Auswirkungen schwer zu kalkulieren sind“, heißt es in der Vorlage für die Ratspolitiker.

Keinen Zweifel lässt die Verwaltung daran, dass auch dann, wenn

alle Vorschläge umgesetzt würden, längst nicht alle Probleme gelöst sind. 37 000 Wohnungen reichen nicht, selbst wenn man weitere 12 000 Wohnungen hinzurechnet, die als „Selbstläufer“ ohne Dazutun der Stadt bis 2029 gebaut werden dürften.

Baulückenprogramm ankurbeln

Es müssten weitere „Flächenpotenziale“ genutzt werden: Die Stadtverwaltung kündigt an, das eingeschlafene Baulückenpro-

gramm wieder aufzunehmen. Rund 14 000 Wohnungen könnten so geschaffen werden. Bei einer maßvollen „Innenverdichtung“ durch Aufstockungen, Dachgeschossausbauten oder Neubauten ließen sich rund 4000 bis 5000 Neubanwohnungen schaffen. Neue Perspektiven würden sich ergeben, wenn das Bahnnetz ausgeweitet werden kann. Hoffnung setzt die Kölner Verwaltung auch auf eine verbesserte regionale Zusammenarbeit.

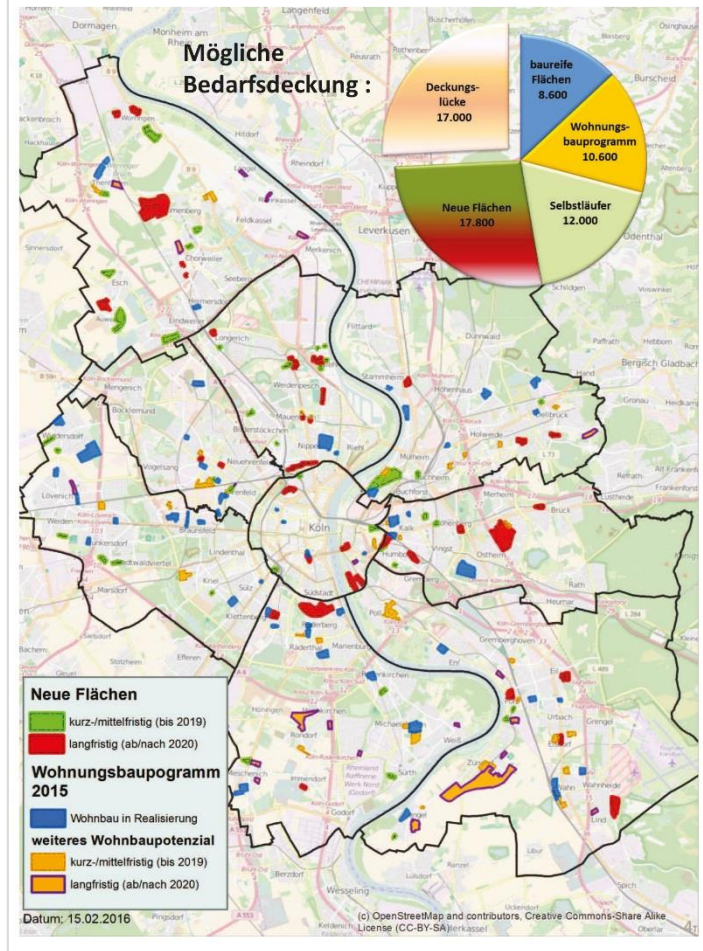
Karte mit allen Baugebieten im Internet

Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass Köln bis 2029 auf rund 1,16 Millionen Einwohner in knapp 610 000 Haushalten anwachsen wird. Zurzeit gibt es in Köln rund 536 000 Haushalte. Bei der Berechnung des Wohnungsbedarfs geht die Stadtverwaltung davon aus, dass bereits bis 2019 fast 30 000 zusätzliche Wohnungen gebaut werden müssen. Das würde bedeuten, dass in den nächsten Jahren durchschnittlich 7500 Wohnungen entstehen müssten – eine Zahl, die weit über dem liegt, was in den vergangenen Jahren geschafft wurde.

Bis zum Jahr 2029 müssten weitere 35 800 Wohnungen gebaut werden, um auf eine Gesamtzahl von 66 000 zu kommen. Mit dem neuen Verwaltungspapier steigt die Zahl an Wohneinheiten, für die man Flächen ausweisen kann, auf 49 000. Es bleibt somit immer noch eine „Deckungslücke“ von 17 000 Wohnungen.

Auf einer Karte lässt sich nachvollziehen, wo überall gebaut werden soll. Sie ist Teil der Beschlussvorlage für den Stadtrat. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ dokumentiert sie im Internet. (fra) www.ksta.de/koln

Neue Flächen für den Wohnungsbau - Bilanzierung Bedarf 2015 – 2029: 66.000 WE



Aufgabe im stadt-regionalen Maßstab

Wohnraum als regionales Thema

Landes-Rechnung: Köln braucht 50 000 Wohneinheiten bis 2020

Es ist eine extreme Zahl, die Michael von der Mühlen per Beamer an die Wand wirft. 50 000 Wohneinheiten werden bis 2020 in Köln benötigt. Zwar betont der Staatssekretär im NRW-Bauministerium, dass es sich um eine Modellrechnung handle. „Aber die Grundannahmen halte ich für ausgesprochen realistisch“, so von der Mühlen beim Immobilien-Dialog Köln, einem Treffen von Immobilien- und Finanzwirtschaft sowie Verwaltung.

Grundlage dieser Rechnung sind die Prognosen von IT.NRW, dem Landesbetrieb Technik und Information. Neben

der Zuwanderungs-Tendenz in die Großstädte wurde berücksichtigt, dass es künftig auch Flüchtlinge mit Bleiberecht in die beliebten Städte zieht. Das Land gehe davon aus, dass 2015/2016 rund 250 000 Flüchtlinge eine Bleibeperspektive in NRW haben werden. Mit Familienzuzug würden mittelfristig 500 000 Menschen in NRW eine Wohnung suchen. Dafür würden rund 200 000 Wohneinheiten benötigt.

Köln habe zwischen 2010 und 2014 aber gerade einmal 2900 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. „Ohne regionale

Zusammenarbeit wird es nicht gehen“, sagt von der Mühlen. Das Land wolle daher im 2. Quartal des Jahres fünf Regionalkonferenzen durchführen – auch eine in Köln. „Dabei möchten wir Strategien regionaler Zusammenarbeit erarbeiten“. Kölns Baudezernent Franz-Josef Höing stimmt zwar zu, dass diese gigantische Herausforderung eine regionale Angelegenheit ist. Allerdings stellt er verschiedene Annahmen der Modellrechnung des Landes in Frage. Zum Beispiel die Prognose von IT.NRW, die deutlich über den von der Stadt prognostizierten Zahlen

liege. „Wir haben ermittelt, dass wir in Köln Flächen haben, auf denen wir 50 000 Wohnungen unterkriegen können“, sagte er. Viele Flächen befänden sich im privaten Eigentum. „Stellt sich die Frage, welche Instrumente wir haben, um solche Flächen zu aktivieren“. Ob in Köln oder auf Regionalebene – das Ganze sei eine Mammutaufgabe. Mit einer Erschließung müsse auch die Infrastruktur synchronisiert werden. „Es bringt nichts, wenn der Bahnanschluss erst zehn Jahre oder die Kita erst fünf Jahre nach der Erschließung kommt.“ (ron)

Entwicklungsdruck im Umland

SEITE 36 MONTAG, 14. MÄRZ 2016
MILIEUWERK 62

RHEIN-BERG

TIPP DES TAGES

So dicht nicht mehr: Der Wohnpark Gienau, erhöht an Standort des ehemaligen Schlachthofes, zeigt, wie man früher 130 000 Einwohner stapeln wollte. (Foto: Wagner)

Kein Spurt
GIEBET FRANKEN
zum Flächennutzungsplan

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Diese Weisheit hat sich die Bürgerinitiative Vorläufe in Gredbach-Sieben im Stammbuch eingetrieben. Mit dem Risiko, dass auch die östliche Hälfte der Fläche, die die Gießtücher zwischen Morsdorf und Hirschbach als gewerbegünstig eingestuft haben, aus dem Einbau des Flächennutzungsplans herausgerissen. Allen – so einfach ist die Sache nicht.

Die Aufstellung eines F-Plans unterliegt einer komplizierten juristischen Chronologie, die der Gesetzgeber perichneut genau vorgeschrieben hat. Auch die Bürgerinitiative Vorläufe in Gredbach-Sieben ist dabei gefordert, den Prozess zu beschleunigen. Bis 2015 ist mit einem Antrag auf 200 000 Einwohnern zu rechnen. Die Gießtücher sind im Gegensatz zu den anderen Flächennutzungsplänen im Gredbach-Sieben im Stammbuch eingetrieben. Mit dem Risiko, dass auch die östliche Hälfte der Fläche, die die Gießtücher zwischen Morsdorf und Hirschbach als gewerbegünstig eingestuft haben, aus dem Einbau des Flächennutzungsplans herausgerissen. Allen – so einfach ist die Sache nicht.

KOMMENTAR

Die Aufstellung eines F-Plans unterliegt einer komplizierten juristischen Chronologie, die der Gesetzgeber perichneut genau vorgeschrieben hat. Auch die Bürgerinitiative Vorläufe in Gredbach-Sieben ist dabei gefordert, den Prozess zu beschleunigen. Bis 2015 ist mit einem Antrag auf 200 000 Einwohnern zu rechnen. Die Gießtücher sind im Gegensatz zu den anderen Flächennutzungsplänen im Gredbach-Sieben im Stammbuch eingetrieben. Mit dem Risiko, dass auch die östliche Hälfte der Fläche, die die Gießtücher zwischen Morsdorf und Hirschbach als gewerbegünstig eingestuft haben, aus dem Einbau des Flächennutzungsplans herausgerissen. Allen – so einfach ist die Sache nicht.

Platz für mehr Gladbacher

Die wachsende Bevölkerung erfordert zusätzliche Wohnhäuser

Die Kreisstadt erfindet sich neu. Der veraltete Flächennutzungsplan wird neu aufgestellt. Wir begleiten die städteplanerische Debatte mit einer in loser Folge erscheinenden Artikelserie.

VOM GIEBET FRANKEN

BERGISCH GLADBACH
Stadtamtsrat Stephan Schmickler befragt den Rat über die Flächennutzungspläne. Der Rat soll entscheiden, ob die Flächennutzungspläne der Gredbach-Sieben im Stammbuch eingetrieben sind.

GL

Das Projekt seiner ausstehenden Aussichten ist. Auch nach Ausschreibung der Planungen des technischen Beigeordneten zum Jahresende will er persönlich weiter und zu Ende führen.

Doch nun droht, der auch und die Stadt der Ballungsraum zu früh – auf dem Gelände des alten Städtischen Schulplatz, die die Stadt nach 40 Jahren auf dem Gelände selber soll zum Schulhof von Einzelanwohnern zu machen. Der Blick für die „große Chance“ gehen verloren, räumt Schmickler ein. „An diesem wird man wieder – zum sechsten Mal – der

Sachstand der Bürgerbeteiligung, denn auch dort liegt eine Potenzialfläche. Je nach Wertermitteln bestimmen, doch der Bürger drängt bereits beim in Gestalt der Bürgerinitiative Vorläufe, die aus ihrem bisherigen Kampf gegen ein Gewerbegebiet an der 1.280 in Osten der Stadt die Lehrer gesagt hat. Er trübt der Widerstand, dass der hat er Erfolg. Immerhin hat man der Politik so schon vor dem Start des F-Plan Verfahrens noch in der vergangenen Legislaturperiode den Vorschlag auf einen Teil des Gewerbegebietes abzugeben beziehungsweise den Verzicht darauf, insgesamt in den nächsten 30 Jahren – der F-Plan soll die Zeitraum bis 2035 decken – dort ein Gewerbegebiet planen zu können. Auch an der Bräuderstraße in Breiden formieren sich

Standorte sind schwer zu finden

Morgen soll es also um Flächenbedarf gehen, und zwar zweiermal: nach dem Gewerbe, sondern um Wohnen. Das ist der Flächenbedarf erheblich größer, derzeit noch unklar, wie viele Wohnungen (bzw. auch die Standorte

unterbringen kann. Gladbach wird 2035 also zwischen 115 800 und 120 000 Einwohnern haben. Berücksichtigt man das recht, und sich der heute schon geläufige Druck auf den Wohnungsmarkt enorm verschärft.

Je nach Dichte der Bebauung werden es 20 bis 30 Prozent mehr Wohnungen sein. 17 bis 27 Hektar sind heute für die Wohnbauzone ausgewiesen. Bisher hat die Stadt 10 bis 12 Hektar für die Wohnbauzone ausgewiesen. Bisher hat die Stadt 10 bis 12 Hektar für die Wohnbauzone ausgewiesen. Bisher hat die Stadt 10 bis 12 Hektar für die Wohnbauzone ausgewiesen.

F-Plan (14. März 2016, 17 Uhr, Mittagsgespräch)



Die Märchensiedlung in Heidkamp gehört zu den RBS-Objekten. Die Stadt will mit der Gesellschaft über Neubauten sprechen. (Foto: Daub)

Stadt fahndet nach Bauland

Wohnraum ist knapp – Spekulationen über Grundstücks-Liste

VON GIEBET FRANKEN

BERGISCH GLADBACH. Bezahlbare Wohnraum ist Mangelware in der Stadt an der Stunde – nicht erst seit der Flüchtlingsstrom im vergangenen Jahr dem Problem eine neue Dimension verliehen hat. Nun fehlen aber weitere 1500 Wohnungen.

Seit dem vergangenen Herbst schon überschlagen sich die politischen Parteien mit Anträgen, die verlangen, dass bei dem Mangel unverzüglich Abhilfe geschaffen wird. Allerdings fehlt es bisher an den drei Hauptkomponenten eines Wohnungsbauprogramms: Geld, Investoren und Grundstücke.

Dafür gibt es offenbar gleich mehrere Gremien, die mit den Anträgen befasst sind: zum einen den Planungsausschuss, dann den Sozial- und Wohn-

planungs- und schließlich noch den Arbeitskreis bezahlbarer Wohnraum. Dieser ist zwar ohne politisches Mandat, aber dafür mit hochkarätigem Expertenwissen besetzt. In diesem Arbeitskreis landen die meisten Papiere und Vorschläge, aber Politiker lassen sich, mit Ausnahme der Vertreter der CDU, hier eher selten sehen.

Genug Kapital vorhanden

Stattdessen meldete sich die SPD jetzt erneut im Planungsausschuss nachdrücklich zu Wort. Anlass, einen Antrag aus dem vergangenen Oktober aufzuwärmen, bot die anstehende Aufsichtsratsitzung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) im März.

Das sollen die städtischen Vertreter auf neue Bauvorhaben drängen und gleichzeitig auch schon passable Grundstücke auf den Tisch legen können. Die RBS steht Gewähr bei Fuß. Sie hat genügend Kapital, sie kann und will was machen, aber es fehlen ihr geeignete Flächen. Dieser Sache wollen wir Vortrieb verleihen“, sagte Fraktionschef Klaus Wäldschmidt.

Was er in öffentlicher Sitzung weniger klar sagte, was dann aber Gegenstand einer eineinhalbstündigen Diskussion im nicht-öffentlichen Teil des Planungsausschusses wurde, war die Frage, woher dieser Vortrieb kommen soll. Unter der Überschrift „Kurz- und mittelfristige Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau“ ging es um eine omnibus-Liste von 16 Grundstücken, die praktisch unver-

REMSCHIEDER GENERAL-ANZEIGER **rga.**


Lokales Lokalsport Rhein Wupper Fotos Politik E-Paper Anzeigen Abo & Service Mehr

Lokales > Wermelskirchen > Bei Rhombus ist Bewegung drin

Das bringt 2016 - Stadtentwicklung

Bei Rhombus ist Bewegung drin

Aktualisiert: 12.01.16 - 17:16



Die alte Industriebrache, die von der Dellmannstraße (B51n) gut zu sehen ist, ist vielen ein Dorn im Auge. Im Sommer soll eine Entscheidung darüber fallen, was mit der Immobilie geschehen soll.

© Archivfoto: Herbert Draheim

Der Innenstadtausbau in Wermelskirchen ist nahezu abgeschlossen. Allein die Neugestaltung des Loches Platzes steht noch aus. Zurzeit existieren wie berichtet mehrere Entwürfen für den neuen Platz – von verschiedenen Investoren vorgelegt.



Rhombus-Gelände Wermelskirchen

Wachendorff-Gelände GL

Ungewisse Zukunft: Standort Zanders in GL

SEITE 36

RHEIN-BERG



BERGISCHE LANDESZEITUNG

TIPP DES TAGES

DONNERSTAG, 24. MÄRZ 2016
NUMMER 71





Fabrikgelände zum Kauf angeboten

Vermarkter bietet Zanders-Areal an – SPD schlägt Gelände für Stadthaus vor

VON GISBERT FRANKEN

BERGISCH GLADBACH. Der „Industrie- und Bürocampus Ander Gohrsmühle“ steht zum Verkauf. Ein weltweit führender Gewerbeflächenvermarkter aus den Vereinigten Staaten, Jones Lang LaSalle, bietet das 36 Hektar große Industrirevier der Papierfabrik

» Wir haben das Monopol für die Schaffung von Baurecht. Jeder muss mit uns reden.«

LUTZ URBACH

tungs- und Lagerflächen werden vom Angebot mit umfasst. Die Firma würde im Verkaufsfall die für ihre Geschäftstätigkeit notwendigen Liegenschaften zurückmieten. Preisvorstellungen werden offiziell nicht genannt. Die Interessenten werden um Abgabe eines Angebotes gebeten.

Bereits im Gespräch mit dieser Zeitung Mitte Dezember hatte Geschäftsführer Lennart Schley erklärt, dass „verschiedene Optionen auf dem Prüfstand stehen: Das gesamte Grundstück an einen Immobilienentwickler zu verkaufen und Zanders wird Mieter Oder wir verkaufen Teilflächen. Oder wir vermieten Teilflächen.“

Urbach sagte, für ihn seien diese Zahlen erst einmal aus der Luft gegriffen. „Wir werden das alles prüfen, und wir werden das der Politik zu gegeben

ungsfähig, wenn er wirtschaftlicher ist als die Sanierung der Altsubstanz aus den 50er Jahren.“

Um die 7525 Quadratmeter Bürofläche, die das Raumbedarfskonzept der Stadt erbracht hat, an der S-Bahnstation neu zu realisieren, wurden 27 Millionen Euro genannt, für die Renovierung wurden 18 Millionen veranschlagt, und bei Zanders soll es die Fläche angeblich für zehn Millionen Euro geben.

Urbach stellte im Verwaltungsrat der Stadtentwicklungsgesellschaft klar, dass die betriebsnotwendigen Flächen für die Papierherstellung weiter für diese Zwecke genutzt werden sollen. Der Erhalt der 600 Arbeitsplätze sowie der historischen und identitätsstiftenden Papiererzeugung im Herzen der Stadt habe Priorität. „Da kommt kein Käufer an uns vorbei. Wir haben das Monopol für die Schaffung von Baurecht. Jeder muss mit uns reden.“

Die Gespräche werden nicht einfach sein, denn anders als das geduldige Hochglanzpapier steckt die reale Immobilie Gohrsmühle voller Brisanz: Denkmalgeschützte Bauwerke, Altlasten, überbauter Braunkohleabebau, eine von Wohngebieten eingefangene Lage mit problematischer Verkehrerschließung – und ein Bebauungsplan, der maßgeschneidert ist auf das vorhandene Werk.

KOMMENTAR



Konzept fehlt

GISBERT FRANKEN zum Verkauf bei Zanders

Gemischte Gefühle machen sich schon breit, wenn man in so einem Verkaufsprospekt blättert, in dem eine Schlüsselimmobilie des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach aufgehübscht wird, dass es kracht. Haben wir das schon nötig, dieses dicke Make-up? Aber JLL ist ein Marktführer, die werden wissen, wie man so etwas anschirrt. Und die potenziellen Käufer reisen nicht aus Durmsdorf an, sondern wissen, was bei einer 300 Jahre alten Industrielegenschaft zu erwarten ist, im Erdreich zum Beispiel.

Wichtig ist, sich klarzumachen: Das ist noch nicht die Konversion. Das ist nicht Steinmüller/Gummersbach und nicht die Chemische Kalk. Zanders existiert noch, und Ziel aller Bemühung ist, dass das Werk weiter besteht. Das Areal ist dem Unternehmen längst zu groß geworden, es werden Mitarbeiter gesucht.

Die Veranstaltung darf nur nicht zum Schlussverkauf ausarten, bei dem zuerst die Rosinen am Grabbeltisch herausgepickt werden und die Lädenhüter übrig bleiben. Ein Konzept tut not, nicht nur ein Prospekt. In welcher Schublade ist eigentlich das Gewerbepark-Projekt versenkt worden?

Drei Fahrer unter Einfluss von Drogen

Aufgabe im stadt-regionalen Maßstab

Bonn

GENERAL-ANZEIGER 19.01.16

REGION

Donnerstag, 25. Februar 2016 25

AUS DER REGION



Bonn muss mit ins Boot

Die Region steht vor einer Herkulesaufgabe, wenn es um das Thema „Bonn und Wohnen“ geht. Denn die Ansprüche sind gewachsen. Anders als in den 1970er Jahren werden heute keine Hochhausneubauvorhaben mehr auf der grünen Wiese genehmigt, um den Bedarf zu befriedigen. Neue Baugebiete müssen sich städtebaulich gut einfügen, sie dürfen nicht in Konflikt mit Landwirtschaft und Naturschutz stehen, sollen nicht überflächig bebaut, die Infrastruktur nicht überfordern und sie müssen verteilungsgerecht angeordnet sein. Am Ende muss das Ganze auch sozialverträglich gestaltet sein, damit keine Ghettos entstehen. Schließlich, andere Gegenden in Deutschland halten diese Probleme gerne als eigene Abwandlungsformen. Für die Region ist der weitere anhaltende Zuzug jedoch eine der größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte. Durch die hohen Flüchtlingszahlen wird die Situation noch verschärft. Region heißt Kreis und Bonn. Die Bundesstadt muss unbedingt mit ins Boot, wenn sie die Wohnungsnot langfristig lösen will.

Wenn weiterhin Wohnraum fehlt, dann wird sich die Preisgarbe bei den Immobilien in Bonn und im Umland weiter ausweiten. In der Statistik der Bundesagentur für Wirtschaftsinformation (IHK) Hermann Teigel, denn sich für ein einfaches Reihenhauschen (den Nordbau) im Kreis Das ist inzwischen keine Schönheit mehr.

BAUGEBIETE Die Region ist ein gefragtes Zuzugsgebiet, doch die Neubau-Entwicklung kann nicht mehr Schritt halten. Der Rhein-Sieg-Kreis lässt jetzt ein Gutachten über Angebot und Nachfrage erstellen

Im Kreis fehlen Tausende Wohnungen



Neubauten am „Rebbühnenfeld“: Im Mendener Feld wurde 2014 eines der letzten großen Neubaugebiete Sankt Augustinus fertig. Foto: MACHS/MAGNUS

VON DOMINIK PIFPER

RHEIN-SIEG-KREIS. Die Region wird Bevölkerungsgewinnen zufolge weiter wachsen. Und damit auch die Nachfrage nach Wohnraum. Der Rhein-Sieg-Kreis will nun durch eine Wohnungsmarktanalyse herausfinden, wie groß der Bedarf wirklich ist und was daraus folgen muss. Der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft des Kreises hat am Dienstag beschlossen, dieses Gutachten in Auftrag zu geben. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Kreis nur ein weiteres Baugebiet in Bonn ausweisen müssen.

Nach den Daten des Statistischen Landesamtes I.NRW hatte der Rhein-Sieg-Kreis am 30. Juni 2015 rund 519.000 Einwohner. 11.000 mehr als beim Zensus 2011. Im Jahr 2040 sollen es schon 615.000 sein, während in Bonn dann 349.000 Menschen (zuletzt etwa 312.000) leben. „Das Fortschreibe ich mir dabei aber die Zahl der Haushalte“, sagt Wirtschaftsinformationsexperte Hermann Teigel. Denn sich für ein einfaches Reihenhauschen (den Nordbau) im Kreis Das ist inzwischen keine Schönheit mehr.

	2014	2040	Veränderung
Rhein-Sieg-Kreis	266 000	295 000	+ 10,8%
Stadt Bonn	162 000	185 000	+ 14,5%
Stadt Köln	552 000	668 000	+ 20%
NRW gesamt	8 560 000	9 003 000	+ 5,3%

Quelle: I.NRW © Statistische Landesagentur

gen Anteil der Bau- und Zweipersonen-Haushalte steigt. „Wir müssen auf dem Bonn und Köln immer im Blick haben, da mit I.NRW zeigt jedoch, dass die Neubauförderung im Kreis nicht Schritt halten kann. So wurden zwischen 2012 und 2014 jährlich im Durchschnitt nur 2000 Wohnun-

Was zählt: Lage, Fläche, Anbindung

KOMMUNEN Baugebiete früher und heute

RHEIN-SIEG-KREIS. Wo können sich weitere Baugebiete etablieren? In der Vergangenheit boomten vor allem Flächenengere mit guter Verkehrsanbindung. Das waren nach der Kommunalreform 1969 etwa die vorläufigen Gemeinden Sankt Augustinus und Mendenheim, die inzwischen die besiedelte Stadt sind. Mit jeweils 34 Quadratkilometern gäben sie Flächenraum zu den kleinsten Kommunen im Kreis. Ab den 1970er Jahren legte Bonn (82 Quadratkilometer) König nach. Die Vorkriegsstadt ist mit 49.000 Einwohnern heute drittgrößte Kommune im Kreis. Nachdem sie sich zwischenzeitlich eher auf die Gewerbetwicklung konzentriert hat, sind laut Bürgermeister Wolf Giesecke derzeit etwa ein Drittel bebaut. Insgesamt ist der Bedarf in der Region bei den nächsten 20 Jahren nach 2000 „gering“, auch weil die für die Planung zuständigen Kommunen die Entwicklung nicht mehr forcieren, an Grenzen kommen oder andere Prioritäten setzen. Die Fraktionen des Kreistages begründen, dass der Kreis eine neue „Zählgrundlage“ schaffen will. „Es besteht Handlungsdruck“, sagte eine Folge große Debatte (SPD), dessen Fraktion im Herbst ein Haushaltskonzept Wohnen beantragt hatte. „Wir hatten schon einen klaren Plan im Wohnraum, bevor die vielen Flüchtlinge in den Kreis gekommen sind. „Es müsste Ziel sein, dass jeder, unabhängig von der Dicke der „Brotkrumen“, eine Wohnung im Kreis finde, sagte Maria Schenkelberg (CDU). 27 Plätze für eine sozial ausgewogene Entwicklung. „Wir wollen gewerbliche Nachbarn haben und keine Menschen, die einen Tageslohn verdienen.“ Burkhard Hoffmeister (Grüne) forderte einen Schlichteschluss in der Region, wenn es um Bonn und Wohnen geht.

Stadt will verstärkt Bauland schaffen

Katasteramt heißt jetzt Amt für Bodenmanagement und soll mehr Stellen bekommen

VON CEM AKALIN



In Bonn wird – anders als hier an der Reuterbrücke – insgesamt zu wenig gebaut. Foto: Volker Lannert

BONN. Das Kataster- und Vermessungsamt heißt jetzt Mittwochs. Amt für Bodenmanagement und Geoinformation. Mit der Umbenennung werde nicht nur dem erweiterten Aufgabenbereich Rechnung getragen, heißt es aus der Stadtverwaltung. Insbesondere soll das Amt, das Jürgen Braun leitet, um die Aktivierung von Wohnflächen und Bauland kümmern. Außerdem soll das „Amt 62“ mehr Personal bekommen, damit Bauanfragen und Bebauungspläne schneller bearbeitet werden können. Eine neue Projektgruppe „Baulandaktivierung“ soll Straßen- und Quartiersweise ermitteln, wo kurzfristig, mittelfristig und langfristig Nachverdichtungspotenziale vorliegen. „Durch Umsetzung der Untersuchungsergebnisse können mehr Baugenehmigungen erteilt, alte Bebauungspläne aufgehoben oder geändert und neue Baugebiete entwickelt werden“, heißt es.

Zurzeit liegen rund 1100 rechtskräftige Bebauungspläne sowie mehrere hundert Fluchtliniennpläne, die aus dem 19. Jahrhundert stammen, vor. Einer Untersuchung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) zufolge sind 73 Prozent überaltert und entsprechen nicht mehr heutigen Anforderungen. Etwa 140 Bebauungspläne befinden sich im Aufstellungsverfahren, so die Stadt. Die Umsetzung der städteplanerischen Konzepte liegt bei zwei Arbeitsgruppen des Amtes für Bo-

denmanagement und Geoinformation, die jeweils von einem Ingenieur geleitet und von insgesamt drei weiteren Mitarbeitern unterstützt werden. Sie können im Durchschnitt etwa zehn Pläne im Jahr bearbeiten. Viel zu wenig. Nun sollen neben Änderungen in den Geschäftsprozessen und Zusammenlegung einzelner Abteilungen auch neue Ingenieurstellen geschaffen werden, allerdings nur befristet.

„Man muss die Stellen attraktiv ausbauen, damit sich überhaupt gute Leute bewerben“, sagte Hartwig Lohmeyer (Grüne). Auch das die Verfahren zügiger bearbeitet werden müssten, sei oft angesprochen worden. Lohmeyer: „Ich finde gut, dass Herr Südhagen das so schnell und lösungsorientiert angepackt und umgesetzt hat.“ Verwundert sei er aber schon, dass das nicht jüngst im Planungsausschuss angekündigt worden sei. Da war die wachsende Wohnungsmangel angesprochen worden, die SPD hatte beantragt, die Stadt möge eine Liste aller städtischen Grundstücke vorlegen, die bebaut werden könnten. Die Verwaltung hatte das zunächst mit dem Hinweis abgelehnt, dass sei zu aufwendig. „Ich verstehe nicht, warum der De-

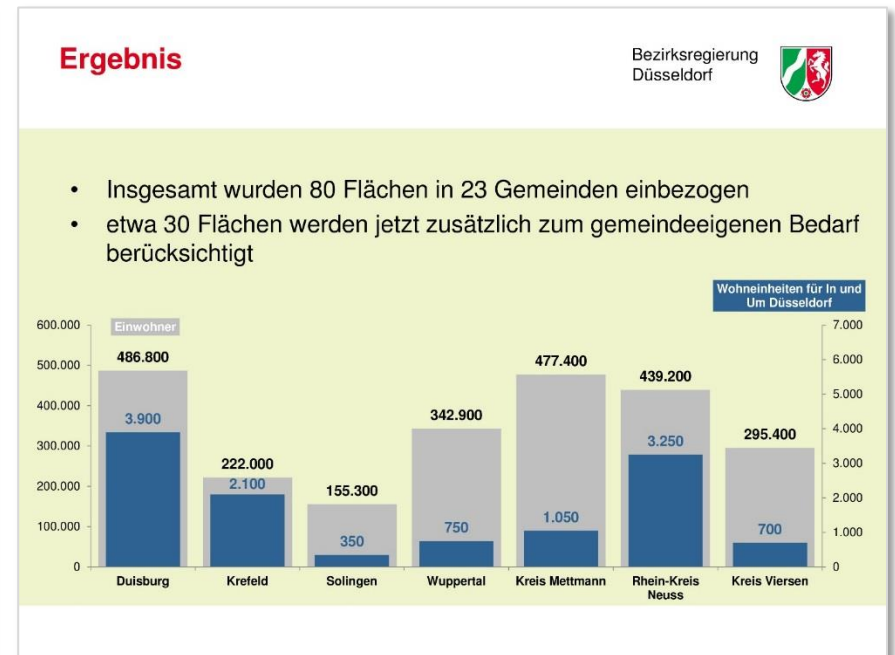
zernent da nichts erwähnt hat.“ „Das entspricht unseren Forderungen“, sagte der planungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Helmut Redeker. Vor allem die Bearbeitung der Bebauungspläne sei wichtig. Dafür müssten eben qualifizierte Leute eingestellt werden. Letztlich seien ja in den vergangenen Jahren immer mehr Stellen in dem Amt weggefallen, weil sie nicht nachbesetzt wurden. „Das ist eine Folge des Sparkurses der Koalition“, so Redeker.

Wichtig sei es aber, die neuen Stellen nicht als befristet auszusprechen und entsprechend der Übung anderer Kommunen tariflich besser einzustufen, so Holger Schmidt (Linke). „Ingenieure sind gefragt, und auch im städtischen Gebäudemanagement sind zehn Stellen unbesetzt. Man muss die Stellen einigermaßen attraktiv ausbauen, damit sich überhaupt gute Leute bewerben“, so Schmidt, der die Umorganisation des Fachamtes im Grundsatz zwar begrüßt, aber „gänzlich Neues“ nicht zu erkennen vermag. „Die Probleme sind damit nicht ausgeräumt. Wichtiger ist es, Konsequenz zu ziehen, das städtische Grundstücke grundsätzlich nur mit sozialem Wohnungsmangel genutzt werden sollten“, sagte Schmidt, Nikolaus Decker, Vorsitzender des BDA Bonn/Rhein-Sieg, kann die neue Veränderung im früheren Katasteramt nur begrüßen: „Wir freuen uns über jede Entwicklung und Bewegung in diesen Ämtern. Das macht Hoffnung.“

Aufgabe im stadt-regionalen Maßstab

Düsseldorf

Regionale „Umverteilung“ von Flächen für ca. 10.000 WE im Regionalplanprozess



Quelle: Bezirksregierung Düsseldorf

Demographische Entwicklung

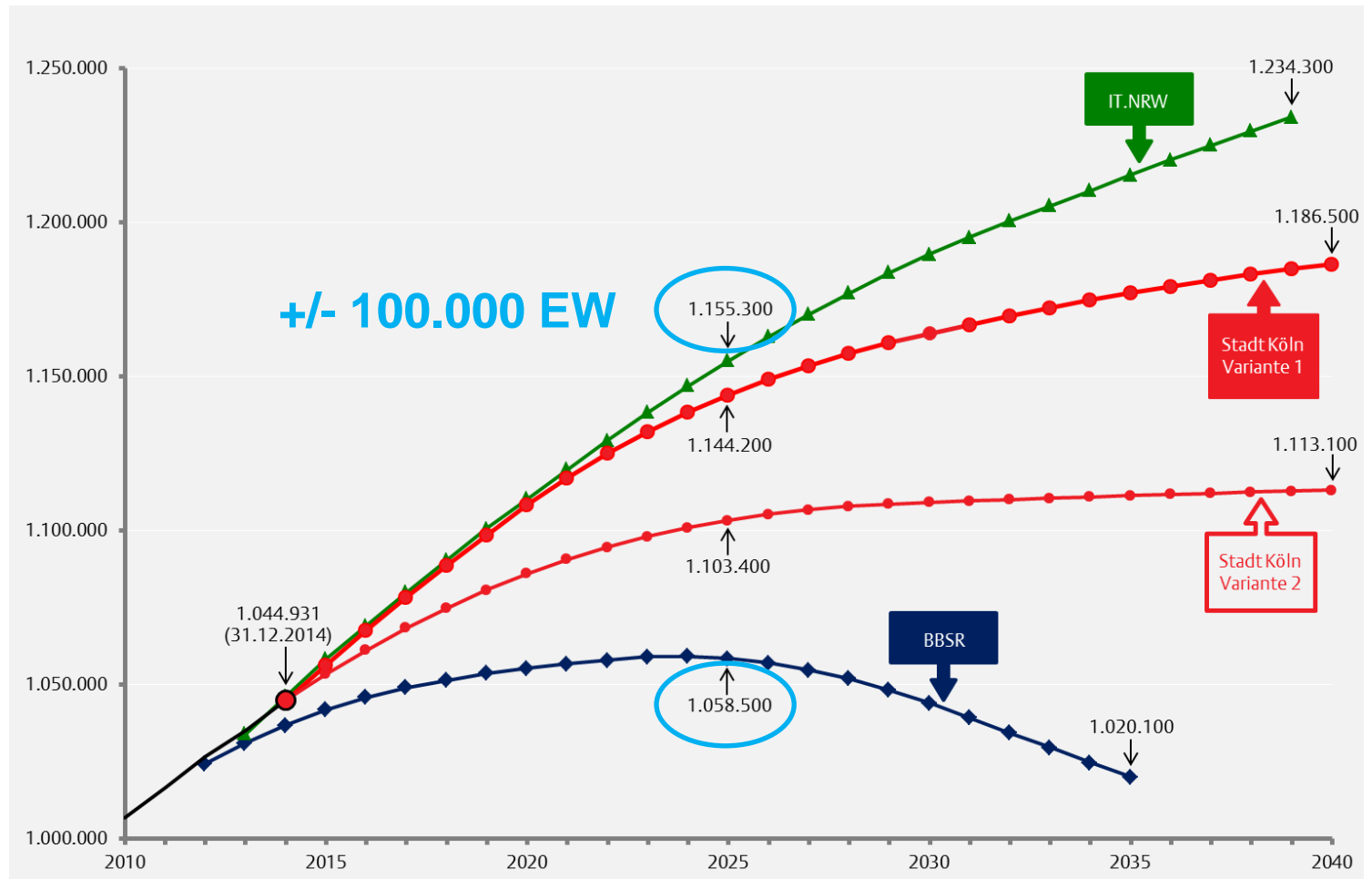
Prognoseabweichungen >> Planungsunsicherheit

Prognose EW-Entwicklung (2011 – 2030)	Köln	Bonn	Leverkusen	D'dorf
BBSR	+ 30.000	- 5.700	- 4.000	+ 14.600
it.nrw	+ 105.000	+ 37.200	+ 2.300	+ 64.000
Kommune	+ 40.000	+ 1.000/a ≅ + 16.000 (2014 – 2030)	+ 2.016 (Zielprognose bis 2020 i.V.z. 2011)	+ 17.400 (2011-2025)

Quellen: BBSR - Raumordnungsprognose 2030; it.nrw – Bevölkerungsvorausberechnung 2011-2030; Stadt Köln – Bevölkerungsprognose 2040. Wie lange wächst Köln?; LH Düsseldorf – Demographiebericht 2011 – Bevölkerungsentwicklung für Düsseldorf

Demographische Entwicklung

Aktuelle Prognosesituation/-unsicherheit für Köln



(Quelle: Stadt Köln, 2016)

Wirtschafts- und Industriestandort



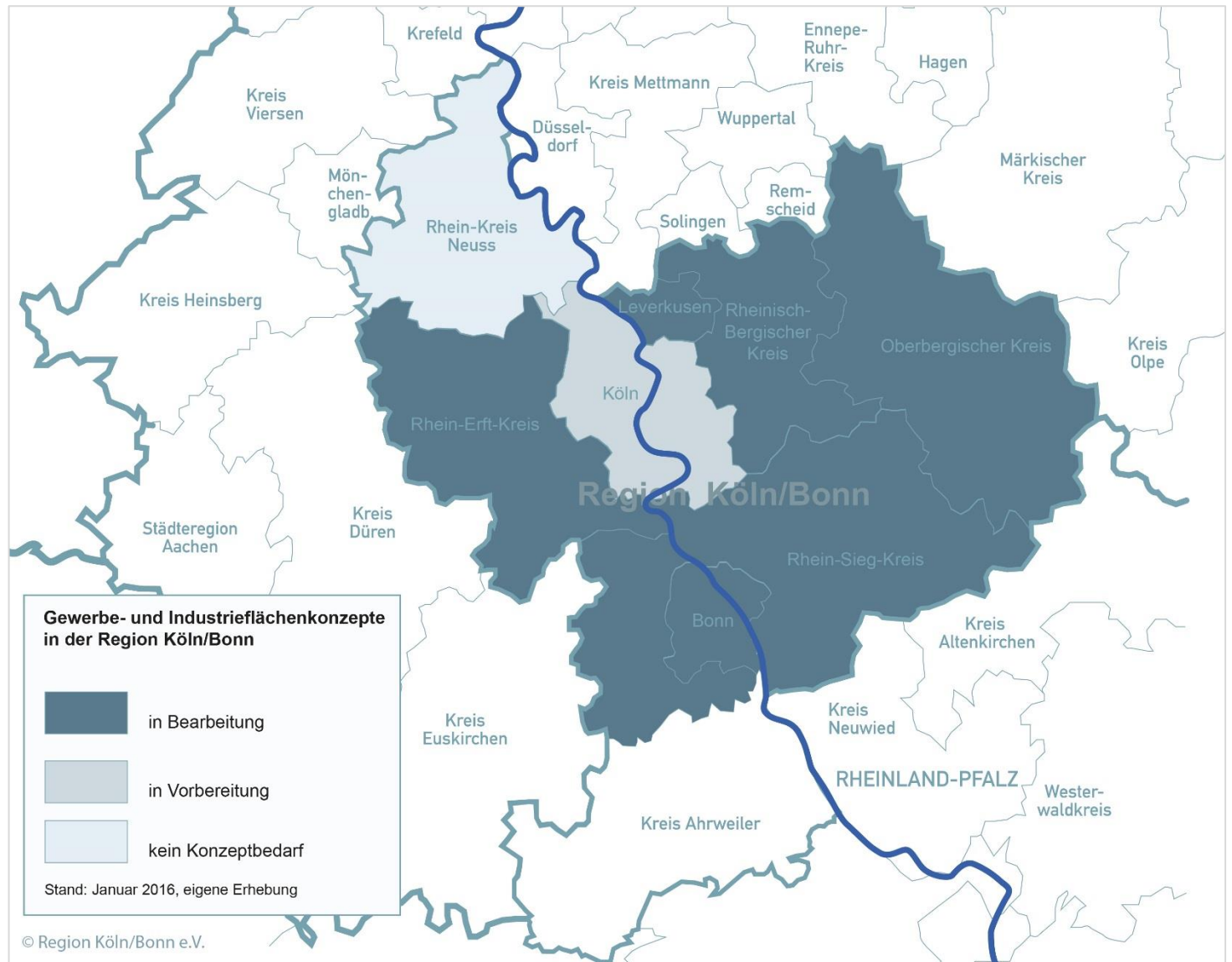
Wirtschafts- und Industriestandort

Gewerbe- und Industrieflächenbedarf 2011 – 2030

(Quelle: ISB Aachen, 2012)



Gewerbeflächenkonzepte



Zielkonflikte & Umsetzungshemmnisse

MITWOCHE, 30. DEZEMBER 2015
NUMMER 303

BERGISCHE LANDESZEITUNG

TIPP DES TAGES



Der Chinese National Circus von Bergisch Gladbach. Im Dezember beginnt um 20 Uhr das aktuelle Artisten „Christofen“ ist der Dr. lung. Karten sind erhältlich zu 2 43,90 Euro.

Großbaustelle auf der Hauptstraße

Asphalt wird erneuert – Autofahrer müssen mit Behinderungen rechnen

VON STEPHAN BROCKMEIER

OVERATH. Im kommenden Jahr müssen sich die Overather Bürger ebenso wie der Pkw-Durchgangsverkehr auf eine neue Großbaustelle einstellen. Denn dann wird die Hauptstraße im Hauptort mit einer neuen Fahrbahndecke versehen.

Das Projekt soll nach den Worten des bei der Stadtverwaltung für das Bauwesen zuständigen Heidegerhard Wolfgang Bürger (CDU) Ende Januar/Anfang Februar ausgeschrieben werden. Stattdessen sollen die Arbeiten an der Wegverbesserung, bei der es sich um die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 484 handelt, in der Sommerzeit, wenn das Verkehrschaos aufkommen nicht so hoch ist.

Auf Antrag der Overather Grünen hat sich der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung einmütig dafür ausgesprochen, dass für die Neugliederung der Strecken sogenannter Flächenaspekt verwendet werden soll.

Unterdessen wird die im Dezember zunächst verschobene Fertigstellung der neuen Fahrbahndecke weiter östlich auf derselben Bundesstraße, nämlich zwischen der Einmündung zum Gewerbegebiet Diepenbroich bei AT13 und der „Acher Straße, bereits jetzt die Straßenbau entgegenkommende Fortschritten in der Vergangenheit stets konsequent angelehnt. Das angeführte Argument: Der „ärmeligste Asphalt“ sei innerhalb von Ortsschaften nicht wirkungsvoll.

Wenn die Bundesstraße im kommenden Jahr ihre neue Asphaltdecke erhält, wird der Straßenverkehr auf der Bundesstraße 484 aus Richtung Vilkeraach vergleichsweise großräumig über die Kreisstraße K 88 bis Kreuzhauschen und dann über die Hohlpepler Straße (Landesstraße 84) bis zum Kreisverkehr in Heiligenhaus gelenkt.

Von dort aus geht es weiter über die Bendewiger Straße und die Hauptstraße (Landesstraße 136) nach Overath. Da

Das Nein soll lauter werden

Bürgerinitiative will sich als Verein besser durchsetzen können

VON UTA BÖKER

VOISLÖHE. Die Bürgerinitiative Moitzfeld-Herkenrath kämpft seit 2012 dagegen, dass ein 20 Hektar großes Landschaftsschutzgebiet in Voislöhe als Industrie- und Gewerbegebiet ausgewiesen werden könnte. Jetzt hat die Initiative einen Trägerverein gegründet, um ihrem Protest mehr Durchsetzungskraft zu verleihen.

„Wir wollen mit unserem Nein die klare Stimme der Bürger der Stadt sein“, sagt David Bothe, einer der Gründer von Initiative und Verein.

Anlass für den Protest: Das Areal entlang der Landesstraße 288 soll im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens (F-Plan) für das gesamte Stadtgebiet unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, dort Gewerbe anzusiedeln.



Mit Fahnen macht die Bürgerinitiative auf ihre Forderung aufmerksam, die Landschaft in Voislöhe zu erhalten. (Foto: David)

Die Bürgerinitiative wertet das als Provokation. Politisch gibt es Zusagen der politischen Parteien, das Gebiet unangetastet zu lassen. Eine Bedrohung für den gesamten Osten von Bergisch Gladbach sieht die Bürgerinitiative darin, dass der Korridor zwischen der Ausfallstraße Moitzfeld und der L 288 als geeignete Ansiedlung von Gewerbe angesehen werden.

Eine entsprechende Aufhebung soll Stadtbaurat Stephan Schmalzer kürzlich bei einer Veranstaltung zum Möbielkreisangelegenheiten haben. Für eine Stilllegung der F-Plan-Entscheidungen gäbe es keine Stützpunkte. „Dabei darf es keine Rolle spielen, ob der Widerstand für die eine oder andere Fläche groß ist

oder persönliche Interessen für oder gegen ein Gebiet bestehen.“ Urbach versichert, dass es eine ausführliche Bürgerbeteiligung geben werde.

Die Bürger in Voislöhe beruht das nicht. „Das ist reine Urhebersache“, glaubt David Bothe. Mithilfe des gemeinnützigen Vereins sollte sich die Initiative mit mehr als 200 Mitgliedern eine stabile Basis ver-

schaffen, so Bothe. Die Aufgaben liegen auf juristischer und administrativer Ebene: aktive Begleitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, falls nötig juristische Ausenderung sowie Gespräche mit Sachverständigen und gesellschaftlichen Gruppen außerhalb von Politik und Verwaltung bevor im Flächennutzungsplan Fakten geschaffen werden, so Bothe. Die Aufgaben liegen auf juristischer und administrativer Ebene: aktive Begleitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, falls nötig juristische Ausenderung sowie Gespräche mit Sachverständigen und gesellschaftlichen Gruppen außerhalb von Politik und Verwaltung bevor im Flächennutzungsplan Fakten geschaffen werden, so Bothe.

Bürger sehen Gefahr

Initiative will Moitzfeld von Gewerbe freihalten
Bürgermeister hält Flächennutzungsplan für nötig

VON UTA BÖKER

BERGISCHE GLADBACH. Die Bürgerinitiative Moitzfeld-Herkenrath wollte der Stadtverwaltung in der Bürgerfragestunde des Stadtrats auf den Zahn fühlen. Es ging darum, auszuloten, welche Folgen für die Landschaft von dem Flächennutzungsplan ausgehen, der neu ausgearbeitet wird. Aber die Antworten von Bürgermeister Lutz Urbach stellten David Bothe, Sprecher der Initiative, nicht zufrieden. Seit vier Jahren setzt sich die Initiative dafür ein, dass naturnahe Flächen in Moitzfeld als Schutz- und Erholungsraum erhalten bleiben und nicht als Gewerbegebiete ausgewiesen werden.

Urbach beruft sich im Kern auf die Statistik des Landes zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen. Demnach werde die Bevölkerung in den nächsten Jahren um ein bis 15 Prozent abnehmen. Bei einem geringeren Bevölkerungswachstum müsse etwa bewertet werden, ob Flächen gar nicht oder erst später in Anspruch genommen werden. Mit dem Flächennutzungsplan als Planungsinstrument werde diese zukünftige städtebauliche Ent-

wicklung gesteuert. Der bislang letzte aus dem Jahr 1978 sei veraltet. Deshalb müsse jetzt für die nächsten 15 bis 20 Jahre neu geregelt werden, wie bestimmte Gebiete genutzt werden dürfen. Erst die zweite Stufe ist der Bebauungsplan. Er soll innerhalb eines Wohngebiets oder Industriegebiets die Nutzung für bestimmte Areale festlegen.

Zweifel an Statistik

Bothe zieht die Bedeutung für solche Entscheidungen in Zweifel. Vielmehr müsse die Stadt Prioritäten setzen: „Will die Stadt zum Industriestandort werden? Oder den Schwerpunkt auf Wohnen setzen und in diesem Zusammenhang ihren grünen Charakter stärken, um als touristisches Ziel attraktiv zu bleiben?“

Die Zielgröße von 55 Hektar an neuen Gewerbeflächen für den neuen F-Plan weiche deutlich von den Annahmen der bisherigen Gutachten ab. Das Gewerbekonzept (Kosten für das Gutachten: 14 000 Euro) gehe nur von einem Bedarf von

19 Hektar für neue Gewerbegebiete aus. Dies hält Urbach nicht für einen Widerspruch: „Es entspricht dem normalen Lauf der Dinge, dass sich statistische Grundlagen verändern können.“ Dass das Flächengerüst für den F-Plan erheblich von den Annahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2030 (Kosten: 140 000 Euro) abweiche, sei ebenfalls unproblematisch. Die dort formulierten strategischen Ziele seien nicht bindend, sondern müssten im F-Plan lediglich abgewogen werden.

Den Vorwurf der Initiative, dass die Stadt durch den billigen Kauf von Ackerland und der Umwandlung in teure Gewerbeflächen „Kasse machen“ wolle, wies Urbach zurück: „Über Vorverkaufsrechte können keine Flächen erworben werden, für die dann später im F-Plan und in Bebauungsplänen Baurechte geschaffen werden.“ Im Gegenteil müsse zunächst die Darstellung im F-Plan gegeben sein, damit überhaupt eine rechtliche Grundlage für ein Vorverkaufsrecht bestehe. Die Bürgerinitiative will trotzdem am Ball bleiben: wenn am Dienstag, 15. März, im Ausschuss Flächennutzungsplan tagt.

SAMSTAG, 19. MÄRZ 2016
NUMMER 67

BERGISCHE LANDESZEITUNG

SEITE 43

RHEIN-BERG



TIPP DES TAGES



Einen „Zimmerbrand in fünf Akten“ verspricht Komödiant Günther Nuth im Theas Theater in Bergisch Gladbach. Das klingt gefährlich, ist aber bestenfalls gefährlich komisch, denn Nuth ist tatsächlich Feuerwehrmann und Rettungsassistent, weiß also, über welches Blaulichtmilieu er sich lustig macht. Beginn ist am heutigen Samstag um 20 Uhr. Eintritt 15 Euro.

Allee könnte Gewerbe weichen

Straße ist Naturdenkmal – Planungsausschuss diskutiert über Erschließung

VON CLAUD BOELEN-THIELE

SPITZE. Die Allee zwischen Spitze und Herkenrath steht weiter auf der Kippe. Die Gemeinde Kürten plant im nahe gelegenen Spitze seit langem ein Gewerbegebiet, und eine mögliche Zufahrt könnte ausgerechnet von der weithin bekannten Alleenstraße abzweigen. Eine ganze Reihe von Bäumen müsste dann gefällt werden. Trotzdem: Kürten-Planungspolitiker sind am Donnerstag dem Vorschlag der Gemeindeverwaltung gefolgt und wollen eine Anbindung des Gewerbegebietes über die Alleen-Landstraße weiter prüfen lassen. In der Vergangenheit war der Baumbestand der Allee bereits deutlich zurückgegangen. Krankheiten und das Alter der Bäume waren die Ursachen.

Auch die kreuzungsnaher Zufahrt über Spitze (siehe Karte) bleibt in der Diskussion. Bis zur Ratssitzung am 20. April wird die Gemeindeverwaltung in Gesprächen mit den Grundstückseigentümern beziehungsweise der Stadt Bergisch Gladbach ausloten, welche Erschließungsvarianten möglich sind. Die Alleen-Variante verläuft über Gladbacher Stadtgebiet. Eine Überraschung: Auch über die bevorzugte Variante über das seit Jahren nicht zu bekommende Schlüsselgrundstück in Höhe der Jakobsstraße in Spitze wird noch einmal gesprochen. Bürgermeister Willi Heider führt am 14. April ein erneutes Gespräch. „Wir geben die Hoffnung nicht auf“, sagte er. Der Eigentümer wolle verkaufen, nur Belastungen im Grundbuch verhinderten eine Zustimmung.

Mit Spannung waren die Aussagen zur Alleenstraße erwartet worden; eine Erschließung würde in Teilen den Verlust des Alleencharakters (Naturdenkmal und Deutsche Al-



Die Allee könnte durch den Abzweig einer Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet stark in Mitleidenschaft gezogen werden. (Foto: Daub)



- Kreuzungsnaher Variante
- Bevorzugte Variante
- Troitzburg-Variante
- Alleen-Variante
- Kalkofen-Variante

leenstraße) bedeuten. „Eine problematische Stelle, der Landesbetrieb Straßen lehnt die Idee ab“, ließ Heider durchblicken. „Ich sehe da keine Möglichkeit der Erschließung. Aber wir werden mit Gladbach darüber sprechen.“ Als in der Vergangenheit ein Alleebaum an der Landstraße bei Blissenbach gefällt werden musste, habe dies größte Schwierigkeiten aufgeworfen. Ohne Gespräch könne aber nicht gesagt werden, ob diese Variante möglich sei. So sah es auch die Politik. Der Alleen-Anschluss müsse weiter verfolgt werden, sagte Sebastian Wurth (CDU). Helmut Werning (SPD) meinte, mit einer Verwaltungsverein-

barung zwischen Kürten und Gladbach sei die Alleen-Anbindung zu versuchen. Skeptisch zeigte sich Klaus Abbeuer (Grüne), machbar sei nur der kreuzungsnaher Anschluss. So sah es auch Michael Kammann (BfB), der Anschluss in der Kreuzungsumgebung sei sein Favorit.

Sollte bis zur Ratssitzung keine Lösung auf dem Tisch liegen, sollen die Planungen für Spitze eingestellt werden. Die beiden übrigen Varianten – Anschluss über die Weiler Kalkofen oder Troitzburg – waren bereits im Vorfeld der Sitzung von Gemeinde und Landesbetrieb als zu teuer und zu kompliziert verworfen worden.

SPITZE

Die Norm verfehlt

Meine Freundin Marie hat eine neue Toilette bestellt. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, wenn die alte kaputt gegangen wäre. Ist sie aber nicht. Vielmehr hat sich die Familie des Geräts nicht für würdig erwiesen. Stets gab es Probleme, die Hinterlassenschaften in einem Rutsch zu entsorgen. Über die Jahre gewöhnte sich die Familie daran, dass mindestens drei Spülgänge nötig waren. Dann traf Marie zufällig ihren damaligen Badbaue und kam auch auf das heilige Thema. Ja, gestand dieser, er könne die Problematik. Dies liege daran, dass die Firma die Abflüsse nach einem – nicht näher definierten – sogenannten Normhaufen berechne.

Ganz offensichtlich gelinge es der Familie nicht, diesen zu produzieren. Selbst schuld. Für diese Frechheit fliegt das Ding jetzt raus. Die Neue, versichert der Installateur, sei unbürokratischer. Da freut sich

Williwald

Drei Verletzte bei Kollision

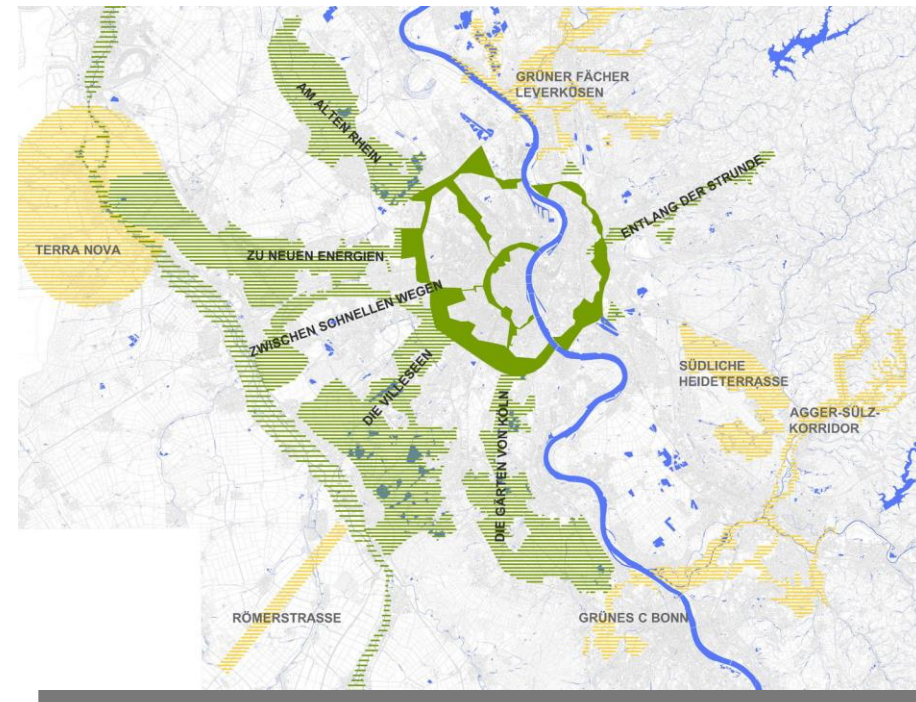
OVERATH. Drei Menschen sind am Donnerstagnachmittag bei einem Auffahrunfall in Hammermühle verletzt worden. Eine 46-jährige Autofahrerin aus Overath musste gegen 14 Uhr auf der Kölner Straße an einer Verkehrsampel anhalten. Ein nachfolgender Fahrer aus Neunkirchen-Seelscheid hielt ebenfalls an. Eine 49-Jährige aus Overath erkannte die haltenden Wagen zu spät und fuhr auf. Bei dem Zusammenstoß wurden die 46-Jährige, der Autofahrer aus Neunkirchen-Seelscheid und dessen Beifahrer leicht verletzt. Der Schaden an den Autos beträgt laut Polizei rund 6000 Euro. (dino)

Siedlungsentwicklung vs. Freiraumsicherung

Zielkonflikt weitere Entwicklung/Siedlungsdruck und Freiraumsicherung und -vernetzung



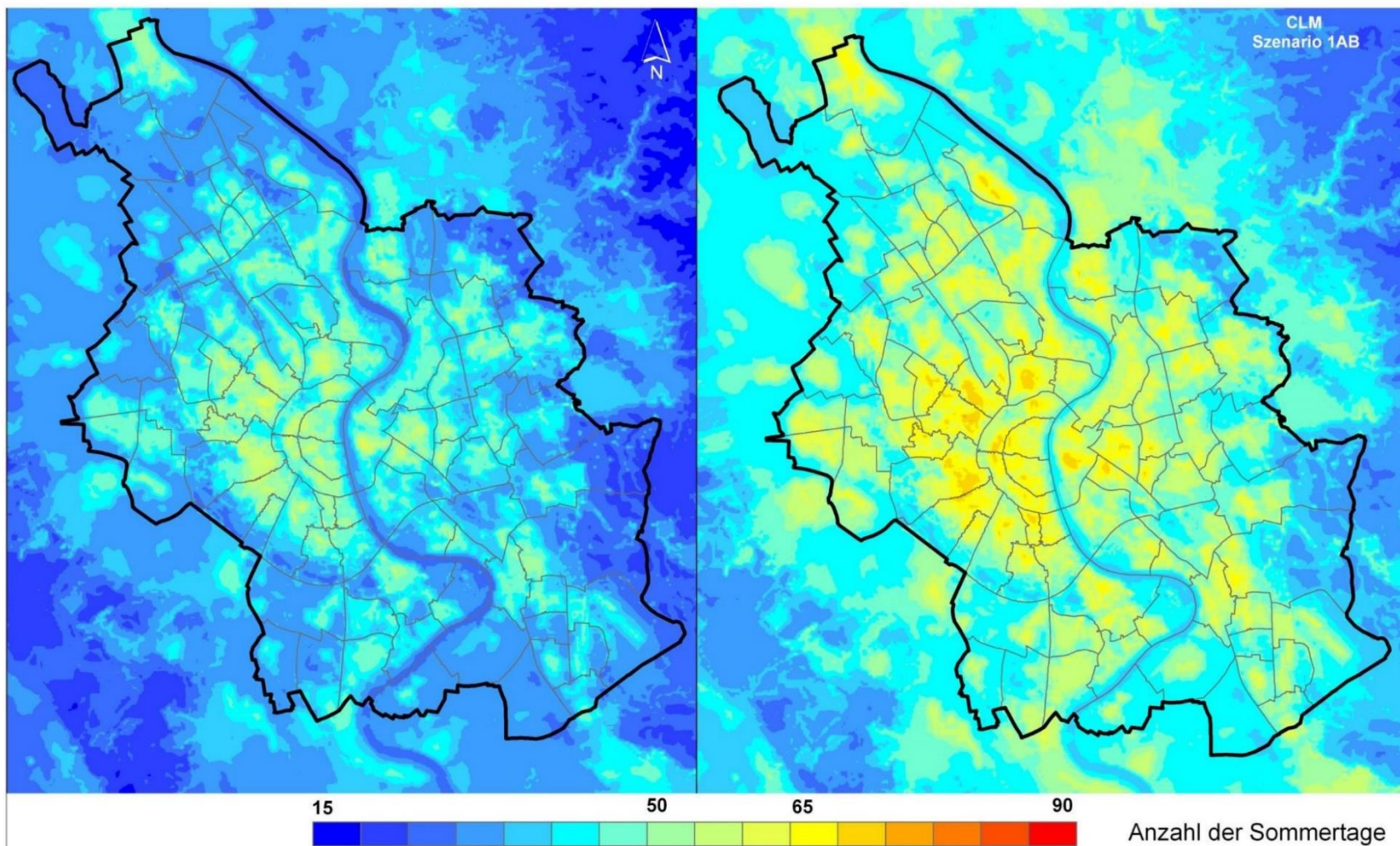
VS



Darstellung der mittleren Anzahl der Sommertage

Im Zeitraum 1971 - 2000

Im Zeitraum 2000 - 2050





TIPP DES TAGES



Der Seniorchor Intermelodie Dreiklang der Bergisch Gladbacher Max-Bruch-Musikschule bietet heute von 10 bis 11.30 Uhr Gelegenheit, in die Probenarbeit zu schnuppern. Wer Interesse hat und vielleicht einmal ausprobieren möchte, in einem Chor mitzusingen, kann in der angegebenen Zeit in der Musikschule am Langemarckweg 14 vorbeikommen.

Verband mahnt mehr Grün an

Naturschützer nehmen Stellung zum geplanten neuen Flächennutzungsplan für Bergisch Gladbach

VON MALTE EWERT

BERGISCH GLADBACH. Bei der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans dürfe die Stadt Bergisch Gladbach nicht versäumen, genügend Freiräume auszuweisen. Diese Forderung erhebt der Rheinisch-Bergische Naturschutzverein (RBN), um auf den Klimawandel mit steigenden Temperaturen und höheren

Niederschlagsmengen zu reagieren. „Auf den Freiraumschutz muss aus Sicht des Natur- und Artenschutzes Priorität gelegt werden“, schreibt RBN-Vorsitzender Mark vom Hofe. Denn nur ein hoher Anteil von Grünzonen im Stadtgebiet könne zur Temperaturabsenkung im innerstädtischen Gebiet beitragen und Frischluft erzeugen. Der neue Flächennutzungsplan habe des-

halb „detailliert ein erhöhtes Maß an Grünbereichen festzusetzen und einen Biotopverbund planerisch darzustellen“. Zu den Grünzonen zählten Friedhöfe und Parkanlagen. Andererseits müssten jedoch auch breite Gehölzstreifen an sämtlichen Bachläufen im Stadtgebiet ausgewiesen werden – insbesondere in den verdichteten Wohngebieten. Zudem müssten weitere Pflaste-

rungen und andere Grundstücksversiegelungen vermieden werden. Der zweite Teil der RBN-Stellungnahme befasst sich mit dem Thema Verkehr: Öffentlicher Personennahverkehr müsse „absolute Priorität“ erhalten, betont Mark vom Hofe.

Weitere Schnellbuslinien und -fahrspuren werden ange-mahnt. Ziel dieser Linien müssten der S-Bahnhof in Ber-

gisch Gladbach oder der Busbahnhof (Stadtbahn) in Bensberg sein. Auch der Weiterbau der Stadtbahnlinie über Bensberg hinaus nach Moitzfeld und Spitze ist Bestandteil der RBN-Forderungen. Grundsätzlich müsse sich die Stadt Bergisch Gladbach in der Zukunft „von der Absicht verabschieden, produzierendes Gewerbe neu im Stadtgebiet anzusiedeln zu können, da dies aus-

schließlich zu Lasten des schützwürdigen und zu sichernden Außenbereichs gehen wird“. Bei Industrieflächen im Innenbereich solle vielmehr auf den Sektor Dienstleistung, Bildung und Kunstakademie gesetzt werden. Der Rheinisch-Bergische Naturschutzverein nennt in diesem Zusammenhang das Zanders-Gelände, das frühere Köttgen-Areal und den Kradepohl.

MONTAG, 26. OKTOBER 2015

RHEIN-WUPPER ZEITUNG

LEVERKUSEN OPLADEN
LEICHLINGEN



LEICHLINGEN
Wo Mountainbikefahren ein
Unterrichtsfach ist. Seite C 3

C1

RHEINISCHE POST

LESER-HOTLINE

Ihr Thema?

Darüber sollten wir mal berichten?
Sagen Sie es uns!

leverkuse
@rheinsche-post.de
02171 400910
RP Leverkusen Opladen
rp-online.de/whatsapp

MELDUNGEN

Wieder Fehlalarm aus Flüchtlingsunterkunft

LEVERKUSEN (gt) Einen neuerlichen Fehlalarm gab es am Samstagnachmittag aus der Flüchtlingsunterkunft Görresstraße. Einer der Bewohner war versehentlich an den Alarmknopf gekommen. Die Feuerwehr rückte mit großer Einsatzstärke aus, wie auch bereits bei den ersten beiden Alarmmeldungen, die sich glücklicherweise ebenfalls als Fehlalarm herausgestellt hatten. Unglücklich war allerdings der Zeitpunkt des Alarms kurz vor Beginn des Fußballspiels von Bayer Leverkusen 04. Die Flüchtlingsunterkunft liegt bekanntlich in der Nähe des Stadions.

Ab heute Baustellen und Sperrungen in der Stadt

LEVERKUSEN (gt) Ab heute wird es zu Boeinträchtigungen insbesondere des Berufsverkehrs an der Quettinger Straße im Bereich Feldsieder Weg/Am Hagelkreuz kommen. Ein Teilstück der dort bereits sanierten Fahrbahn ist eingesackt und muss repariert werden. Dafür wird der Verkehr durch eine Baustellenampel geregelt. Außerdem wird die Sperrung an der Fäbicher Straße in Richtung Wiesdorf ab heute für Verkehrsbeeinträchtigungen mit Staus sorgen.

Dhünntalsperre liefert weniger Trinkwasser

Der Füllstand der Großen Dhünntalsperre ist seit einigen Jahren rückläufig. Das hat auch Folgen für die Versorgung mit Trinkwasser in Leverkusen. Es gebe zwar keine Engpässe, aber es wird über Veränderungen nachgedacht.

VON ROMAN ZILLES

LEVERKUSEN 38 Prozent. Das ist für viele Politiker ein toller Wert. Für Talsperren nicht. Seit Wochen liegt der Füllstand der Großen Dhünntalsperre auf diesem Stand. Das entspricht rund 27,7 Millionen Kubikmetern Wasser. Das klingt nach viel. Aber es ist wenig für ein Reservoir, in das 73 Millionen Kubikmeter passen und das nicht nur Leverkusen, sondern eine ganze Region mit Trinkwasser versorgt.

So wenig, dass die Versorgungsunternehmen (darunter die Energieversorgung Leverkusen) seit einigen Wochen nur noch 80 Prozent ihres sonst üblichen Kontingents aus der Dhünn abzapfen, um ihre Vorräte zu schonen.

Neu ist diese Entwicklung nicht. Seit einigen Jahren ist eine permanente Reduzierung des Inhalts der Großen Dhünntalsperre zu beobachten. Ist sie also überhaupt noch ein verlässlicher Trinkwasser-Lieferant? „Das ist sie“, versichert Susanne Fischer vom Wuppervorstand.

Die negative Entwicklung des Füllstandes hänge an nachvollziehbaren Faktoren: „Die Niederschlagsverteilung war zuletzt ungünstig, ergebnisse Winter-Hochwässer blieben oft aus.“

Zudem gab es trockene Frühlinge und Sommer. Aber es ist auch jetzt noch ein ausreichend großer Wasservorrat vorhanden.“

Dennoch wird durchaus über Veränderungen nachgedacht. So gibt es die Überlegung, die Abgabe von Wasser an die Dhünn zu verringern, um so einen höheren Füllstand des Stausees zu erreichen. Aktuell ist festgelegt, dass die Dhünn in Leverkusen mindestens einen Kubikmeter pro Sekunde Wasser führen



Die Große Dhünntalsperre liefert 70 Prozent des Wasserbedarfs für Leverkusen.

FOTO MICHAEL MALLA

muss. „Der Wert stammt aus den Anfängen des Stausees“, erläutert Fischer. Eröffnung war 1988. Nun soll überprüft werden, ob weniger ausreicht, um den ökologischen Aspekten zu genügen und den Abtransport von gereinigten Abwässern, die im Verlauf in die Dhünn geleitet werden, zu gewährleisten.

Auch weiterreichende Maßnahmen sind denkbar. „Denn im Zuge des Klimawandels könnte es durchaus zu Veränderungen kommen, die uns vor Herausforderungen stellen“, führt die Sprecherin des Wupp-

perverbandes aus. Denkbar sei als Antwort darauf eine bessere Vernetzung verschiedener Trinkwasser-Quellen: etwa von Dhünn-, Kerspe-, Herbringhäuser-, Sengbachtalsperre und der Wasserwerke.

In Leverkusen bildet das Wasser aus der Dhünntalsperre das mit Abstand größte Standbein bei der Trinkwasser-Versorgung: 70 Prozent stammen normalerweise von dort, die übrigen 30 Prozent kommen aus dem Wasserwerk Rheindorf – das Wasser von dort besteht indes nur zu 60 Prozent aus Eigengewinnung.

Der Rest stammt auch aus der Talsperre (34 Prozent) sowie zu sechs Prozent aus dem Currenta-Wasserwerk am Rheimulfer.

Für die EVL stelle die aktuelle Situation rund um die Talsperre kein Problem dar. Auch hier wird die Zuverlässigkeit der Versorgung betont, Schwankungen könnten (ohne Preissteigerung für Kunden) durch Wasser aus Rheindorf kompensiert werden.

„Zudem ist eine weitere Ersatzmöglichkeit mit Uferfiltrat der Currenta gesichert“, teilt Sprecherin

Ursula Schubert mit. Durch die geringere Entnahme aus der Talsperre ergebe sich zudem keine Veränderung des Härtegrades des Wassers. Der liege weiterhin bei „weich“.

Anders ist es etwa in Solingen: In einige Stadtteilen fließt dort ab dieser Woche statt Talsperren-Wasser Wasser aus dem Wasserwerk Baumberg aus den Hänen.

Die einhergehende Änderung des Härtegrads kann in den betroffenen Haushalten Auswirkungen aus der Benutzung von Spül- und Waschmaschinen haben.

SEITE 32



DAS FÄLLT AUF

Die Blondine mit dem Strohhut lacht genauso schön wie die Sonne, die die Bürger aus dem Rhein-Erft-Kreis mit Strahlen verwöhnt. Zu sehen ist die Puppe übrigens an der Ernst-Reuter-Straße in Hürth-Gleuel. Wenn es regnet, trägt die Blondine einen Regenschutz.

FREITAG, 3. JULI 2015
NUMMER 151



Getreideernte hat begonnen

Landwirte erwarten mittleren Ertrag – Frühjahr zu trocken

VON NORBERT KURTH
UND DIETMAR FRATZ

RHEIN-ERFT-KREIS. Die Mähdröschler rollen wieder. Mit der Hitzewelle dieser Tage hat auch die Ernte auf den Feldern im Rhein-Erft-Kreis und in der Zülpicher Börde begonnen. Bereits am Dienstag führen die Bauern im südlichen Kreis in die Gerstenfelder, um das Korn zu ernten. Die Landwirte haben gute Chancen, die Wintergerste trocken einzufahren. Nach Prognosen des Rheinischen Landwirtschaftsverbands (RLV) wird auch der Winterweizen, die wichtigste Getreideart im Rheinland, in etwa drei Wochen erntereif sein.

Nach einer Rekorderte sieht es allerdings nicht aus. Dafür hat es nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes zu wenig geregnet. In manchen Regionen sind nur 60 Prozent der durchschnittlichen Niederschläge heruntergekommen.

Dennoch erwartete der RLV einen „mittleren Ernteertrag mit guter Qualität“, heißt es in einer Mitteilung. Während in anderen Regionen bei der

Gerste mit Einbußen gegenüber dem Vorjahr gerechnet wird, könnten sich die Einbrüche im Rhein-Erft-Kreis in Grenzen halten. „Dank der besseren Wasserversorgung könnten die Einbußen nur fünf bis zehn Prozent unter dem Vorjahresniveau“ liegen, heißt es in der Mitteilung weiter.

Lehmboden speichert Wasser

„Speziell der Kölner Raum hat mehr Wasser abgekommen und hat gute Böden“, sagt der Vorsitzende der Kreisbauernschaft, Willi Winkelhag. „Vom Grüngürtel bis nach Gleuel hoch ist Lehmboden, der speichert das Wasser besser.“ Auf etwa 15 bis 20 Prozent der Ackerfläche im Kreis steht derzeit die Wintergerste. Deren Hauptverwendungszweck ist die Herstellung von Tierfutter. Auf ein paar wenigen Hektar wächst aber auch Braugerste.

Als einer der ersten Landwirte im nördlichen Kreisgebiet startete Vinzenz Völker den Mähdröschler. Acht Hektar eines Kollegen schafft er mit



Als einer der ersten Landwirte startete Vinzenz Völker die Gerstenernte auf einem Feld vor den Toren von Eldorf-Berrendorf. (Foto: Fratz)

dem rund 4,50 Meter breiten Mähwerk („Das ist eher ein kleineres“) in rund acht Stunden. „Das ist die frühe Sorte Ketos“, erläutert er. Seine eigenen Felder, bestellt mit den späteren Gerstenarten „Henriette“ und „Suleika“, hofft er am Wochenende in Angriff nehmen zu können, wenn die nötige Reife dank sonniger Tage bis dahin erreicht sei. Dann sei für

ihn die Gerstenernte in fünf Tagen geschafft.

Zur Weizenernte mag Kreislandwirt Winkelhag noch keine Prognose abgeben. „Für den Weizen ist es zu heiß, der wird jetzt viel zu schnell reif.“ Das könnte zu weiteren Einbußen führen. Die Landwirte sitzen jetzt ein wenig zwischen Baum und Borke. Einerseits brauchen sie trockenes Erntewet-

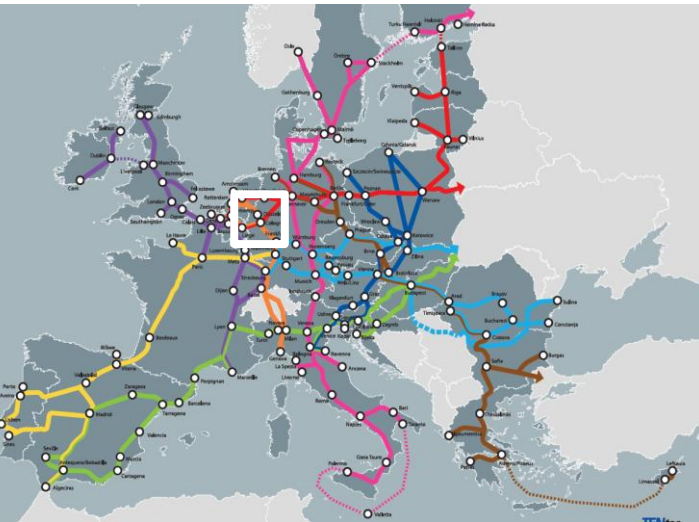
ter, andererseits brauchen fast alle Ackerpflanzen dringend Wasser.

Auch beim Raps erwarten die Landwirte im Rhein-Erft-Kreis niedrigere Erträge – und das bei einem deutlichen Rückgang der Anbaufläche. Besonders deutlich wird die Trockenheit derzeit auf den Wiesen und auf Dauergrünland. Das Gras wächst kaum

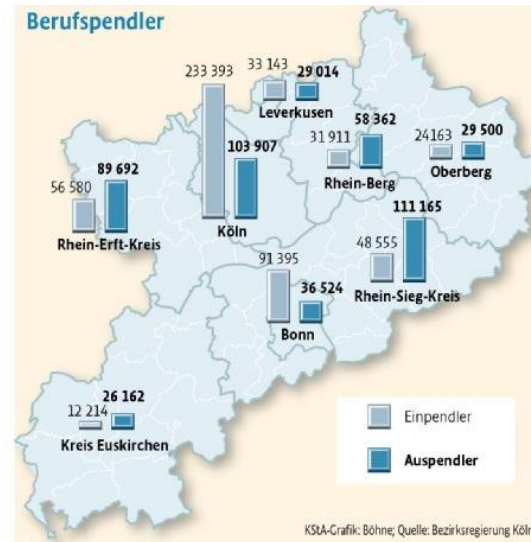
noch, der spärliche Wuchs ist teilweise bereits braun verfärbt. Wiesen, die von Kühen oder Pferden abgegrast wurden, fallen vorläufig als Weideflächen aus.

„Der Regen der vergangenen Wochen reicht für die Wiesen und Weiden nicht aus“, heißt es beim RLV. Die Wasservorräte im Boden müssten dringend aufgefüllt werden.

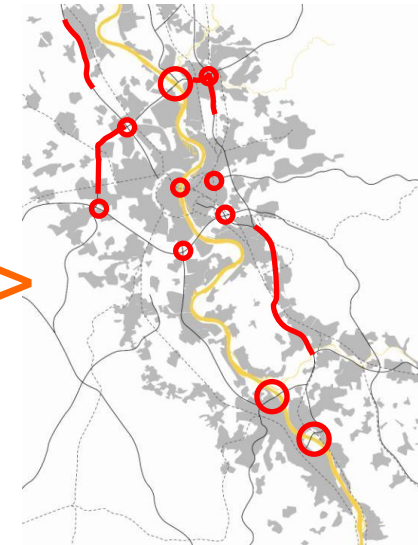
Herausforderungen im Bereich Mobilität/Verkehr



Transit- und Güterverkehre mit starken Zuwachsraten



Ausgeprägte Pendlerverflechtungen



Sanierungsstau

MITWOCHE, 10. FEBRUAR 2016
NUMMER 34

BERGISCHE LANDESZEITUNG

SEITE 33

RHEIN-BERG



TIPP DES TAGES



„Licht - die sieben Tage der Woche“ steht oben über Opern- und Operetten. „Tage der Woche“ in einem farbigen Block. Die Beschriftung ist: „Licht - die sieben Tage der Woche“.

Mehr Festnahmen und Platzverweise

Die Kreispolizei zeigte an den Karnevalstagen weniger Toleranz und notierte insgesamt 766 Einsätze

VON THEIMANNENBERG

RHEINBERG. Die Festnahmen und Platzverweise an den Karnevalstagen im Oberbergischen sind deutlich zurückgegangen. Am Karnevalstag wurden 200 Personen festgenommen, 1400 Platzverweise ausgesprochen. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr, als 250 Personen festgenommen und 1800 Platzverweise ausgesprochen wurden. Die Polizei hat sich an den Karnevalstagen für eine strengere Durchsetzung der Vorschriften eingesetzt. Die Festnahmen und Platzverweise sind auf die Einhaltung der Ruhezeiten und die Einhaltung der Verkehrsregeln zurückzuführen. Die Polizei hat sich an den Karnevalstagen für eine strengere Durchsetzung der Vorschriften eingesetzt.

Köln Stau beginnt in Gladbach

Lobbyverein für Autobahnzubringer findet Verbündete in Nachbarstadt

VON GISELHARDT

BERGISCHE GLADBACH. Der zunehmende Stau auf der A1 zwischen Gladbach und Köln hat die Politik in Gladbach alarmiert. Ein Lobbyverein für Autobahnzubringer hat sich in Gladbach gebildet. Der Verein fordert die Politik auf, sich für die Verbesserung der Verkehrsbedingungen einzusetzen. Die Politik hat sich an den Stau auf der A1 zwischen Gladbach und Köln interessiert. Die Politik hat sich an den Stau auf der A1 zwischen Gladbach und Köln interessiert. Die Politik hat sich an den Stau auf der A1 zwischen Gladbach und Köln interessiert.



KOMMENTAR

Nie vorbei

MATTHIAS NIEWIJS zum Autobahnzubringer

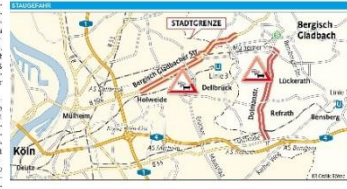
FORERUNGEN
„Nie vorbei“ ist ein Kommentar von Matthias Niewijs zum Autobahnzubringer. Der Autor kritisiert die Situation auf der A1 zwischen Gladbach und Köln. Er fordert die Politik auf, sich für die Verbesserung der Verkehrsbedingungen einzusetzen. Die Politik hat sich an den Stau auf der A1 zwischen Gladbach und Köln interessiert.

Komplication durch Baustelle

Grund sind die Verkehrsprobleme in Gladbach. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert.



Das die Straßen verstopft sind, gibt es in Gladbach Grund. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert.



Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert. Die Politik hat sich an den Verkehrsproblemen in Gladbach interessiert.

VON PETER BERGER

Machen Sie sich keine Gedanken um heutiges Montagmorgen, wenn Sie im Stau auf der Zoo-Brücke stehen oder im überfüllten Regionalexpress auf Ihrem Weg zur Arbeit von Köln nach Düsseldorf stecken. Sie sind nicht allein. Sie sind im Stau oder auf der 444.000, die leider nicht gleich die Ecke arbeiten. 50,3 Prozent aller Berufspendler in Köln sind zwischen zehn und 30 Minuten unterwegs, um zu ihrem Job zu kommen. 3,6 Prozent brauchen zwischen 30 Minuten und einer Stunde. Immer vorausgesetzt, es gibt keine Staus, keine Sperrungen, und die Züge fahren alle pünktlich.

Das sind die Mikroszenen aus dem Jahre 2012 wissen der Verkehrsminister, die Bohn, die Kölner Verkehrs-Betriebe und Studienanstalten so ziemlich alle auf den Kopf. Nur eines weiß keiner: Wie man bei Pendlerzeiten ein wenig attraktiver gestalten könnte. Nebenher wird Pfeiffer A, der täglich von Köln-Mülheim nach Düsseldorf zur Arbeit fährt. Das ist ein Definition ein Pendler, weil sein Arbeitsplatz 25 und mehr Kilometer von der Wohnung entfernt liegt.

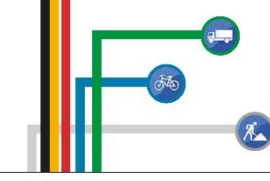
ZWEI SCHLECHTE ALTERNATIVEN

Für ihn hat NRW-Verkehrsminister Michael Grosseck im Grunde eine gute Nachricht. Der Rhein-Ruhr-Express soll ab 2018 täglich 31.000 Leistungen anbieten – von der Stau auf der Schiene. Die Pendler bekommen endlich ein attraktives Angebot. Die Minister 82 neue Doppelstockzüge mit 800 Sitzplätzen und besseren Beschleunigungswerten. Ist das die Abschied von Schienenwegen im Nahverkehr? Rhein-Ruhr-Express wird nach Wasser in den Wein. Besser als nichts, aber mehr als zwei Verbindungen pro Strecke wird es schwer auch mit den neuen Zügen nicht geben. Will die Strecke überlastet und die Auslastung ist deutlich geringer als in anderen Strecken wird der Anteil der Pendler und am Köln wird in den nächsten Jahren eher zunehmen. Ein Grund ist die Wellenlänge

Stau oder Ölsardine

444 000 Menschen pendeln an jedem Werktag von, nach und quer durch Köln zu ihren Jobs. Auf verstopften Straßen und in überfüllten Zügen. Und bis 2025 werden 20 Prozent mehr sein.

STADT IM STAU MOBILITÄTS-CHECK KÖLN



in Köln und die damit verbunden hohen Mieten und Preise für Eigentum. „Der Rhein-Ruhr-Express ist ein klassisches Beispiel für verstopfte Eisenbahnen“, sagt Roman Sauter. „Er kommt länger fahren, was man in Nordrhein-Westfalen nicht überlegen auf den Transport gemacht hätte.“ Wenn er welche hätte, würde der Verkehrsminister des ADAC gerne ein paar Tipps geben, wie sich Pendler im Berufsverkehr mit dem Köln das Leben erleichtern können. Doch mehr als der



Appell an die Unternehmen, bei den Arbeitszeiten möglichst flexibel zu reagieren, und der Tipp, sich mehr Fahrgemeinschaften zu bilden, fällt nicht im nächsten Morgen vor dem gleichen Dilemma. Riskiert er die Autobahn? Die A16 ist ein Verkehrschaos rund um die Leverkusener Kreuz und die murale Rheinbrücke. Oder quält er sich lieber durch die Baustellen auf der A16 bis zur A3, um dort hinter Appell im Stau zu stehen? Hoffungen zerplatzen, doch noch pünktlich zu Arbeit zu kommen ist Zentrum bleiben zu sein.

„Wir sind einfach am Ende“

NVR-Chef Norbert Reinkober über den Zustand des Bahnknotens Köln



Die Bevölkerung im Ballungsraum rund um Köln wird bis 2025 um 20 Prozent zunehmen. Das bedeutet für den Nahverkehr auf der S-Bahn-Haltestellen entlang der Linie und Scheinwerfer nach dem Ausfall der S-Bahn-Haltestellen. Die Bevölkerung im Ballungsraum rund um Köln wird bis 2025 um 20 Prozent zunehmen. Das bedeutet für den Nahverkehr auf der S-Bahn-Haltestellen entlang der Linie und Scheinwerfer nach dem Ausfall der S-Bahn-Haltestellen.

Die Bevölkerung im Ballungsraum rund um Köln wird bis 2025 um 20 Prozent zunehmen. Das bedeutet für den Nahverkehr auf der S-Bahn-Haltestellen entlang der Linie und Scheinwerfer nach dem Ausfall der S-Bahn-Haltestellen. Die Bevölkerung im Ballungsraum rund um Köln wird bis 2025 um 20 Prozent zunehmen. Das bedeutet für den Nahverkehr auf der S-Bahn-Haltestellen entlang der Linie und Scheinwerfer nach dem Ausfall der S-Bahn-Haltestellen.

R DIENSTAG, 23. FEBRUAR 2016
NUMMER 45

SEITE 27

KÖLN



TIPP DES TAGES



Wer nicht mehr weiter weiß, lässt sich heutzutage coachen – so auch die fünf überforderten Teilnehmer eines Work-Life-Seminars, um die es in „Zu spät! Zu spät! Zu spät!“ geht. Das Theaterstück von Lothar Kittstein und Michael Lippold wird heute um 20 Uhr im Theater im Bauturm, Aachener Straße 24-26, gespielt. Karten gibt es zum Preis von 19 Euro, ermäßigt 13 Euro.

A1-Brücke: Köln will auf Spuren verzichten

Stadt erhebt Einspruch gegen aktuelle Planungen – Mehr Platz für Radfahrer gefordert

VON INGO SCHMITZ

120 000 Fahrzeuge am Tag, davon alleine 14 000 Lkw. Tendenz steigend. Das hat die Leverkusener Brücke in die Knie gezwungen, eine der wichtigsten Rheinquerungen auf der Warenroute Antwerpen/Ost-europa. Eine neue Brücke soll dem stetig anwachsenden Verkehrsstrom Herr werden: fünf statt drei Fahrspuren pro Richtung und einem 3,25 Meter breiten Rad- und Fußweg auf beiden Seiten. 2022 könnte sie im Eilverfahren stehen. Doch die Stadt Köln erhebt beim Planfeststellungsverfahren Einwände. In einem Dringlichkeitsentscheid fordert sie jetzt auf jeder Seite der Brücke einen sechs Meter breiten Streifen: zwei Meter für Fußgänger und vier Meter für einen Zweirichtungsradweg. Dafür sollen Fahrstreifen weichen.

„Zehn Fahrspuren sind überdimensioniert“, sagt Lino Hammer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Rat der Stadt Köln. Jetzt habe die Brücke sechs. Acht wären schon eine deutliche Aufstockung. Und so bleibe auch der Platz für die sechs Meter breiten Streifen jeweils auf der Nord- und Südseite der Brücke. Bei dieser Breite und bei der Trennung von Fuß- und Radweg könnten auch E-Bikes und Mopeds bis 25 Stundenkilometer zugelassen werden, sagt der Grüne. Außerdem würden bei zehn Fahrstreifen die Lkw näher an den Rändern der Brücke



fahren und das erhöhe wiederum die Belastung fürs Bauwerk. „Ich sehe also nichts, das gegen weniger Fahrspuren sprechen könnte“, sagt Hammer.

„Ich schon“, sagt hingegen Susana dos Santos, verkehrspolitische Sprecherin der SPD. „Das ist ein erschreckendes Beispiel für ideologische Verkehrsplanung, die sich nicht an dem tatsächlichen Bedarf orientiert.“ Angesichts des zu erwartenden Güterverkehrs könne sie der Verzicht auf

Fahrspuren nur verwundern. Auch für die Sozialdemokratin ist die Leverkusener Brücke im Norden Kölns eine wichtige Rheinquerung für Fahrradfahrer. „Aber ich gehe davon aus, dass die vom Landesbetrieb vorgesehene Breite des Radweges ausreicht.“

So sehr sie über die Stellungnahme der Stadt irritiert ist, noch mehr irritiert sie, wie es dazu kommen konnte. „Ich glaube nicht, dass es dafür eine Mehrheit im Rat gibt.“ Doch der Rat ist jetzt außen vor:

Angefangen hatte alles mit einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen im Verkehrsausschuss Ende April 2015. Ganz allgemein wurde darin gefordert, bei der Planung der Leverkusener Brücke dem Radverkehr mehr Bedeutung beizumessen. „Doch dann starteten die Sondierungsgespräche zwischen CDU und Grünen. Auf einmal stand eine für die Ratssitzung im Dezember geplante Stellungnahme der Stadt zur Leverkusener Brücke nicht mehr

auf der Tagesordnung“, erinnert sich dos Santos. Schließlich wurde dann dem Stadtentwicklungsausschuss die jetzige Fassung per Eilentscheid vorgelegt. Unterzeichnet von Bürgermeister Andreas Wolter (Grüne) und Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Die Einspruchsfrist drohte zu verstreichen. Im Stadtentwicklungsausschuss ging der Eilantrag durch, gegen die Stimmen der SPD. Ein weiterer Beschluss ist nicht mehr nötig. Susana dos Santos will es

FORDERUNGEN

Neben den insgesamt zwölf Metern für Fuß und Radwege fordert die Kölner Verwaltung beim Neubau der Leverkusener Brücke „**gläserne Schallschutzwände**“ statt geschlossener. So würde die Orientierung aller Verkehrsteilnehmer verbessert. Zudem sollte die Höchstgeschwindigkeit im Bereich der Wohnbebauung auf **100 Stundenkilometer** begrenzt werden. (ngo)

Fünf Fahrspuren für die Autofahrer, so sieht es eine Visualisierung der neuen Leverkusener Brücke vor. Für die CDU und Grüne in Köln sind das zu viele. Sie würden zugunsten von Radfahrern gerne mindestens auf eine Spur verzichten. (Foto: Straßen NRW)

nicht aussprechen, aber durch die Schilderung des Ablaufs andeuten, dass Union und Grüne am Rat vorbei der Verwaltung ihre Interessen in die Stellungnahme diktiert haben.

Vorwürfe, die CDU-Chef Bernd Petelkau ignoriert. „Mehr als drei Spuren auf der Brücke machen gar keinen Sinn, weil wir auf keiner Seite der Leverkusener Brücke den Autobahnring aufweiten können. Die SPD stellt sich mit ihrer Blockadehaltung selbst ins Abseits“, sagt er.

Alle Einwände gegen die jetzige Planung der Leverkusener Brücke gehen an die Bezirksregierung. Die fordert Straßen NRW zur Stellungnahme auf. Sollte der Landesbetrieb die Kölner Forderungen ablehnen, bliebe der Stadt der Klageweg. „Ich hoffe, dass nichts unternommen wird, dass den dringenden Neubau der Brücke hinauszögert“, sagt dos Santos

Leverkusener Brücke: IHK will alle Fahrspuren

KÖLN. Vertreter der Wirtschaft wenden sich vehement gegen eine Verringerung der Fahrspuren auf der neuen Leverkusener Brücke. Die Stadt hat die Bezirksregierung in einer Stellungnahme aufgefordert, zu prüfen, ob zehn Spuren „dringen notwendig“ sind. Von Politikern wurde der Verzicht auf zwei Fahrstreifen zugunsten von breiteren Radwegen gefordert. „Das dient nicht der Bewältigung des wachsenden Güterverkehrs“ heißt es dazu von der IHK Köln. „Die Brücke muss dringend gebaut werden wie geplant“, fordert die Handwerkskammer. (ngo)

Lösungsansätze und Hemmnisse

Stadt Bergisch Gladbach

clever. vernetzt. mobil.

Mobilitätskonzept Bergisch Gladbach 2030

Stadt Bergisch Gladbach
Strategische Verkehrsentwicklung

Kooperationspartner:

Busfahren kostet Zeit und Geld

Initiative Leben und Arbeiten bezweifelt positive Effekte durch Verzicht aufs Auto

Weiter kein Fußweg an Landstraße

Gefahr zwischen Spitze und Schanze

VON UTA BÖKER

BERGISCH GLADBACH. Die Initiative Leben und Arbeiten in Gl. (Ila-Gl.) kritisiert, dass bei dem Mobilitätskonzept der Stadtverwaltung Wirtschaftlichkeitsberechnungen fehlen. Es sei 'nachlässig', nicht alle Vorschläge auf ihre Kosteneffizienz zu überprüfen, heißt es in einer Mitteilung der Initiative, die sich als Sprachrohr der Wirtschaft versteht.

Die Mitglieder haben eigene Modellrechnungen angestellt, um aufzuzeigen, dass das Ziel der Stadtverwaltung, den Verkehr um acht Prozent zu senken, fraglich sei. Wie berichtet, will Bergisch Gladbach mit Hilfe des Mobilitätskonzeptes die historischen Verkehrsprobleme der Stadt lösen. Statt teurer Raummaßnahmen sollen kleine Eingriffe die Verkehrssituation verbessern.

Für die Modellrechnung zogen Ila-Gl. als Basis eine Fahrstrecke von 14,8 Kilometern heran sowie 4438 Pkw-Fahrer, eine Anzahl, die den acht Prozent entspricht, um die den Kfz-Verkehr bis 2030 gesenkt werden soll.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben würde sich eine Bus-Fahrtzeit von 56 Minuten ergeben gegenüber 32 Minuten mit dem Pkw. Die Initiative errechnet also einen Zeitverlust von 24 Minuten, der sich in der Arbeits- und Freizeit bemerkbar mache. Der finanzielle



Vor einem Jahr konnten sich die Bürger in Bensberg mit Vorschlägen am Mobilitätskonzept beteiligen. (Foto: Daub)

le Schaden - veranschlagt wurden die Kosten von 20 Euro für eine Stunde Arbeit - belaufen sich demnach auf 34.488 Euro pro Tag. Bei 220 Arbeitstagen summieren sich der Betrag bereits auf mehr als 7,8 Millionen Euro pro Jahr. Zu den Berufsverkehrszeiten kleinere der Zeitverlust und damit der Real-Verlust noch weiter in die Höhe.

Aus Sicht der Ila-Gl. sei es zwar richtig, den zukünftigen Verkehrsstrom zu verändern. Aber angesichts der Musterrechnung müssten eher Investitionen in eine bessere Infrastruktur in Betracht gezogen werden, statt die Bürger Gladbachs zum Umsteigen zu bringen. Das hätte einen positiven Einfluss auf Wirtschaft und Lebensgestaltung.

SPITZE. Seit Jahren ist der fehlende Fußweg entlang der Landstraße von Kürten-Spitze nach Kürten-Schanze ein Ärgernis für die Anwohner. Auf der etwa zwei Kilometer langen Strecke, eine der meistbefahrenen im Kürtener Gemeindegebiet, wird gern gerast, trotz Kurven und eines teils unübersichtlichen Verkehrs.

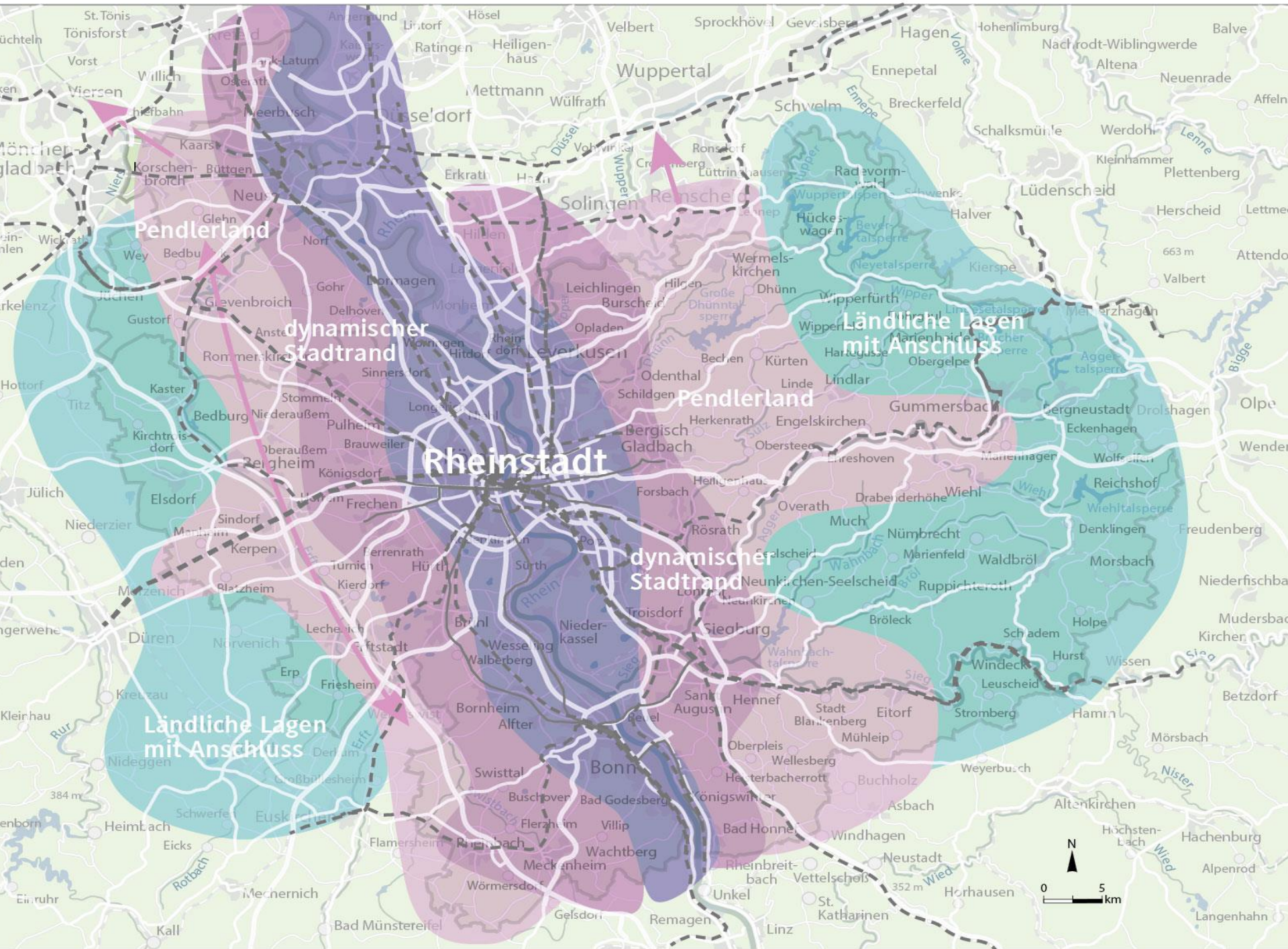
Weil die beiden Busverbindungen aus Bergisch Gladbach über Spitze beziehungsweise Schanze verlaufen, sind Anwohner aus dem jeweils anderen Ortsteil gezwungen, zu Fuß über die Landstraße zur Haltestelle zu gelangen.

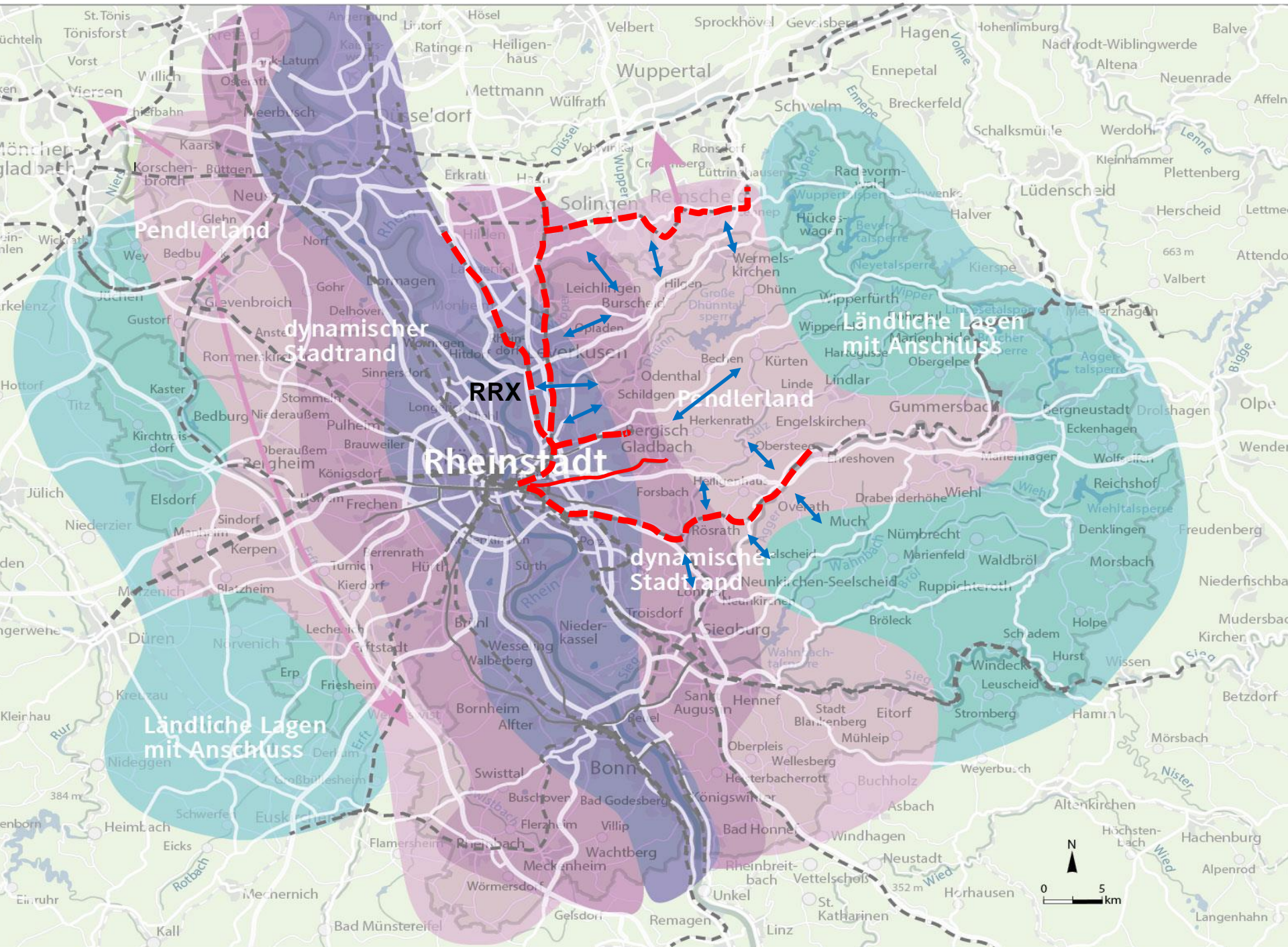
Im vergangenen Jahr hatte es die Gemeinde geschafft, den Fußweg zwischen Spitze und dem auf halber Strecke liegenden Büsselsbach zu schüttern - ein schmaler „Gehweg“, der den einen Wiese verlaufenden Trampelpfad ersetzte. Offen blieb das Baustück bis nach Schanze. Hoffnung, dass sich schnell etwas ändert, hat kürzlich Bürgermeister Willi Heider entzündet.

Nachgefragt hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Joachim Zähl, auch mit Hinblick auf die rund 70 in einem Haus in Schanze untergebrachten Flüchtlinge. Sie sind - noch mehr als die Anwohner - angewiesen auf die Buslinie.

Quelle: BLZ, 20.01.2016

Quelle: Stadt Bergisch Gladbach
Entwurf zum Mobilitätskonzept





Pendlerland

dynamischer Stadtrand

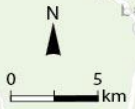
RRX

RheinStadt

dynamischer Stadtrand

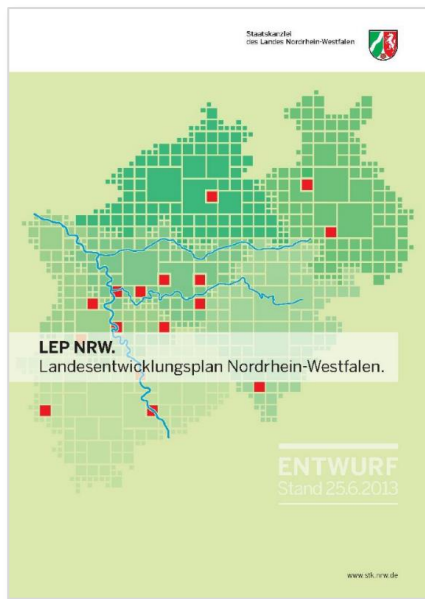
Ländliche Lagen mit Anschluss

Ländliche Lagen mit Anschluss

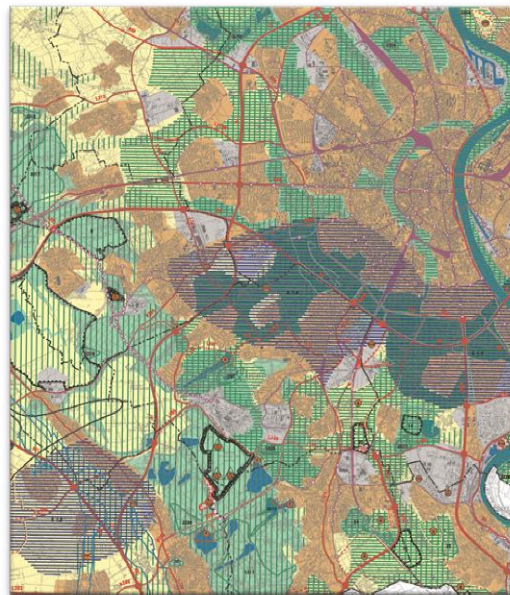


LEP NRW und Regionalplan Köln

- Minimierung der Neufächeninanspruchnahme als zentrale Zielsetzung
- „Vogelperspektive“ LEP NRW ≠ regionale differenzierte Ausgangslage



Entwurf LEP NRW



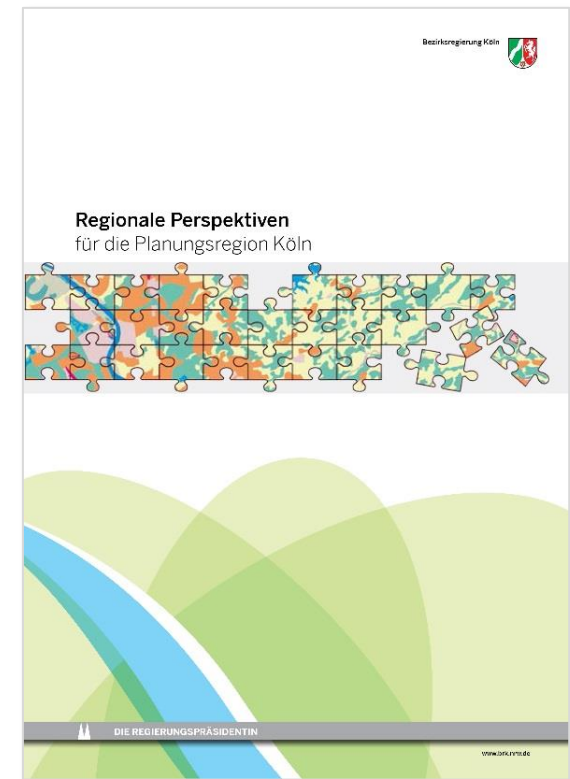
Regionalplan Köln
Neuaufstellung ab 2016ff



Fortschreibung
Regionalplan Düsseldorf
im Verfahren

Regionalplan Köln

- Startschuss zum Fortschreibungsprozess gefallen
- Neben Entwicklung auch Umbau und Umorganisation als zentrale Herausforderungen („Neu“ !!) >> Zielbilder, Konzepte, Leitlinien?
- Verfahrenszeitraum: 2016 – 2021/2022



Zwischenfazit

- **Region im Umbruch:** große und vielfältige Herausforderungen der räumlichen Entwicklung
- **Problemlagen und Zukunftsaufgaben** in den Teilräumen der Region sehr unterschiedlich
- enge **raum-funktionale Verflechtungen** innerhalb der Region
- **Herausforderungen** zunehmend im **Maßstab ≥ 1 Kommune**
- **Integrierte Ansätze** notwendig. Sektorale Planungsansätze greifen vermehrt zu kurz
- **LEP NRW und Regionalplan** erfordern eine **strategische Auseinandersetzung** der Kommunen, Kreise und der Region als Ganzes mit ihrer **mittelfristigen Entwicklung**

Kommunale Strategieprozesse

Kürten... und Rösrath?

SEITE 38

DONNERSTAG, 24. SEPTEMBER 2015
NUMMER 222

RHEIN-BERG

Das Leitbild erneuern

Die Kürtener sollen sich an der Überarbeitung beteiligen

VON CLAUS BOELEN-THIELE

KÜRTEn. Mobilität, Gewerbe, Wasser/Talsperren und Inklusion: Bei der Novelle und Fortführung des Leitbildprozesses „Kürten 2020“ werden diese Themen in den Vordergrund rücken.

„Wir wollen kein Leitbild, das sagt, alles soll gut. Wir wollen eines, das realistische Aussagen macht“, erklärte Dieter Prinz, Sprecher des Leitbild-Nachfolgers Bürgeragentur, im Kürtner Zukunftsausschuss das Ziel. Auf diese Weise sei schon das bestehende Leitbild in den Jahren 2007 und 2008 erarbeitet worden. „Sonst wäre es ein Stück Papier, ohne Nutzen für die Politik.“ Die vorliegende Langfassung des Konzepts „Kürten 2020“ biete eben dies. Handreichungen für die Politiker. Auf diesem „Sockel“ könne aufgebaut und weitergedacht werden.



Dieter Prinz, Sprecher der Kürtner Bürgeragentur (Foto: ca)

Im Zukunftsausschuss waren sich die Fraktionen bei Einhaltung von Stephan Boecker (BB) einig: Das Leitbild wird fortgesetzt über 2020 hinaus. In diesem Herbst soll der neue Prozess beginnen und ungefähr ein Jahr dauern. Ein Fixpunkt für die zeitliche Perspektive des neuen Leitbilds ist zunächst nicht benannt. Einmal jährlich soll die Verwaltung über den Fortgang berichten.

Der entsprechende Antrag der SPD bildet die Grundlage. „Wir brauchen eine breitestmögliche Basis für diese Arbeit“, sagte SPD-Ratschef Manfred Krause. Sieben Jahre nach Abschluss der ersten Leitbildbewegung stehe eine Überprüfung an. Alle gesellschaftlichen Gruppen seien gefordert mitzuwirken. Interessengemeinschaften, Vereine, Politik, aber auch die beiden Kirchen.

Im Antrag regt die SPD eine Aufsichtsratsveranstaltung an, jeder Bürger sollte die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Aus einer derartigen Veranstaltung könnten sich gegebenenfalls themenorientierte Arbeitsgruppen bilden.

Auch vor der Verabschiedung des fortgeschrittenen Leitbilds durch den Rat könnte eine solche Veranstaltung sinnvoll sein. Dieter Prinz sprach davon, das bestehende Leitbild Kapitel um Kapitel



Die Dörfer in Kürten haben ihre eigene Identität, eine übergreifende Identität für die ganze Kommune fehlt aber noch ein wenig. Das erneute Leitbild soll das ändern. (Foto: Draub)

durchzuarbeiten und zu aktualisieren. Harald Heiler (CDU) meinte, die Bürgerorden seien wichtig, seine Fraktion unterstütze die Fortsetzung. In rund 160 Sitzungen, meist abends, hatten zwischen 2007 und 2008 die Kürtner Bürger über ihr Leitbild diskutiert. Das Abschlusspapier macht konkrete Aussagen zur Entwicklung der Ortslagen, zu den Themen Familienfreundlichkeit, Nahversorgung, Freizeit, Gewerbe und Gesamtschule.

Dieter Prinz und für die Gemeinde Planungsmitarbeiter Ludger Broick hatten den Prozess gesteuert und strukturiert. Mehrere hundert Kürtner diskutierten damals mit, allein zu einer Auftaktveranstaltung im Bürgerhaus waren 200 Besucher gekommen. Im Februar 2008 hatte der Gemeinderat das Leitbild angenommen und sich auf der kommunalpolitischen Entscheidung „künftig an den Empfehlungen des Leitbildes zu orientieren.“ Die Bürger seien an der Weiterentwicklung zu beteiligen.

Diese Aufgabe hatte die Bürgeragentur übernommen, mit Dieter Prinz als Sprecher und Werner Lietz als Geschäftsführer. Das Leitbild Kürten 2020 kann in einer Lang- und in einer Kurzfassung auf der Internetseite der Gemeinde nachgelesen werden. www.kuerten.de

KOMMENTAR



Chance

CLAUS BOELEN-THIELE über den Leitbild-Prozess

Kürten macht es noch einmal. Mit Schwung soll es hineingehen in einen neuen Leitbild-Prozess, mit ganz viel Bürgerbewegung von unten. Neue Ideen, neue Köpfe, auch so etwas wie die Neufindung des Gemeinwessens schwingen mit. Sozusagen Kürten 2.0 als Ideenbörse für ein gutes Leben auf dem Lande. Daraus kann einiges Spannendes entstehen.

Bürger, die aktiv an der Zukunft ihrer Gemeinde mitbestimmen, fühlen sich insgesamt stärker verantwortlich für ihren Ort. Sie nehmen anders wahr, was sie täglich umgibt. Dass der eine oder andere von ihnen den Weg in einen Verein oder eine Interessengemeinschaft findet und dort ehrenamtliche Aufgaben übernimmt, ist nicht unwahrscheinlich. Von nichts kommt nichts, nicht das Training für die Bambini-Kicker, nicht das Blaskonzert zur örtlichen Kirrme.

Das Leitbild könnte auch eine Initialzündung sein, vier Jahrzehnte nach der Kommunalreform endlich eine Klammer für alle Kürtner zu finden. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl ist zwar da, meist aber nur für das jeweilige Dorf. Das Leitbild aber nimmt alle Kürtner in den Blick. Das ist eine große Chance für die Zukunft.



Wie soll sich Rösrath entwickeln? Auch die Stadtmitte rund um den Sülztalplatz ist in der Diskussion. (Foto: Wagner)

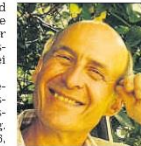
Lautere Rufe nach Leitbild

Bürgervertreter wünschen sich konkrete, erreichbare Ziele

VON THOMAS RAUSCH

RÖSRATH. Zum Start ins neue Jahr kommt die Diskussion über die Rösrather Stadtentwicklung wieder in Fahrt, aktive Bürger melden sich zu Wort. Für ein Leitbild oder Stadtentwicklungskonzept plädiert der Psychologe Bernd Heinermann, der in der Bürgerinitiative „Rösrath gemeinsam gestalten“ mitarbeitet und als wichtiges Stimme in der öffentlichen Debatte gilt. Auch der Verein Lebenswertes Sülztal stellt sich hinter die Forderung nach einem Leitbild, er verbindet sie mit dem Ruf nach mehr Beteiligung der Bürger.

„Wenn es ein Leitbild gäbe, wäre Politik zielgerichtet, tatsächlich an ihren Ergebnissen messbar“, schreibt Heinermann in seinem Aufruf „Warum Rösrath ein Leitbild braucht“. Hintergrund ist seine berufliche Tätigkeit, bei der er Unternehmen und Führungskräfte berät, insbesondere bei Veränderungsprozessen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet er auch Bürgermeister Marcus Mombauer's jüngstes Interview in dieser Zeitung. In den Perspektiven für 2016, die der Rathauschef anspricht, vermisst Heinermann ein „übergründiges Konzept“ für Rösrath. Ein Leitbild könne diese Lücke füllen, argumentiert er. Es solle konkrete, tatsächlich erreichbare und lohnende Ziele formulieren – verbunden mit einem „klaren Zustrahmen“ und Kriterien, um wichtige und nachgeordnete Ziele. In der Diskussion darüber sollten die Bürger mitwirken, Heinermann empfiehlt ei-



Der Psychologe Bernd Heinermann (Foto: privat)

also das Leitbild, ist, umso klarer ergeben sich die Handlungsfelder“, analysiert Heinermann. Er wünscht sich auch eine „Zielhierarchie“, also wichtige und nachgeordnete Ziele. In der Diskussion darüber sollten die Bürger mitwirken, Heinermann empfiehlt ei-

nen Runden Tisch zur Stadtentwicklung, wie ihn Bürger wiederholt gefordert haben. Auch der Verein Lebenswertes Sülztal arbeitet sich an dem Mombauer-Interview ab. Erberkative Sanierung von Schulen und Verkehrswegen, ebenso die Hilfe für Flüchtlinge. Doch die mittel- und langfristigen Ziele für Rösrath müssten klarer werden, heißt es in einer Stellungnahme des Vereinsvorstands. Daher setzt auch er auf ein Leitbild, das in der Diskussion mit den Bürgern zu erarbeiten sei. „Bürgerbeteiligung darf nicht als lästige Pflicht empfunden werden“, heißt es im Papier des Vereins. Der Aufwand dafür lohnt sich. Wenn Rösrath attraktiv bleibe, auch seinen Charakter mit viel Grün erhalte, werde es weiter als Wohnort gefragt sein.

teilregionale Strategieprozesse

RBK 2020plus und LEADER-Region Bergisches Wasserland

05.04.2016 WIR HELFEN SHOP SERVICE E-PAPER KIOSK ABO

Aktuelle Nachrichten aus Köln und der ganzen Welt

Kölner Stadt-Anzeiger

HOME KÖLN REGION FREIZEIT 1. FC KÖLN SPORT RATGEBER ANZEIGEN E-PAPER ABO

Kölner Stadt-Anzeiger > Region > Rhein-Berg > Projekt RBK 2020 plus: Mit neuer Energie in die Zukunft

Projekt RBK 2020 plus Mit neuer Energie in die Zukunft

Von Malte Ewert 15.01.15, 14:45 Uhr




**im bergischen
:wasserleben**

LEADER Bergisches Wasserland



Die Regionale Entwicklungsstrategie (RES)
zur Aufnahme in das LEADER-Programm 2014-2020





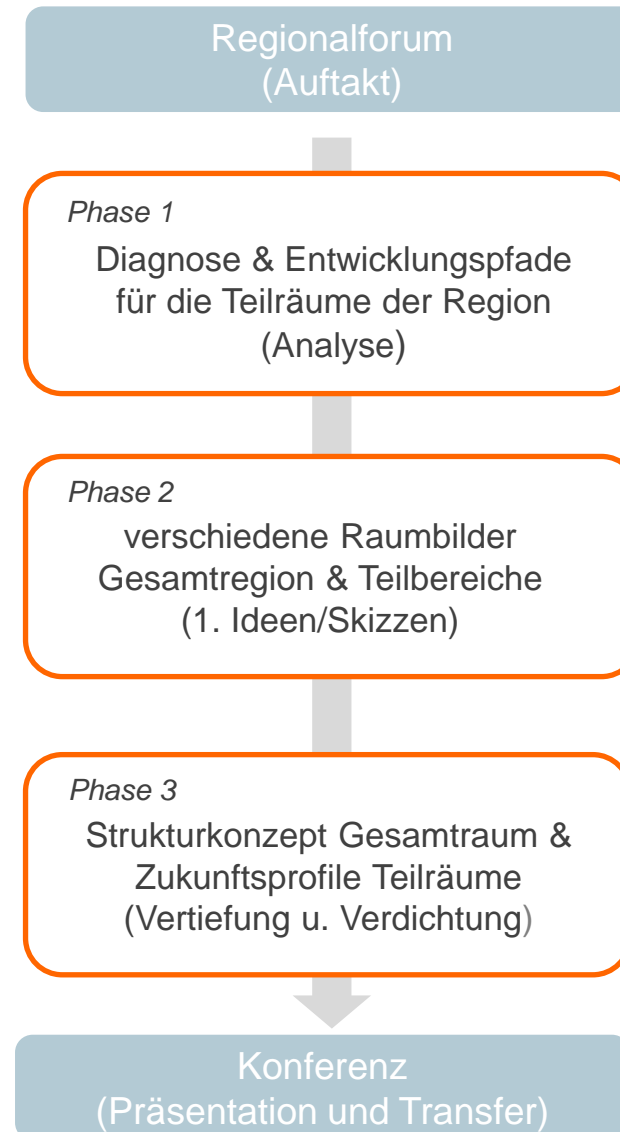



Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn

Wesensmerkmale und Inhalte

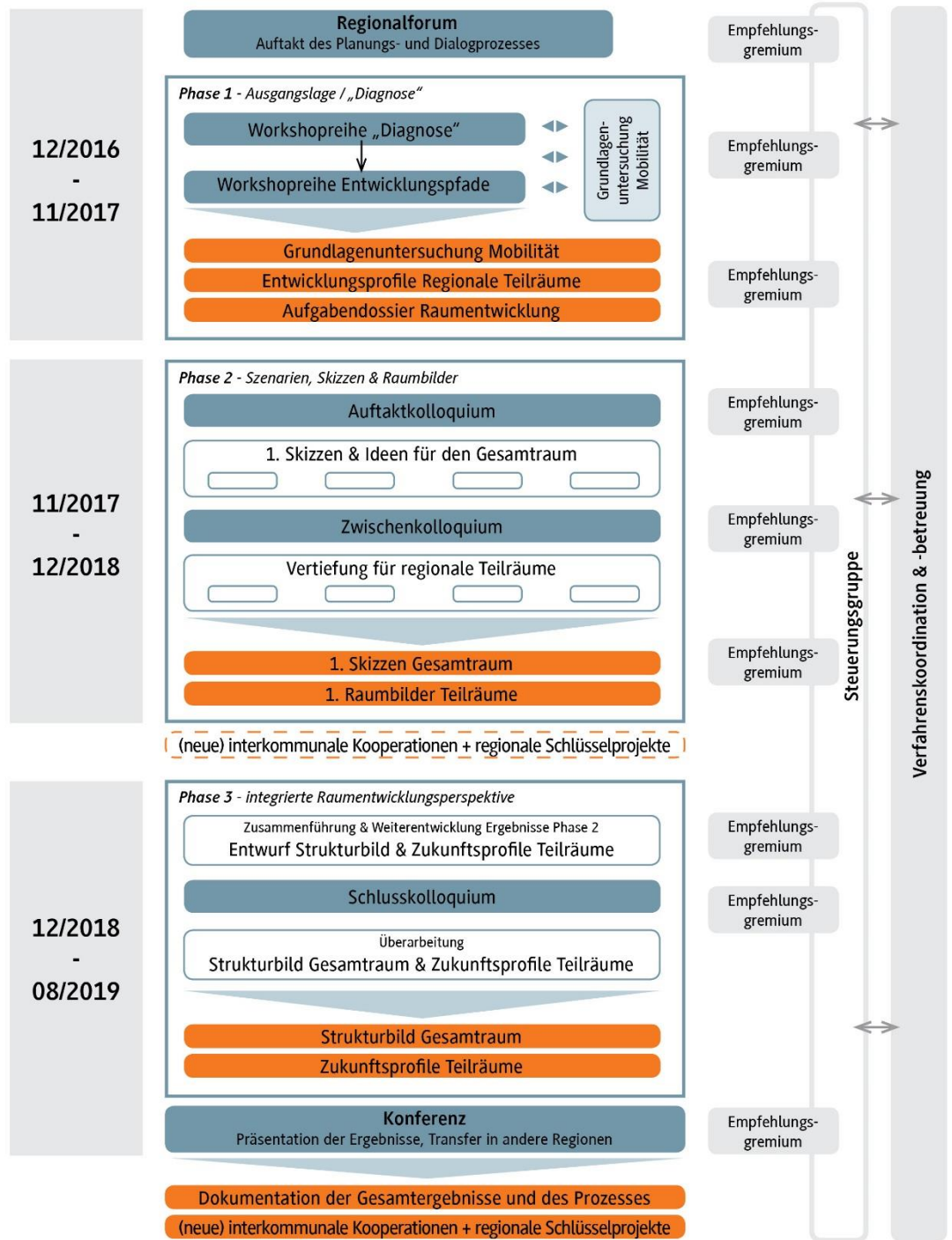
- **Räumliche Zielbilder** >> Wie könnte und sollte sich die Region bis 2035 entwickeln?
- **Kooperativer Prozess** >> aktive Beteiligung und Einbindung der Kommunen, Kreise und Akteure der Region
- **Szenarien** >> Bandbreite möglicher Entwicklungen ≠ 1 Zukunft
- **Wissen von innen, Blick von außen**
- **Weitere (raumverträgliche) Entwicklung ermöglichen** >> Zusammenspiel von Siedlungsentwicklung – Verkehr/Mobilität – Freiraumentwicklung
- **Differenzierte Betrachtung der Teilräume** >> Ausgangslage, Talente und Profile
- **Kooperatives Zusammenspiel** mit der formellen **Regionalplanung**

Grobübersicht zum Prozess



Prozessübersicht Agglomerationskonzept

Stand: Februar 2016

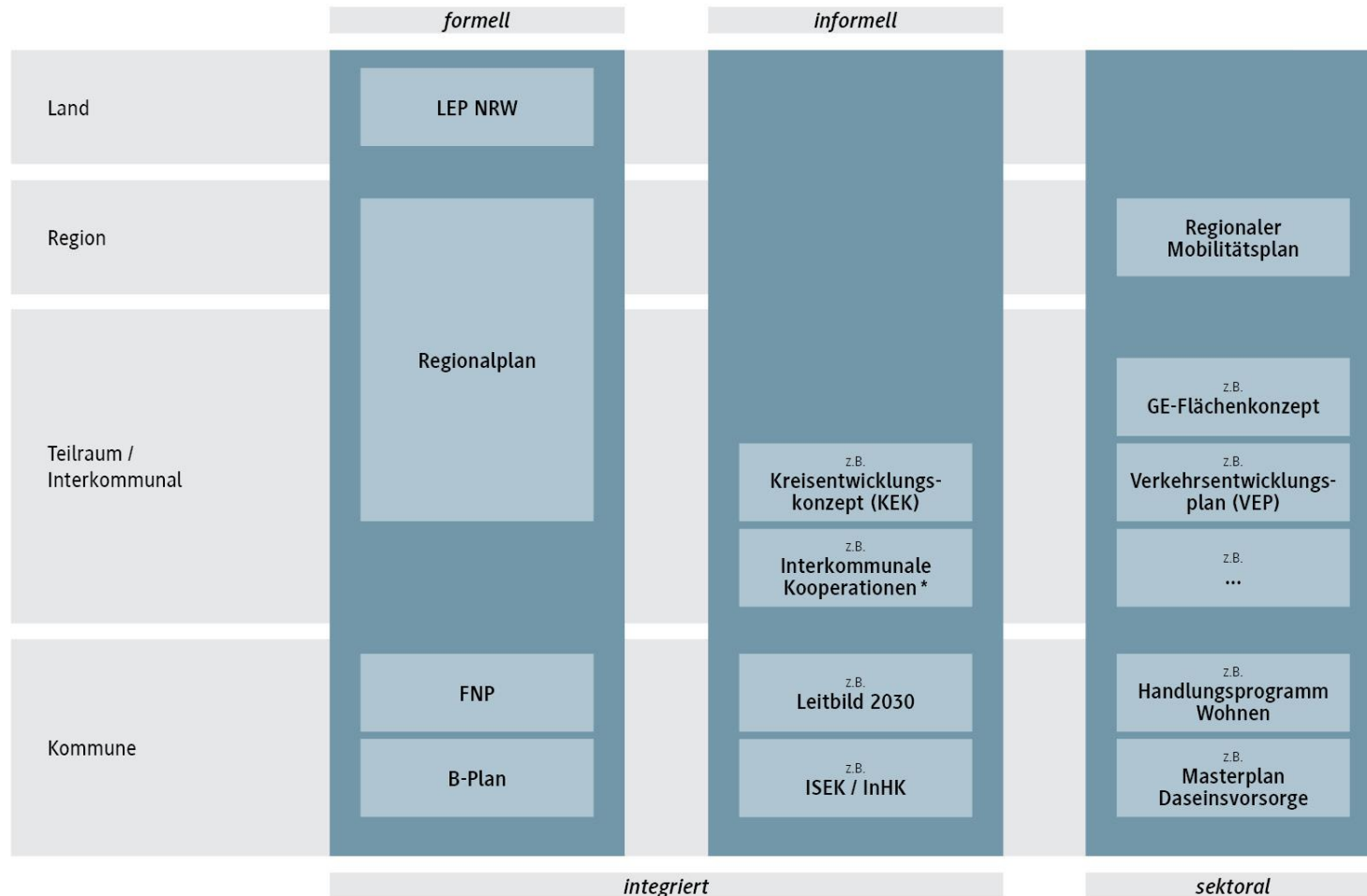


Angestrebte Ergebnisse & Beiträge

- **Regionaler Zukunftsdialog** zur Raumentwicklung
- Strategischer **Fachbeitrag zur Regionalplanung** (pro-aktiv)
- Verdeutlichung von **Wirkungszusammenhängen**
- **Regionaler Kontext >> Inputs für teilregionale Kooperationen, interkommunale Aushandlungen und Strategieprozesse** in Kreisen und Kommunen
- Identifizierung interkommunaler und regionaler **Schlüsselprojekte** (Verkehrsinfrastruktur/Mobilität, Flächen- und Freiraumentwicklung), abgeleitet aus einem integrierten Gesamtansatz >> **Positionierung** i.H. auf künftige **(Struktur)Förderperioden und -programme**

Agglomerationskonzept

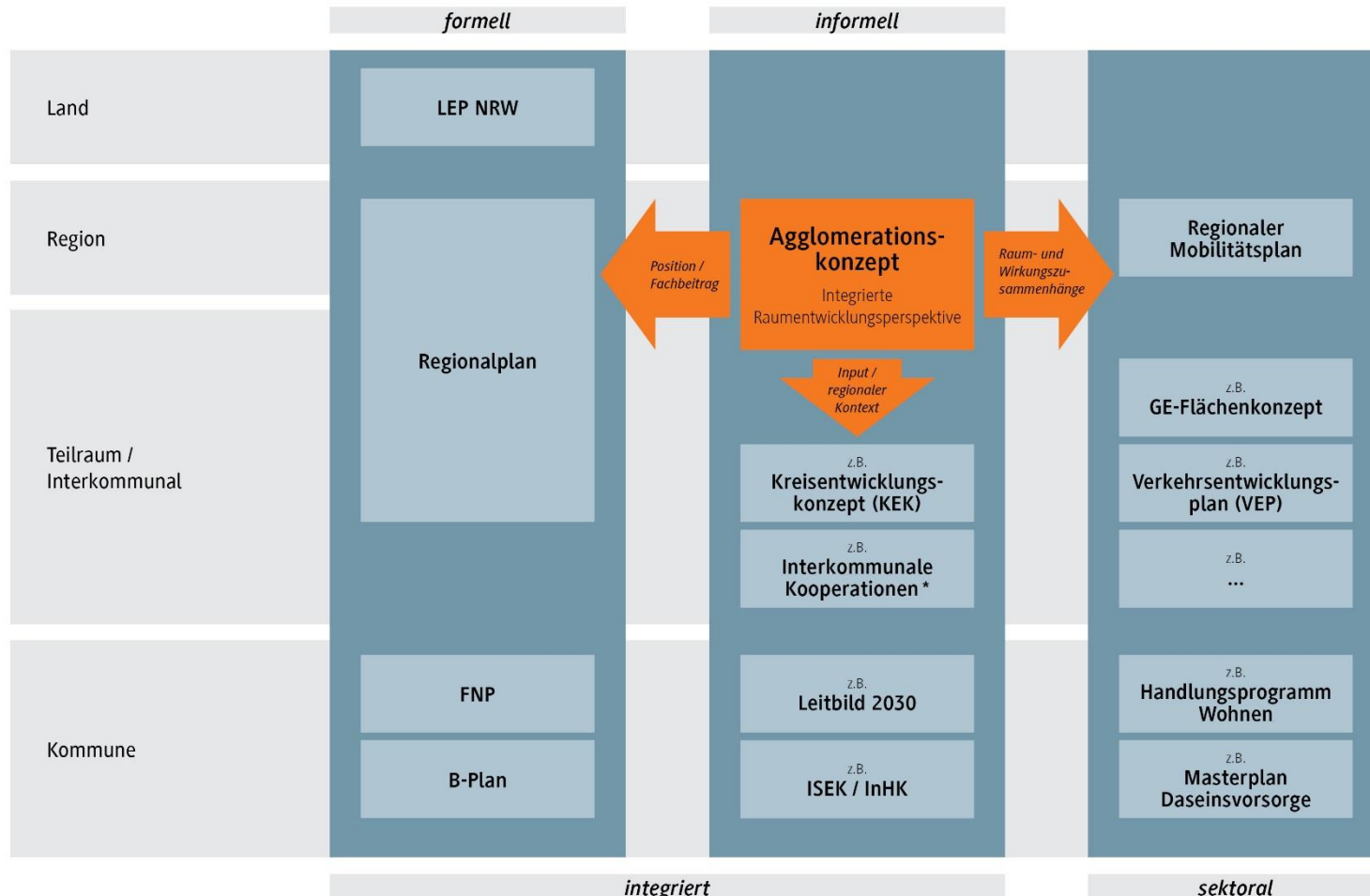
Wirkungen auf relevante Planungs- und Handlungsebenen



* z.B. Intak • :RAK • Köln & RRH Nachbarn • IPV Garzweiler • PV terra nova • LEADER-Regionen

Agglomerationskonzept

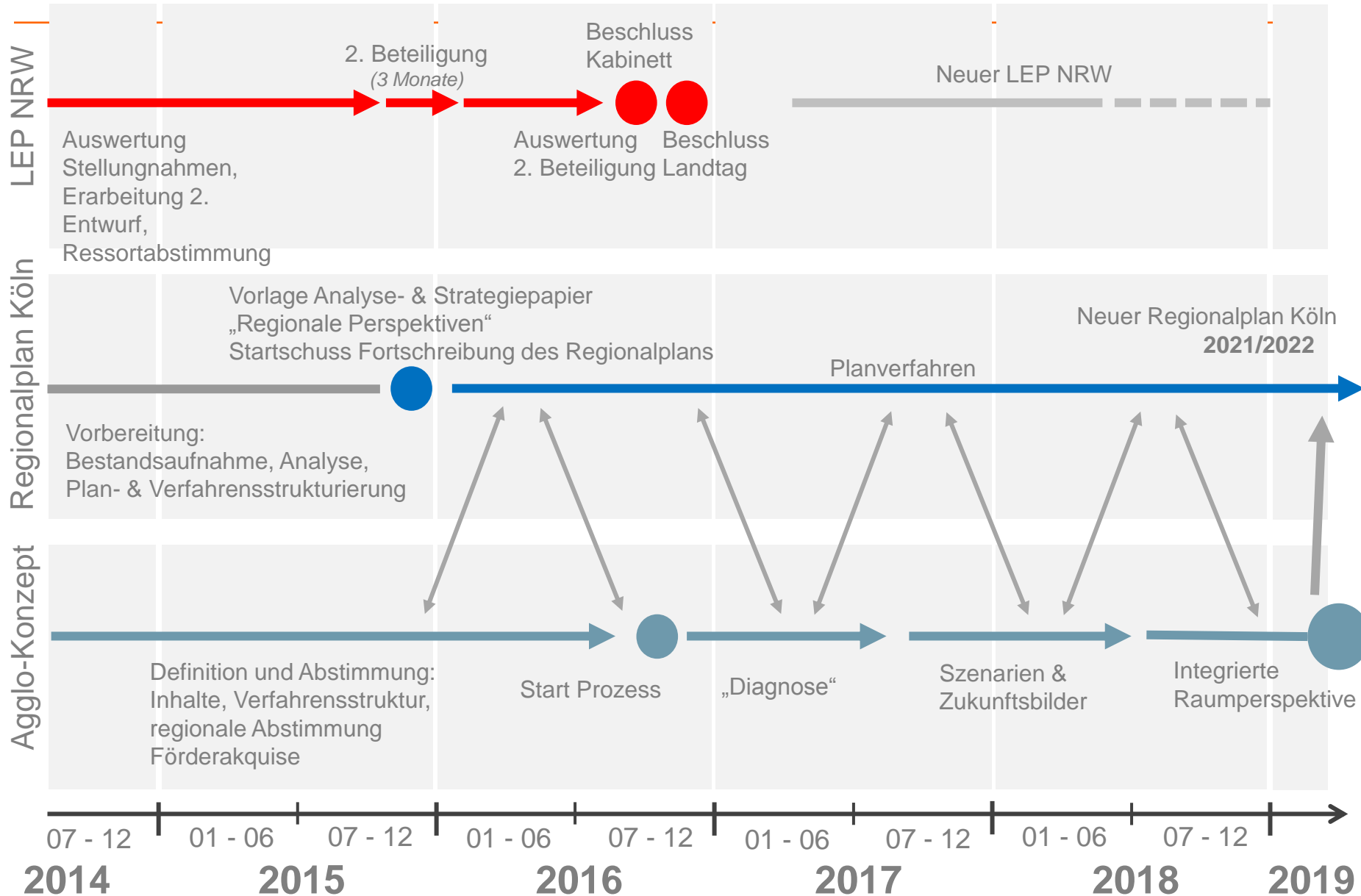
Wirkungen auf relevante Planungs- und Handlungsebenen



* z.B. Intak • :RAK • Köln & RRH Nachbarn • IPV Garzweiler • PV terra nova • LEADER-Regionen

Abläufe LEP NRW – Regionalplan Köln – Agglomerationskonzept

(Stand: 03.2016 | Abbildung basiert auf Annahmen des Region Köln/Bonn e.V.)



Sachstand & Ausblick

- Erfolgreiche Teilnahme am Förderwettbewerb **REGIO.NRW (EFRE 2014-2020)**
- **Förderantrag** am 22.01.2016 eingereicht, Erlaubnis zum **vorzeitigen Maßnahmenbeginn** liegt seit 01.04.2016 vor
- **Finanzvolumen:** 928.000 € (50% EU, 30% MWEIMH NRW, 20% Region Köln/Bonn e.V.)
- **Geplante Projektlaufzeit:** April 2016 – August 2019
- Vertiefte **Abstimmung** und Information in der **Region** (Steuerungsgruppe, Dezernentenrunde, Abstimmung Regionalplanungsbehörden, Abstimmung NVR/VRS)
- **Vorbereitendes Projektmanagement** (Stellenbesetzung, Vorbereitung von Ausschreibungen etc.)
- **Start des Prozesses:** voraussichtlich im November/Dezember 2016 (Regionalforum)

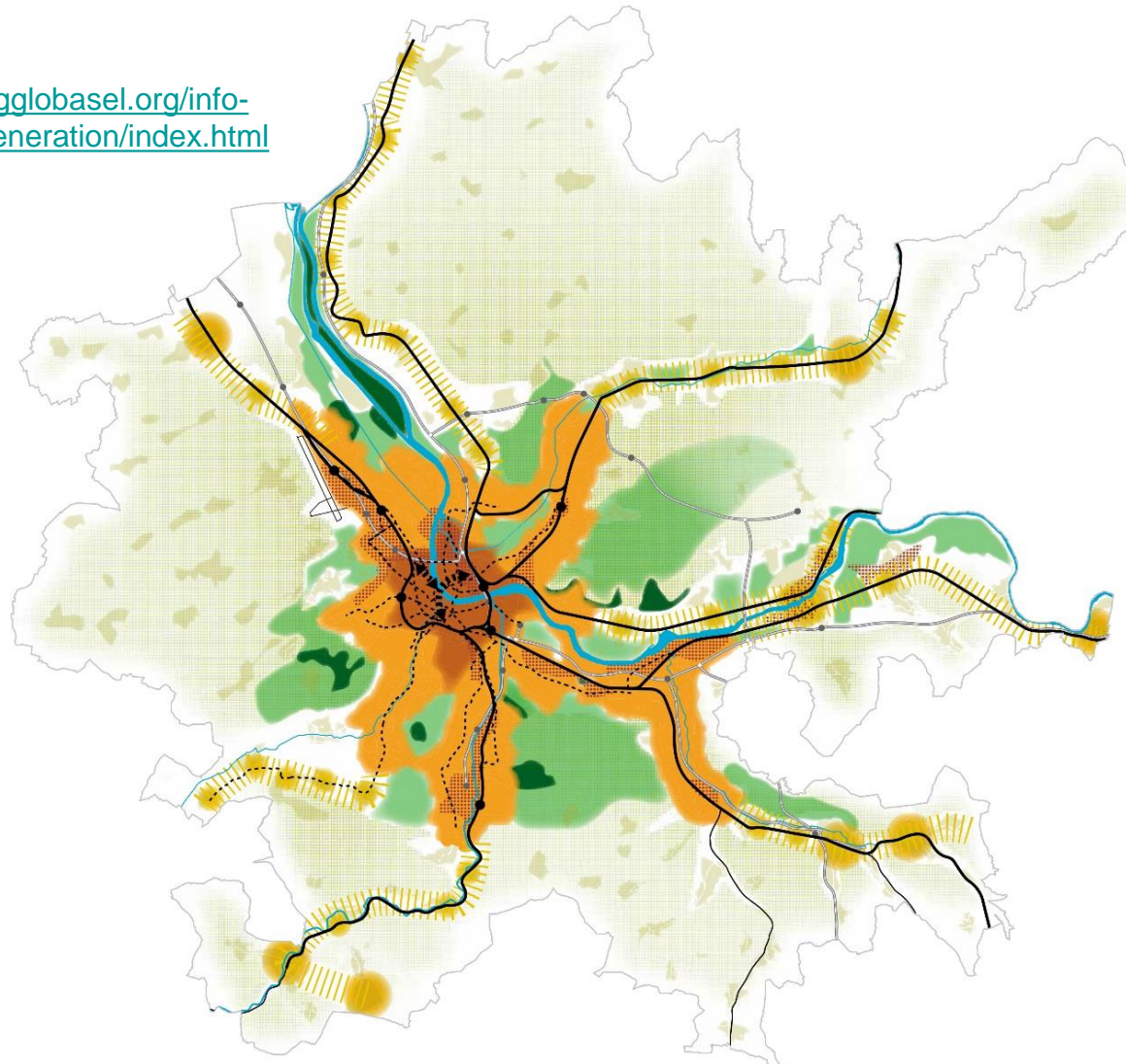
Hintergrundinformation
Strategieansätze anderer Regionen

Referenzen/Beispiele

- **Agglomerationsprogramme** in der Schweiz (Basel, Zürich, Bern-Mittelland u.w.)
- **Ideenwettbewerb Ruhrgebiet**
- **IVL** – Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept Luxemburg
- **PeRL** – Perspektive Raumentwicklung Limmattal (CH)
- u.w.

Agglomerationsprogramm Basel

<http://www.agglobasel.org/info-zentrum/2-generation/index.html>



AGGLO PROGRAMM BASEL

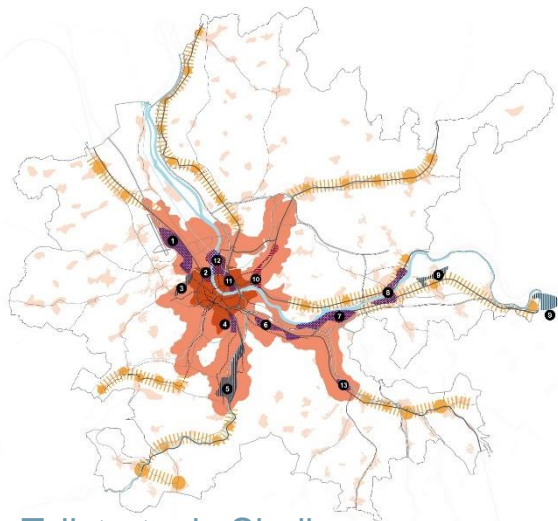


Agglomerationsprogramm Basel
Zukunftsbild 2030: Korridor+

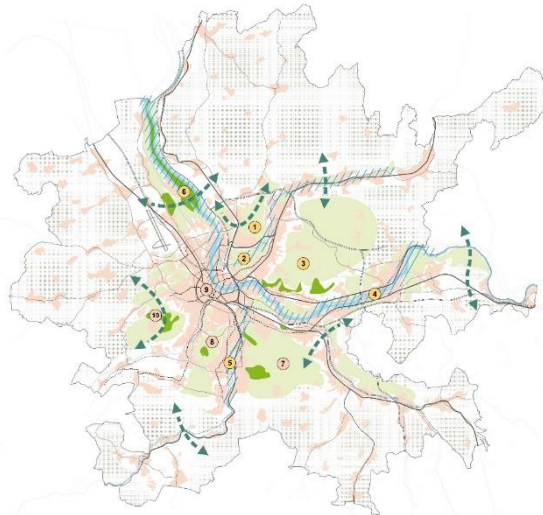
- Perimeter Agglomerationsprogramm
- Landschaft**
- Landschaftsräume
- Naherholungsgebiete im engeren Einzugsgebiet der Agglomeration
- Naturschutzgebiete
- Siedlung**
- Kernstadt
- Regionalzentrum (im äusseren Korridor)
- Innere Korridore
- Schwerpunktgebiete Siedlung
- Äußere Korridore
- Übriges Siedlungsgebiet
- Verkehr**
- Vorgesehene Bahnverbindung
- S-Bahn
- Tramlinie
- Autobahn

5 km

Agglomerationsprogramm Basel



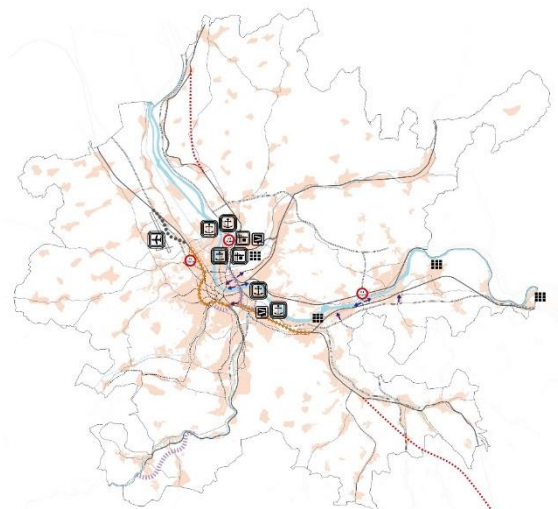
Teilstrategie Siedlung



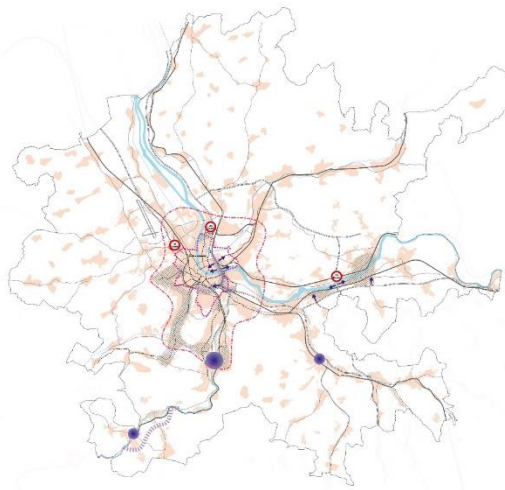
Teilstrategie Freiraum



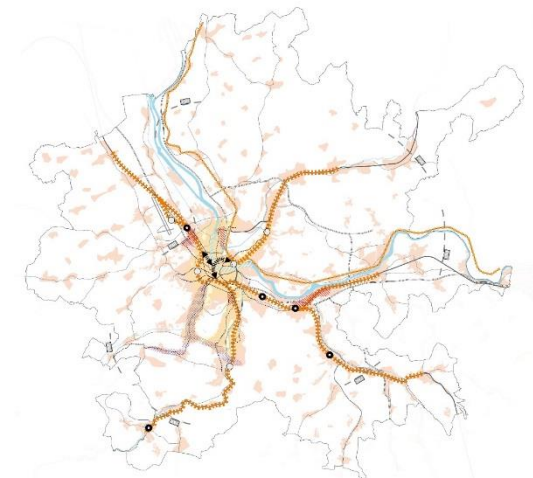
Schwachstellen Siedlung <=> Freiraum



Teilstrategie Logistik, Güterverkehr

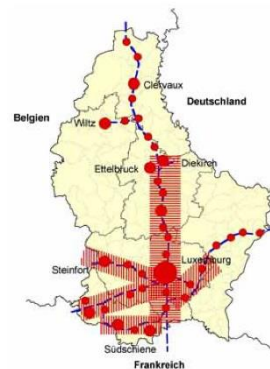
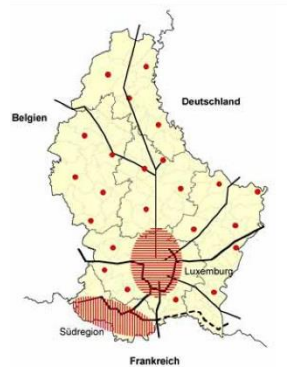


Teilstrategie MIV + Parkraum

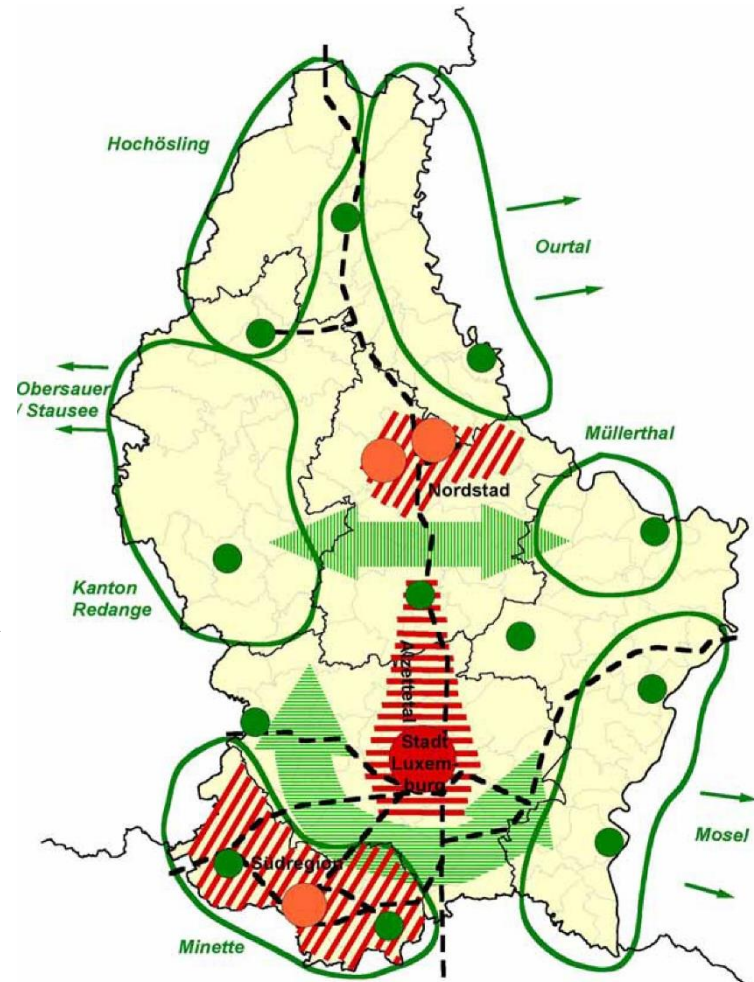


Teilstrategie ÖV

IVL Luxemburg

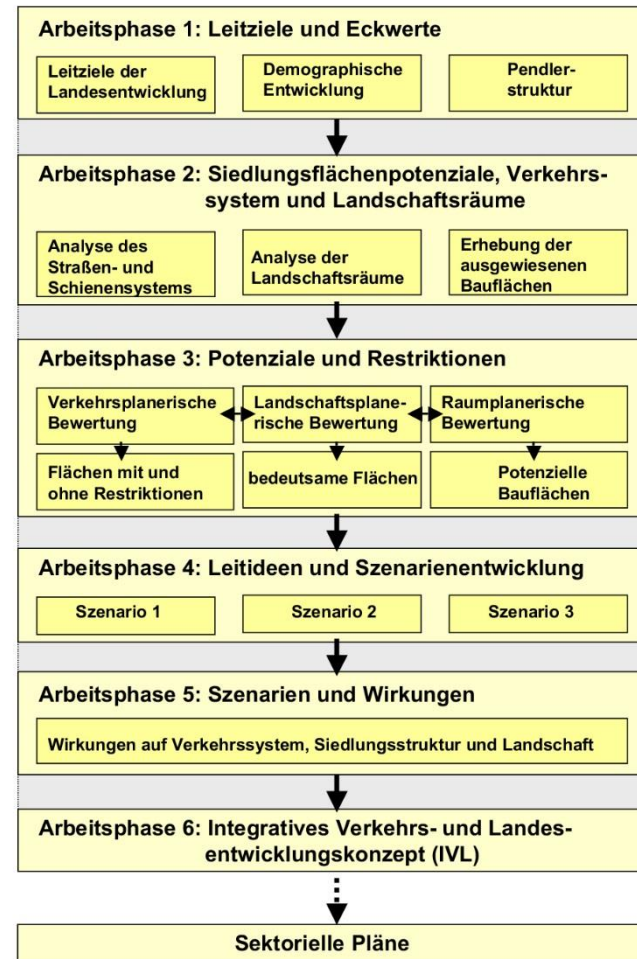
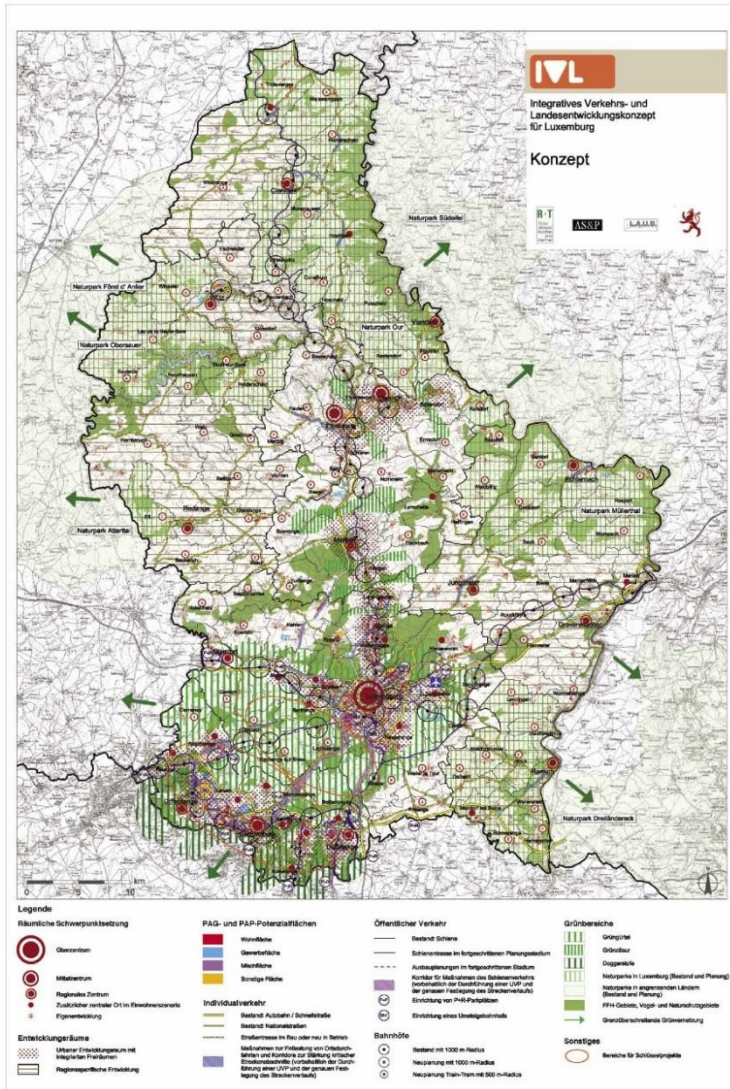


o.l: Modell ‚laissez-faire‘
 o.r: Achsenmodell
 u.l: dezentrale Konzentration



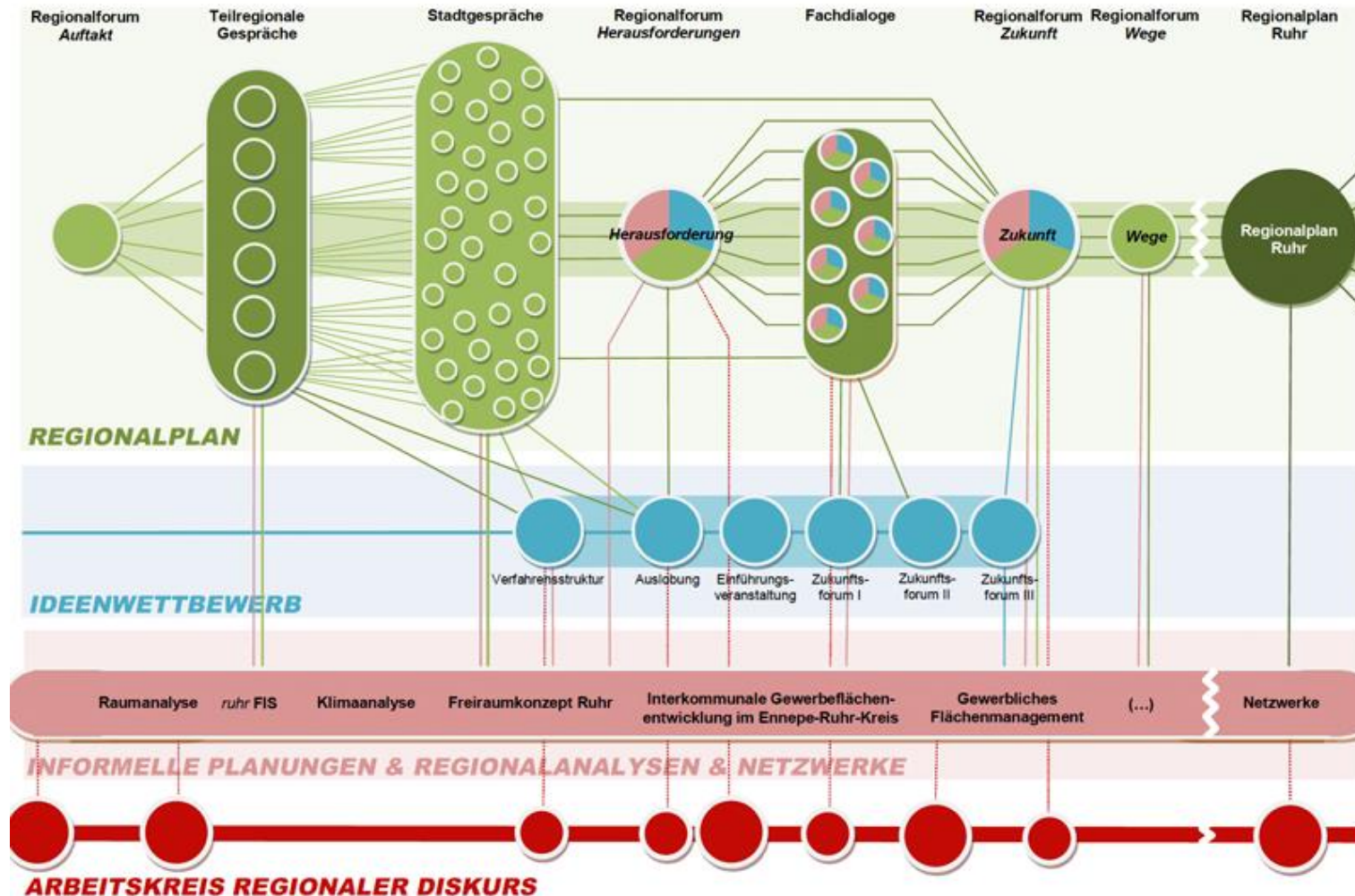
Kombination abstrahierter Modelle in einem Raummodell:
 Polyzentrische Stadt im Landschaftsraum,
 eingebettet in funktionsfähige Regionen

IVL Luxemburg



http://www.dat.public.lu/strategies_territoriales/ivl/index.html

Ideenwettbewerb zukunft metropol Ruhr



Ideenwettbewerb zukunft metropol Ruhr

